



Universität Potsdam

MenschenRechtsZentrum
Deutsches Institut für Menschenrechte

Bernhard Schäfer

**Zum Verhältnis Menschenrechte
und humanitäres Völkerrecht**

MenschenRechtsZentrum
Deutsches Institut für Menschenrechte

Bernhard Schäfer

**Zum Verhältnis Menschenrechte
und humanitäres Völkerrecht**

Zugleich ein Beitrag zur exterritorialen Geltung
von Menschenrechtsverträgen

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Studien zu Grund- und Menschenrechten | 13

© MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam, 2006

- Herausgeber: Prof. Dr. iur. Eckart Klein (klein@rz.uni-potsdam.de)
Prof. Dr. phil. Christoph Menke (menkec@rz.uni-potsdam.de)
MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam
- Redaktion: Dr. iur. Norman Weiß (weiss@rz.uni-potsdam.de)
Ass. iur. Bernhard Schäfer, LL. M. (bschaef@rz.uni-potsdam.de)
- Anschrift: MenschenRechtsZentrum der Universität Potsdam
August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam
Fon +49 (0)331 977 3450 / Fax 3451
E-Mail: mrz@rz.uni-potsdam.de
<http://www.uni-potsdam.de/u/mrz>
- In Kooperation mit: Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin
<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de>
- Verlag: Universitätsverlag Potsdam
Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam
Fon +49 (0)331 977 4517 / Fax 4625
E-Mail: ubpub@uni-potsdam.de
<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>
- Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
und sd:k Satz Druck GmbH Teltow
- ISBN 3-939469-16-5**
ISBN 978-3-939469-16-2
ISSN 1435-9154

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung der Herausgeber nicht vervielfältigt werden.

Vorwort

Das vorliegende Heft 13 der Reihe Studien zu Grund- und Menschenrechten enthält die überarbeitete Fassung einer Arbeit, die der Autor im Jahr 2005 für das Deutsche Institut für Menschenrechte erstellt hat. Im Vordergrund stand dabei die Frage, inwiefern das Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht geklärt ist oder ob es noch weiteren Klärungsbedarf hierzu gibt. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass das Verhältnis im Einzelnen und viele der damit zusammenhängenden Fragen weiterhin kontrovers diskutiert werden und ein Abschluss dieser Diskussion derzeit nicht absehbar ist.

Die Studie fasst die Hauptproblemfelder des Verhältnisses dieser beiden Rechtsgebiete, einschließlich der Frage der exterritorialen Geltung von Menschenrechtsverträgen, in sehr gelungener Weise zusammen und weist auf weitere wichtige Fragen hin. Wir freuen uns, dass es möglich ist, diese wichtige Studie in der Schriftenreihe des MenschenRechtsZentrums der Universität Potsdam, an dem der Verfasser derzeit tätig ist, publizieren zu können.

Berlin/Potsdam, Mai 2006

Heiner Bielefeldt
Direktor des Deutschen Instituts für
Menschenrechte

Eckart Klein
Gf. Direktor des MenschenRechtsZen-
trums der Universität Potsdam

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	6
1. Einleitung	9
2. Alternativ oder kumulativ? – Zur Geschichte: Friedensrecht und Kriegsrecht	10
3. Nur intern oder auch extern? – Zur exterritorialen Geltung von Menschenrechtsverträgen ...	18
4. Integriert, separat oder komplementär? – Zum rechtsdogmatischen Theorienstreit.....	35
5. Einseitig oder wechselseitig? – Zur Auslegung und Lösung von Widersprüchen.....	43
6. Weitere Fragen	52
7. Zusammenfassung	60
8. Schlussbemerkung	62
Bibliographie	66
Rechtsprechung und Rechtsansichten internationaler Organe.....	94

Abkürzungen

Afrikanische Charta	Afrikanische Charta der Rechte des Menschen und der Völker
AGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
AKMR	Interamerikanische Kommission für Menschenrechte
AMRK	Amerikanische Konvention über Menschenrechte
Anm.	Anmerkung/en
Antifolterkonvention	Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CAT	Ausschuss gegen Folter
CEDAW	Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau
CERD	Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung
CESCR	Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CRC	Ausschuss für die Rechte des Kindes
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
Doc.	Dokument
DR	European Commission of Human Rights, Decisions and Reports
dt.	deutsche
ebd.	ebenda
ECHR Reports	European Court of Human Rights, Reports of Judgments and Decisions
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
et al.	und andere
ETS	European Treaty Series
f./ff.	folgende/fortfolgende
GA I	I. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Feld (1949)
GA II	II. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See (1949)

GA III	III. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen
GA IV	IV. Genfer Abkommen zum Schutze der Zivilpersonen in Kriegszeiten
Hg.	Herausgeber/in/nen
HLKO	Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges („Haager Landkriegsordnung“ von 1907)
ICJ Reports	International Court of Justice, Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IGH	Internationaler Gerichtshof
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
Kinderrechtskonvention	Übereinkommen über die Rechte des Kindes
lit.	Buchstabe/n
LNTS	League of Nations, Treaty Series
MRA	Ausschuss für Menschenrechte/Menschenrechtsausschuss (Zivilpakt)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	Nordatlantikvertragsorganisation
No./N°/Nr.	Nummer/n
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organisation Afrikanischer Einheit
§/§§	Paragraph/en; nummerierte Absätze
Protokoll I	Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)
Protokoll II	Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II)
Rn.	Randnummer/n
S.	Seite/n; Satz
Series A/B	European Court of Human Rights, Series A: Judgments and Decisions, B: Pleadings, Oral Arguments and Documents
Series A/C No.	Inter-American Court of Human Rights, Series A: Advisory Opinions; C: Decisions and Judgments
Sozialpakt	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
UN	Vereinte Nationen
UNTS	United Nations, Treaty Series
v.	gegen
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel
Zivilpakt	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte

1. Einleitung

Das Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht¹ ist nach wie vor umstritten und nicht abschließend geklärt. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von der geschichtlichen Entwicklung beider Rechtsgebiete über rechtsdogmatisch voneinander abweichende Ansichten bis hin zu Fragen des Verhältnisses im engeren Sinne. Die vorliegende Arbeit behandelt diese Fragen und Probleme in vier Abschnitten (2 bis 5). In diesen wird auf ein früher vorherrschendes Verständnis über das Verhältnis zwischen Friedensrecht und Kriegsrecht eingegangen, die extritoriale Geltung von Menschenrechtsverträgen besprochen, der zugrunde liegende rechtsdogmatische Theorienstreit beleuchtet sowie das Verhältnis der beiden Rechtsgebiete im engeren Sinne, also insbesondere die Lösung von möglichen Widersprüchen zwischen beiden Gebieten, diskutiert.

Die Arbeit stellt in erster Linie den bisherigen Diskussionsstand zu diesem Thema in konzentrierter Form dar. Die umfangreichen Anmerkungen ermöglichen weiterführende Recherchen zu einzelnen Punkten. In einem weiteren Abschnitt werden einige der mit den Kernfragen verbundenen, über diese jedoch hinausgehenden Fragen und Probleme aufgezeigt, zu deren vertiefter Behandlung ebenfalls Anregungen in begleitenden Anmerkungen gegeben werden.

Der Zusammenfassung folgen eine Schlussbemerkung, eine umfangreiche Bibliographie und eine Aufstellung der relevanten Rechtsprechung und Rechtsansichten internationaler Gerichte, Kommissionen und Ausschüsse, wobei insbesondere bei den über die Kernfrage hinausgehenden Fragenkomplexen, etwa zu den in manchen Menschenrechtsverträgen enthaltenen Derogationsregelungen, eine Auswahl getroffen werden musste.

¹ Im hier verwendeten Sinne umschließt der Begriff des humanitären Völkerrechts das so genannte Haager und Genfer Recht. Zu den Begrifflichkeiten siehe Internationaler Gerichtshof (IGH), *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons*, Advisory Opinion of 8 July 1996, ICJ Reports 1996, S. 226, § 75; *Knut Ipsen*, Völkerrecht, 5. Aufl. 2004, § 63 Rn. 8 und § 65 Rn. 20; *Otto Kimminich*, Schutz der Menschen in bewaffneten Konflikten, 1979, S. 7 ff.; *Karl Josef Partsch*, Human Rights and Humanitarian Law, in: R. Bernhardt (Hg.), *Encyclopedia of Public International Law II* (1995), S. 910-912, 910.

2. Alternativ oder kumulativ? – Zur Geschichte: Friedensrecht und Kriegsrecht

Bis zur Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 und dem in ihrer Charta² enthaltenen allgemeinen Gewaltverbot (Art. 2 Nr. 4), der drei Jahre später angenommenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte³ (AEMR) sowie der Verabschiedung der regionalen Menschenrechtskataloge in den Amerikas⁴ (1948) und Westeuropa⁵ (1950) wurde eine weitgehend strikte Aufteilung in Friedensvölkerrecht und Kriegsvölkerrecht (Recht des internationalen bewaffneten Konflikts) vorgenommen.⁶ Bis dahin wurde zum Teil angenommen, dass mit Eintritt des Kriegszustandes die Verträge des Friedensrechts automatisch (*ipso facto*) beendet oder ausgesetzt würden.⁷

² Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 in geänderter Fassung, UNTS Bd. 557, S. 143; 638, S. 308; 892, S. 119; BGBl. 1973 II S. 431; 1974 II S. 770; 1980 II S. 1252.

³ Vom 10. Dezember 1948, UN Doc. A/810 (1948), S. 71. Genannt sei auch die einen Tag zuvor verabschiedete Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948, UNTS Bd. 78, S. 277; BGBl. 1954 II S. 730, wonach Völkermord ein Verbrechen nach internationalem Recht ist, egal ob im Frieden oder im Krieg begangen (Art. 1).

⁴ Amerikanische Erklärung der Rechte und Pflichten der Menschen, 1948, abgedruckt in: *Organization of American States*, Basic Documents Pertaining to Human Rights in the Inter-American System, OAS Doc. OEA/Ser.L.V/II.82 Doc.6 rev.1 (1992), S. 17.

⁵ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, ETS No. 5, in der zuletzt durch Protokoll Nr. 11 vom 11. Mai 1994, ETS No. 155, geänderter Fassung; Neufassung: BGBl. 2002 II S. 105 (hiernach EMRK).

⁶ Hierzu *Christopher Greenwood*, Anwendungsbereich des humanitären Völkerrechts, in: D. Fleck (Hg.), *Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten*, 1994, S. 34-55, 34 (Nr. 201); *Dietrich Schindler*, Kriegsrecht und Menschenrechte, in: U. Häfelin/W. Haller/D. Schindler (Hg.), *Menschenrechte – Föderalismus – Demokratie*, 1979, S. 327-349, 327 ff.

⁷ Die Frage der Wirkung eines bewaffneten Konflikts auf Verträge war aber bereits vor 1945 und ist auch heute noch umstritten. Z. B. schrieb im Jahr 1872 *Johann Caspar Bluntschli*, *Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten*, 2. Aufl. 1872, § 538, dass die Wirksamkeit der Verträge „während des Krieges nur insoweit gehemmt [wird], als die Kriegsführung mit derselben unvereinbar ist“; oder *Josef Kohler*, *Grundlagen des Völkerrechts*, 1918, S. 132 (§ 57 VIII 1): „Der Krieg an sich ist kein Lösungsgrund. Der Gedanke, daß im Krieg die Rechtsverhältnisse zwischen den Völkern aufhörten und wieder der ‚Naturzustand‘ einträte, ist einfach abzulehnen“ (siehe im Einzelnen seine Differenzierungen unter § 57 VIII). Weiter hierzu

Nach dieser Ansicht würden die Menschenrechtsverträge in den Bereich des Friedensrechts, das humanitäre Völkerrecht in den Bereich des Kriegsrechts fallen,⁸ so dass die Menschenrechtsverträge während bewaffneter Konflikte nicht anwendbar wären. Insofern würden die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht alternativ gelten und sich somit keine weiteren Konkurrenzfragen stellen.

Auf dieser Grundlage basierend wurde und wird teilweise noch vertreten, dass die Menschenrechte während bewaffneter Konflikte keine Anwendung finden, sondern ausschließlich das humanitäre Völkerrecht.⁹ Hierfür wird unter anderem angeführt, dass die Menschenrechte primär das Verhältnis der Staaten zu ihren Staatsangehörigen bzw. Einwohnern und Einwohnerinnen regeln sowie in erster Linie für Friedenszeiten konzipiert wurden, während das humanitäre Völkerrecht auf den Schutz der feindlichen Staatsangehörigen und die Zeiten des bewaffneten Konflikts ausgerichtet ist.¹⁰

Friedrich Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. II: Kriegsrecht, 2. Aufl. 1969, § 19; *Jost Delbrück*, War, Effect on Treaties, in: R. Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law IV (2000), S. 1367-1373; *Ingrid Detter*, The Law of War, 2. Aufl. 2000, S. 346 ff.

⁸ Vgl. etwa die Aufteilung bei *Friedrich Berber* (Hg.), Völkerrecht: Dokumentensammlung, Bd. I: Friedensrecht, Bd. II: Konfliktrecht, 1967.

⁹ So noch die Position Israels und offensichtlich auch der Vereinigten Staaten von Amerika. Siehe Israels zweiten Bericht an den Menschenrechtsausschuss (MRA), UN Doc. CCPR/C/ISR/2001/2, § 8, sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR), UN Doc. E/1990/6/Add.32 (2001), § 5, und bereits zuvor: UN Doc. E/1989/5/Add.14 (2001), § 2. Ausführlich zur Position Israels *Orna Ben-Naftali/Yuval Shany*, Living in Denial: The Application of Human Rights in the Occupied Territories, in: Israel Law Review 37 (2003-2004), S. 17-118, 25 ff. Zur Position der Vereinigten Staaten siehe Response of the United States to Request for Precautionary Measures – Detainees in Guantanamo Bay, Cuba, 15. April 2002, International Legal Materials 41 (2002), S. 1015 ff., 1019 und 1020; Additional Response of the United States to Request for Precautionary Measures – Detainees in Guantanamo Bay, Cuba, vom 15. Juli 2002, S. 3 ff., abrufbar unter: http://www.ccr-ny.org/v2/legal/september_11th/docs/7-23-02GovtResponseToObservations_andIACHR_Decision.pdf oder <http://www.state.gov/s/l/38642.htm> (diese und alle weiter angegebenen Internetadressen wurden zuletzt im Mai 2006 besucht); UN Doc. CCPR/C/USA/3 (2005), § 130; Letter of 31 January 2006, UN Doc. E/CN.4/2006/120 (2006), Annex II; UN Doc. CAT/C/SR.703 (2006), § 14 (*Bellinger*); UN Doc. CAT/C/SR.706 (2006), §§ 5 f. (*Bellinger*).

¹⁰ Z. B. *Jean Pictet*, Development and Principles of International Humanitarian Law, 1985, S. 3. Hierzu auch *Schindler* (Anm. 6), S. 327.

Dieser Ansicht kann indes nicht gefolgt werden, da seit der Gründung der Vereinten Nationen und den damit einhergehenden Veränderungen eine strikte Aufteilung in Friedens- und Kriegsrecht nicht mehr vorgenommen werden kann.¹¹ Beispielsweise stellt *Knut Ipsen* hierzu fest: „Die Unterteilung des Völkerrechts in *Friedensrecht* und *Recht des bewaffneten Konflikts* ist angesichts der vielfältigen Verbindungen dieser Rechtsgebiete eine überholte Kategorisierung“.¹²

In Bezug auf die Menschenrechte ist hierbei zunächst zu berücksichtigen, dass sich das internationale Menschenrechtssystem im Wesentlichen erst nach dem Zweiten Weltkrieg und anfangs weitestgehend unabhängig vom humanitären Völkerrecht entwickelt hat.¹³ Auf internationaler Ebene ist das humanitäre Völkerrecht das ältere Rechtsgebiet, das sich in seiner modernen Gestalt bereits seit den 1860er Jahren herausgebildet hat. Das Kriegsrecht (humanitäre Völkerrecht) war von Anfang an ein Teil des Völkerrechts, während die Menschenrechte aus dem nationalen Verfassungsrecht stammen. Das Kriegsrecht findet seine Wurzeln im Mittelalter und enthält somit z. B. auch Elemente der „Ritterlichkeit“. Die Menschenrechte im heutigen Sinne stammen in erster Linie aus der Zeit der Aufklärung.¹⁴

¹¹ Zu der sich damit stellenden Frage nach der systematischen Einordnung dieser beiden Gebiete in das Völkerrecht sowie zu Versuchen einer neuen Kategorisierung z. B. *Ipsen* (Anm. 1), § 65 Rn. 21; *Schindler* (Anm. 6), S. 349.

¹² *Ipsen* (Anm. 1), § 65 Rn. 21 (Kursivschrift im Original); siehe auch *Knut Ipsen*, International Law Preventing Armed Conflicts and International Law of Armed Conflict – A Combined Functional Approach, in: C. Swinarski (Hg.), *Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge*, 1984, S. 349-358, 349.

¹³ Bereits vor 1945 gab es allerdings einzelne Menschenrechtsthemen, die auf internationaler Ebene behandelt wurden, wie bspw. das Verbot der Sklaverei oder wirtschaftliche und soziale Rechte. Siehe z. B.: Übereinkommen über die Sklaverei vom 25. September 1926 (LNTS Bd. 60, S. 253; in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 7. Dezember 1953, BGBl. 1972 II S. 1473); Art. 22 Abs. 5 und Art. 23 der Satzung des Völkerbundes vom 28. April 1919 (RGBl. 1919 S. 717); die Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation 1919 (RGBl. 1919 S. 1269) und die in ihrem Rahmen ausgearbeiteten Übereinkommen.

¹⁴ Zur geschichtlichen Entwicklung beider Gebiete siehe z. B. *Michael Bothe*, The Historical Evolution of International Humanitarian Law, International Human Rights Law, Refugee Law and International Criminal Law, in: H. Fischer/et al. (Hg.), *Krisensicherung und Humanitärer Schutz*, 2004, S. 37-45; *Asbjørn Eide*, The Laws of

Weiter ist zu beachten, dass viele der allgemeinen Menschenrechtverträge bewaffnete Konflikte berücksichtigen, indem sie Derogationsregelungen für Notstandssituationen, einschließlich bewaffneter Konflikte, enthalten. Dies spricht dafür, dass diese Verträge auch während Zeiten bewaffneter Auseinandersetzungen ihre Gültigkeit grundsätzlich nicht verlieren sollen.¹⁵ Zu nennen sind Art. 4 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte¹⁶ (Zivilpakt), Art. 15 der europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten¹⁷ (EMRK) sowie Art. 27 der Amerikanischen Konvention über Menschenrechte¹⁸ (AMRK).¹⁹ Diese Artikel enthalten jeweils eine Liste so genannter notstandsfester Rechte, von denen auch während bewaffneter Konflikte nicht abgewichen werden darf.²⁰ Andere Verträge, wie insbesondere der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte²¹ (Sozialpakt) und die Afrikanische Charta der Rechte des Menschen und der Völker²² (Afrikanische Charta),²³ enthalten hingegen keine ent-

War and Human Rights – Differences and Convergences, in: Swinarski (Anm. 12), S. 675-697, 675 ff.; *Leslie C. Green*, Human Rights and the Law of Armed Conflict, in: Israel Yearbook on Human Rights 10 (1980), S. 9-37, 9 ff.; *Ipsen* (Anm. 1), §§ 48, 49 und 63.

¹⁵ Hierzu und zu weiteren Argumenten *Stefanie Schmahl*, Der Menschenrechtsschutz in Friedenszeiten im Vergleich zum Menschenrechtsschutz im Krieg, in: J. Hasse/E. Müller/P. Schneider (Hg.), Humanitäres Völkerrecht, 2001, S. 41-77, 71 ff.; allgemein *Ipsen* (Anm. 1), § 71 Rn. 4 ff.

¹⁶ Vom 16. Dezember 1966, UNTS Bd. 999, S. 171; BGBl. 1973 II S. 1534. Zur Frage, weshalb „Krieg“ oder „bewaffneter Konflikt“ in Art. 4 nicht ausdrücklich genannt, diese Zustände aber ebenfalls erfasst werden, siehe *Manfred Nowak*, U. N. Covenant on Civil and Political Rights, 2. Aufl. 2005, Art. 4 CCPR Rn. 12 f.

¹⁷ Siehe Anm. 5.

¹⁸ Pact of San José, Costa Rica, vom 22. November 1969, UNTS Bd. 1144, S. 123.

¹⁹ Siehe auch Art. 4 lit. b und c der Arabischen Charta der Menschenrechte vom 15. September 1994, Resolution 5437 des Rats der Liga arabischer Staaten, abgedruckt in: Human Rights Law Journal 18 (1997), S. 151-153, die allerdings noch nicht in Kraft getreten ist.

²⁰ Die Kataloge der notstandsfesten Rechte sind unterschiedlich weit gefasst. Vgl. Art. 4 Abs. 2 Zivilpakt; Art. 15 Abs. 2 EMRK; Art. 27 Abs. 2 AMRK.

²¹ Vom 16. Dezember 1966, UNTS Bd. 993, S. 3; BGBl. 1973 II S. 1570. Die Europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961, ETS No. 35; BGBl. 1964 II S. 1262, sowie die revidierte Fassung vom 3. Mai 1996, ETS No. 163, enthalten dagegen eine Notstandsklausel (Art. 30 bzw. Art. F).

²² Vom 27. Juni 1981, OAU Doc. CAB/LEG/67/3 Rev. 5.

sprechende Regelung, aber auch keine ausdrückliche Bestimmung, wonach deren Anwendbarkeit während bewaffneter Konflikte ausgeschlossen sein soll.²⁴ Das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe²⁵ (Antifolterkonvention) wiederum schreibt in Art. 2 Abs. 2 ausdrücklich fest, dass Krieg oder ein sonstiger öffentlicher Notstand nicht als Rechtfertigung für Folter geltend gemacht werden darf.

Darüber hinaus enthalten insbesondere jüngere spezielle Menschenrechtsverträge Bestimmungen, die ausdrücklich die Einhaltung der für die Vertragsstaaten geltenden Regeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts fordern, darauf Bezug nehmen und/oder eigene Normen für solche Situationen aufstellen. Hierzu zählen beispielsweise Art. 38 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes²⁶ (Kinderrechtskonvention), das Fakultativprotokoll zu diesem Übereinkommen betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten²⁷ sowie Art. 22 der Afrikanischen Charta über die Rechte und das Wohl des Kindes^{28, 29}. Hinsichtlich der Überwachung der Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen nimmt etwa das Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe³⁰ auf bewaffnete Konflikte Bezug, indem das Ver-

²³ Ebenso wenig die Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 2. Oktober 2000, EU Doc. CHARTE 4487/00 CONVENT 50, 28. September 2000, abgedruckt in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2000, S. 554 ff.

²⁴ Sowohl der CESC (vgl. die relevanten Verweise in Anm. 36 und 51) als auch die Afrikanische Kommission für die Rechte des Menschen und der Völker (vgl. *Commission Nationale des Droits de l'Homme et des Libertés v. Chad* (Communication No. 74/92), 18th Ordinary Session, 2-11 October 1995, International Human Rights Reports 4 (1997), S. 94, § 21) halten den jeweiligen Vertrag auch während bewaffneter Konflikte für anwendbar.

²⁵ Vom 10. Dezember 1984, UNTS Bd. 1465, S. 85; BGBl. 1990 II S. 247.

²⁶ Vom 20. November 1989, UN Doc. A/RES/44/25 und Corr.1; BGBl. 1992 II S. 122.

²⁷ Vom 25. Mai 2000, UN Doc. A/RES/54/263.

²⁸ Vom 11. Juli 1990, OAU Doc. CAB/LEG/24.9/49.

²⁹ Beachte auch die Declaration on the Protection of Women and Children in Emergency and Armed Conflict, Resolution 3318 (XXIX) der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974.

³⁰ Vom 26. November 1987, BGBl. 1989 II S. 946, geändert durch Protokolle Nr. 1 und Nr. 2 vom 4. November 1993, BGBl. 1996 II S. 1115.

hältnis des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zu Vertretern oder Delegierten von Schutzmächten oder des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in Art. 17 Abs. 3 geregelt wird.³¹

Von einer grundsätzlichen Anwendbarkeit der Menschenrechtsverträge in Zeiten bewaffneter Konflikte und militärischer Besetzungen gehen auch die Vertragsüberwachungsorgane sowie die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aus.³² Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat die grundsätzliche Anwendbarkeit ebenfalls festgestellt:

“More generally, the Court considers that the protection offered by human rights conventions does not cease in case of armed conflict, save through the effect of provisions for derogation of the kind to be found in Article 4 of the International Covenant on Civil and Political Rights.”³³

Die völkerrechtlichen Verträge zum Schutz der Menschenrechte gelten somit grundsätzlich auch in Zeiten eines bewaffneten Konflikts, es sei denn, ihnen ist eine anderweitige Intention zu entnehmen,

³¹ Beachte auch Art. 9 Abs. 1 S. 2 dieses Übereinkommens betreffend Einwände gegen Besuche.

³² Siehe z. B. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), *Loizidou v. Turkey* (Application No. 15318/89), [GC] Judgment of 23 March 1995 (Preliminary Objections), Series A 310 (1995); Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte (AGMR), *Bámaca Velásquez Case* (Petition No. 11.129), Judgment of 25 November 2000, Series C No. 70 (2000); Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (AKMR), *Coard et al. v. United States* (Case No. 10.951), Report No. 109/99, 29 September 1999, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.106 Doc. 3 rev. (2000), S. 1283, § 39; bereits Resolution 237 des UN-Sicherheitsrats vom 14. Juni 1967, einleitender Absatz 2; Resolution 2675 (XXV) der UN-Generalversammlung vom 9. Dezember 1970, § 1; sowie nachfolgend genannte Fälle, Resolutionen und Dokumente.

³³ IGH, *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory*, Advisory Opinion of 9 July 2004, International Legal Materials 43 (2004), S. 1009 (hiernach: *Legal Consequences*), § 106; bestätigt in: IGH, *Armed Activities on the Territory of the Congo (Democratic Republic of the Congo v. Uganda)*, Judgment of 19 December 2005, http://www.icj-cij.org/icjwww/idocket/ico/ico_judgments/ico_judgment_20051219.pdf, § 216; siehe auch bereits IGH, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons* (Anm. 1), § 25.

was insbesondere dann der Fall ist, wenn die Anwendbarkeit für bestimmte Situationen ausdrücklich ausgeschlossen wird.³⁴

Nichts anderes kann für die Menschenrechte, die Bestandteil des allgemeinen Völkerrechts sind,³⁵ gelten. Unabhängig von den vertraglichen Verpflichtungen sind alle Staaten daher auch während bewaffneter Konflikte grundsätzlich an die Einhaltung der (notstands-festen) Menschenrechte des allgemeinen Völkerrechts gebunden.³⁶

Seitens des humanitären Völkerrechts sprechen für die grundsätzliche Geltung der Menschenrechte während bewaffneter Konflikte insbesondere und ausdrücklich Art. 72 Protokoll I³⁷ und der zweite Absatz der Präambel von Protokoll II³⁸. So stellt erstgenannte Vorschrift klar, dass die „Bestimmungen dieses Abschnitts [...] die sonstigen anwendbaren Regeln des Völkerrechts über den Schutz grundlegender Menschenrechte in einem internationalen bewaffneten Konflikt“ ergänzen. In Bezug auf den nicht-internationalen bewaffneten Konflikt heißt es in der Präambel von Protokoll II: „Sowie eingedenk dessen, daß die internationalen Übereinkünfte über die Menschenrechte der menschlichen Person einen grundlegenden Schutz bieten“.

³⁴ So in Art. XV Abs. 2 der Inter-American Convention on Forced Disappearance of Persons vom 9. Juni 1994, *International Legal Materials* 33 (1994), S. 1429.

³⁵ Zum völkergewohnheitsrechtlichen Status der Menschenrechte allgemein z. B. *American Law Institute*, *Restatement of the Law, Third: The Foreign Relations Law of the United States*, Bd. 2, 1987, § 702; *Eckart Klein* (Hg.), *Menschenrechtsschutz durch Gewohnheitsrecht*, 2003; *Theodor Meron*, *Human Rights and Humanitarian Norms as Customary Law*, 1989, S. 79 ff.

³⁶ Hierzu z. B. *Jaime Oraá*, *The Protection of Human Rights in Emergency Situations under Customary International Law*, in: G. S. Goodwin-Gill/S. Talmon (Hg.), *The Reality of International Law*, 1999, S. 413-437; vgl. auch MRA, *General Comment No. 29: Article 4: Derogations During a State of Emergency*, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 184 ff., dt. Übersetzung in: *DIMR* (Hg.), *Die »General Comments« zu den VN-Menschenrechtsverträgen*, 2005, S. 141 ff., §§ 9 und 13 (a); CESCR, *Concluding Observations: Israel*, UN Doc. E/C.12/1/Add.69 (2001), § 12.

³⁷ Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) vom 8. Juni 1977, UNTS Bd. 1125, S. 3; BGBl. 1990 II S. 1551.

³⁸ Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II) vom 8. Juni 1977, UNTS Bd. 1125, S. 609; BGBl. 1990 II S. 1637.

Die Menschenrechte gelten daher grundsätzlich auch in Zeiten eines bewaffneten Konflikts.³⁹ Sie sind also kumulativ und nicht alternativ zum humanitären Völkerrecht anwendbar. Dies gilt sowohl für nicht-internationale bewaffnete Konflikte im Sinne der gemeinsamen Art. 3 der Genfer Abkommen von 1949⁴⁰ (GA I bis IV) und Art. 1 Abs. 1 Protokoll II als auch für internationale bewaffnete Konflikte und Besetzungen im Sinne der gemeinsamen Art. 2 der Genfer Abkommen und Art. 1 Abs. 3 und 4 Protokoll I. Für interne Konflikte, die die Schwelle des gemeinsamen Art. 3 der Genfer Abkommen und des Art. 1 Abs. 1 Protokoll II nicht überschreiten, sind die Verträge des humanitären Völkerrechts im Gegensatz zu den Menschenrechtsverträgen nicht anwendbar.⁴¹

³⁹ So z. B. auch *Jochen Abr. Frowein*, The Relationship Between Human Rights Regimes and Regimes of Belligerent Occupation, in: Israel Yearbook of Human Rights 28 (1998), S. 1-16, 11 und 16; *Hans-Joachim Heintze*, The European Court of Human Rights and the Implementation of Human Rights Standards During Armed Conflicts, in: German Yearbook of International Law 45 (2002), S. 60-77, 61 f.; *Kimminich* (Anm. 1), S. 29; *Heike Krieger*, Die Verantwortlichkeit Deutschlands nach der EMRK für seine Streitkräfte im Auslandseinsatz, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 62 (2002), S. 669-702, 693; *Jörg Künzli*, Zwischen Rigidität und Flexibilität: Der Verpflichtungsgrad internationaler Menschenrechte, 2001, S. 104; *Partsch* (Anm. 1), S. 910; sowie IKRK, The Red Cross and Human Rights, Working document prepared by the International Committee of the Red Cross in collaboration with the Secretariat of the League of Red Cross Societies, Geneva, September 1983, Council of Delegates, Geneva, 13-14 October 1983, Doc. CD/7/1/1 (Summary), S. 113. Siehe auch bereits die in Anm. 32 genannten UN-Resolutionen.

⁴⁰ I. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Feld; II. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See; III. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen; IV. Genfer Abkommen zum Schutze der Zivilpersonen in Kriegszeiten; jeweils vom 12. August 1949, UNTS Bd. 75, S. 31, 85, 135 und 287; BGBl. 1954 II S. 783, 813, 838, 917 und 1956 II S. 1586.

⁴¹ Zu den Bemühungen, humanitäre Mindeststandards oder elementare Normen der Menschlichkeit, die in allen Situationen, einschließlich innerstaatlicher Unruhen, gelten, zu identifizieren und zu kodifizieren, siehe insbesondere die auf einer Fachtagung im Dezember 1990 in Turku/Åbo, Finnland, verabschiedete Declaration of Minimum Humanitarian Standards, enthalten in: UN Doc. E/CN.4/Sub.2/1991/55; revidierte Fassung: UN Doc. E/CN.4/1995/116; hierzu und ferner bspw. *Asbjørn Eide/Allan Rosas/Theodor Meron*, Combating Lawlessness in Grey Zone Conflicts Through Minimum Humanitarian Standards, in: American Journal of International Law 89 (1995), S. 215-223; *Djamchid Momtaz*, The Minimum Humanitarian Rules Applicable in Periods of Internal Tension and Strife, in: International Review of the

3. Nur intern oder auch extern? – Zur extraterritorialen Geltung von Menschenrechtsverträgen

Mit der grundsätzlichen Geltung der Menschenrechte auch in Zeiten bewaffneter Konflikte ist für den Bereich des Vertragsrechts noch nicht gesagt, dass sich die Menschenrechtsverträge tatsächlich mit den Abkommen des humanitären Völkerrechts überschneiden, und es somit überhaupt zu einer Verhältnisfrage im engeren Sinne kommt. Hierfür ist des Weiteren erforderlich, dass sich die Geltungsbereiche der Verträge (teilweise) decken.

Auf den persönlichen Geltungsbereich⁴² ist hier nicht weiter einzugehen, da er hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht weniger problematisch ist. Als Beispiel für seine Bedeutung sei Art. 4 Abs. 1 GA IV genannt, wonach die eigenen Staatsangehörigen überwiegend vom Schutz des IV. Genfer Abkommens ausgeschlossen sind. Ihnen kommt jedoch der Schutz anwendbarer Menschenrechtsverträge zuteil, bei denen es – bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Art. 25 Zivilpakt) – auf die Staatsangehörigkeit nicht ankommt. Die Art. 72 ff. Protokoll I, die auch eigene Staatsangehörige umfassen, sollen diese Lücke im humanitären Völkerrecht schließen.⁴³

Auch der Aspekt der zeitlichen Überschneidung muss an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Wie oben besprochen, gelten die Menschenrechte grundsätzlich auch in Zeiten bewaffneter Konflikte. Hingegen findet das humanitäre Völkerrecht in Friedenszeiten überwiegend keine Anwendung. Teile des humanitären Völkerrechts finden aber auch nach einem bewaffneten Konflikt, insbesondere bei einer militärischen Besetzung Anwendung.⁴⁴ Während eines gene-

Red Cross No. 324 (1998), S. 455-462; *David Petrasek*, Moving Forward on the Development of Minimum Humanitarian Standards, in: *American Journal of International Law* 92 (1998), S. 557-563; *Jean-Daniel Vigny/Cecilia Thompson*, Fundamental Standards of Humanity: What Future?, in: *Netherlands Quarterly of Human Rights* 20 (2002), S. 185-199; jeweils m. w. N. Siehe auch die analytischen Berichte des UN-Generalsekretärs zu diesem Thema, zuletzt: UN Doc. E/CN.4/2006/87.

⁴² Hierzu z. B. *Künzli* (Anm. 39), S. 109 ff.

⁴³ Hierzu *Michael Bothe/Karl Josef Partsch/Waldemar A. Solf*, *New Rules for Victims of Armed Conflicts*, 1982, S. 440 ff.

⁴⁴ Siehe etwa Art. 2 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 1, 3 und 4 GA IV.

rellen Friedenszustandes kann es ebenfalls zur Anwendung kommen, wenn vereinzelt örtlich und zeitlich begrenzte Gewaltmaßnahmen eines Staates gegen den „völkerrechtlich geschützten Bereich“ eines anderen Staates durchgeführt werden.⁴⁵ Zudem besteht die Verpflichtung der Vertragsparteien, den Wortlaut der Abkommen des humanitären Völkerrechts weitestmöglich zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, auch zu Friedenszeiten.⁴⁶

Die Frage, die bei außerhalb des eigenen Territoriums stattfindenden bewaffneten Konflikten jedoch besonders relevant und daher folgend zu besprechen ist, ist die der extra- oder extraterritorialen Geltung von Verträgen, hier insbesondere der Menschenrechtsverträge.

Bei den Abkommen des humanitären Völkerrechts stellt sich diese Frage dagegen nicht. Die auf internationale bewaffnete Konflikte anwendbaren Verträge enthalten nämlich jeweils keine Vorschrift, welche die territoriale Anwendbarkeit generell beschränken würde. Vielmehr heißt es in den gemeinsamen Art. 1 der Genfer Abkommen, dass das jeweilige Abkommen „unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen“ ist, was darauf hindeutet, dass die Verträge auch außerhalb des eigenen Territoriums Anwendung finden sollen. Dies entspricht auch der Natur der Sache, soweit es sich um militärische Einsätze auf oder Besetzung von Gebieten einer anderen am Konflikt beteiligten Vertragspartei handelt.⁴⁷ Es kommt bei den Verträgen des humanitären Völkerrecht daher weniger auf das Gebiet, sondern vielmehr auf den sachlichen Anwendungsbe- reich der Verträge an, also darauf, ob ein internationaler bewaffneter Konflikt oder eine militärische Besetzung, wie in den gemeinsamen Art. 2 der Genfer Abkommen beschrieben, vorliegt.

Problematisch ist der territoriale Geltungsbereich hingegen bei den Menschenrechtsverträgen. Einige Menschenrechtsverträge enthal-

⁴⁵ Hierzu *Ipsen* (Anm. 1), § 66 Rn. 10 und 14; *Jean S. Pictet* (Hg.), *The Geneva Conventions of 12 August 1949: Commentary IV*, 1958 (Nachdruck 1994), S. 58 ff.

⁴⁶ Art. 47 GA I; Art. 48 GA II; Art. 127 GA III; Art. 144 GA IV; Art. 83 Abs. 1 Protokoll I; Art. 19 Protokoll II.

⁴⁷ Hierzu *Greenwood* (Anm. 6), S. 44 ff. (Nr. 215 ff.); *Künzli* (Anm. 39), S. 126 ff. Zur zeitlichen und territorialen Anwendbarkeit siehe auch ICTY, *Prosecutor v. Tadić a/k/a "Dule"* (Case No. IT-94-1-AR72), Decision of 2 October 1995 (Appeal on Jurisdiction), *International Legal Materials* 35 (1996), S. 35, §§ 67 f.

ten eine dahingehende Regelung, wonach sich die Vertragsstaaten verpflichten, die in dem jeweiligen Vertrag anerkannten Rechte allen ihrer Hoheitsgewalt (Jurisdiktion) unterstehenden Personen zu gewährleisten. So heißt es in Art. 1 EMRK: „Die Hohen Vertragsparteien sichern allen ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen die in Abschnitt I bestimmten Rechte und Freiheiten zu.“ Die Art. 1 Abs. 1 AMRK⁴⁸ und Art. 2 Abs. 1 Zivilpakt enthalten ähnlich lautende Formulierungen, wobei es in letztgenannter Vorschrift etwas abweichend heißt: „Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, die in diesem Pakt anerkannten Rechte zu achten und sie allen *in seinem Gebiet* befindlichen *und* seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen [...] zu gewährleisten.“⁴⁹ Jedoch ist diese Vorschrift – wenn auch nicht unumstritten – dahingehend auszulegen, dass es im Wesentlichen entsprechend den beiden anderen Vorschriften auf die Hoheitsgewalt ankommt.⁵⁰ Im Sozialpakt ist keine dahingehende Bestimmung enthalten, was im Ergebnis und für die folgende Diskussion jedoch keinen Unterschied macht, da der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) ebenfalls die Auffassung vertritt, dass die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus dem Sozialpakt hinsichtlich aller Gebiete und Personen bestehen, die unter ihrer effektiven Kontrolle sind.⁵¹

⁴⁸ Engl.: “The States Parties to this Convention undertake [...] to ensure to all persons subject to their jurisdiction [...]”; Span.: “Los Estados Partes en esta Convención se comprometen [...] a garantizar su libre y pleno ejercicio a toda persona que esté sujeta a su jurisdicción [...]”.

⁴⁹ Hervorhebung des Autors; Engl.: “within its territory and subject to its jurisdiction”; Franz.: « sur leur territoire et relevant de leur compétence ».

⁵⁰ Hierzu MRA, *Saldías de López v. Uruguay* (Communication No. 52/1979), Views of 29 July 1981, UN Doc. A/36/40 (1981), Annex XIX, §§ 12.1 ff., und Sondervotum von *Christian Tomuschat*, ebd., Appendix; IGH, *Legal Consequences* (Anm. 33), §§ 107 ff.; sowie *Thomas Buergenthal*, To Respect and to Ensure: State Obligations and Permissible Derogations, in: L. Henkin (Hg.), *The International Bill of Rights*, 1981, S. 72-91, 73 ff.; *Dirk Lorenz*, Der territoriale Anwendungsbereich der Grund- und Menschenrechte, 2005, S. 73 ff.; *Bernhard Schäfer*, „Guantánamo Bay“, 2003, S. 46 f. Anderer Ansicht etwa *Schindler* (Anm. 6), S. 334; *Michael J. Dennis*, Application of Human Rights Treaties Extraterritorially in Times of Armed Conflict and Military Occupation, in: *American Journal of International Law* 99 (2005), S. 119-141, 122 ff.; Vereinigte Staaten von Amerika (siehe unten, Anm. 63).

⁵¹ Siehe die Concluding Observations zu Israels zweitem periodischen Bericht, UN Doc. E/C.12/1/Add.90, §§ 15 und 31; sowie UN Doc. E/C.12/1/Add.69 (2001), §§ 12 ff. Die Ansicht des CESCR wurde bestätigt durch IGH, *Legal Consequences*

Unter staatlicher Hoheitsgewalt oder Jurisdiktion⁵² ist die Macht bzw. Zuständigkeit eines Staates zu verstehen, Rechtsregeln zu erlassen und durchzusetzen sowie die Gerichtsbarkeit auszuüben.⁵³ Die Hoheitsgewalt knüpft in erster Linie an das Territorium eines Staates an.⁵⁴ Das heißt, eine Person untersteht in aller Regel der Hoheitsgewalt eines Staates, wenn sie sich auf dessen Territorium befindet. Insofern ist bei einem bewaffneten Konflikt, der sich auf dem eigenen Territorium eines Vertragsstaates ereignet, die Jurisdiktion und damit die Anwendbarkeit des betreffenden menschenrechtlichen Vertrages grundsätzlich gegeben.

Dies ist bei *nicht*-internationalen bewaffneten Konflikten⁵⁵ im Sinne der gemeinsamen Art. 3 der Genfer Abkommen und des Art. 1 Protokoll II sowie bei einem bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 1 Abs. 4 Protokoll I, also bei Befreiungskriegen von Völkern in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts, der Fall, so dass bei solchen Konflikten die Menschenrechtsverträge grundsätzlich gelten. Die Vertragsstaaten eines Menschenrechtsvertrages sind aber prinzipiell auch an dessen Einhaltung während eines *internationalen* bewaffneten Konflikts zwischen Staaten gebunden, soweit dieser Konflikt auf ihrem eigenen Territorium stattfindet. Zu Einschränkungen kann es in diesen Fällen allerdings dadurch kommen, dass der Staat die effektive Kontrolle über ein Teilgebiet nicht mehr ausüben kann. Als

(Anm. 33), § 112. Anderer Ansicht hingegen Israel, UN Doc. E/1990/6/Add.32 (2001), §§ 5 ff.

⁵² Engl.: „jurisdiction“ oder „jurisdictional competence“; Franz.: „jurisdiction“ oder „compétence“; vgl. auch Anm. 48 und 49.

⁵³ Zur Jurisdiktion im Einzelnen: *Michael Akehurst*, Jurisdiction in International Law, in: *British Year Book of International Law* 46 (1972-1973), S. 145-257; *Ian Brownlie*, *Principles of Public International Law*, 6. Aufl. 2003, S. 297-318; *Karl Doehring*, *Völkerrecht*, 2. Aufl. 2004, § 16; *Matthias Herdegen*, *Völkerrecht*, 4. Aufl. 2005, §§ 23-28; *Frederick Alexander Mann*, *The Doctrine of Jurisdiction in International Law*, in: *Recueil des Cours* 1964-I, S. 1-162; *Bernard H. Oxman*, *Jurisdiction of States*, in: R. Bernhardt (Hg.), *Encyclopedia of Public International Law* III (1997), S. 55-60.

⁵⁴ Siehe z. B. IGH, *Legal Consequences* (Anm. 33), § 109; EGMR, *Banković et al. v. Belgium et al.* (Application No. 52207/99), [GC] Decision of 12 December 2001, ECHR Reports 2001-XII, S. 333, § 59.

⁵⁵ Bei nicht-internationalen Konflikten ist allerdings die Regelungsdichte des humanitären Völkerrechts geringer, so dass sich hier potentiell auch weniger Überschneidungen mit den menschenrechtlichen Abkommen ergeben.

Beispiel sei hierzu auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Fall *Ilaşcu und andere gegen Moldau und Russland* verwiesen. Darin führt der Gerichtshof unter anderem aus:

“[...] a State’s jurisdictional competence is primarily territorial [...], but also that jurisdiction is presumed to be exercised normally throughout the State’s territory.

This presumption may be limited in exceptional circumstances, particularly where a State is prevented from exercising its authority in part of its territory. That may be as a result of military occupation by the armed forces of another State which effectively controls the territory concerned [...], acts of war or rebellion, or the acts of a foreign State supporting the installation of a separatist State within the territory of the State concerned.”⁵⁶

Fraglich ist indes, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Vertragsstaaten ebenfalls an die Verpflichtungen aus den Menschenrechtsverträgen gebunden sind, wenn sie an internationalen bewaffneten Konflikten *außerhalb* ihres eigenen Territoriums beteiligt sind. Hierbei geht es zentral um die Frage, ob die dort durch Maßnahmen der Vertragsstaaten betroffenen Personen ebenfalls der Hoheitsgewalt dieses Vertragsstaates unterliegen. Wie bereits angesprochen, ist die Jurisdiktion der Staaten in erster Linie territorial. Hoheitsgewalt kann aber auch außerhalb des eigenen Territoriums rechtmäßig oder unrechtmäßig ausgeübt werden. Zudem kann das Verhalten eines Staates auf seinem eigenen Staatsgebiet exterritoriale Auswirkungen entfalten.

In bestimmten Fällen haben daher die Vertragsüberwachungsorgane auf universeller⁵⁷ wie regionaler Ebene⁵⁸ sowohl bei innerstaatli-

⁵⁶ *Ilaşcu et al. v. Moldova and Russia* (Application No. 48787/99), [GC] Judgment of 8 July 2004, Human Rights Law Journal 25 (2004), S. 332, § 312. Beachte jedoch auch § 313: “The undertakings given by a Contracting State under Article 1 of the Convention include, [...], positive obligations to take appropriate steps to ensure respect for those rights and freedoms within its territory [...]. Those obligations remain even where the exercise of the State’s authority is limited in part of its territory, so that it has a duty to take all the appropriate measures which it is still within its power to take.”

⁵⁷ Siehe MRA, *Saldías de López v. Uruguay* (Anm. 50); MRA, General Comment No. 31: The Nature of the General Legal Obligation Imposed on States Parties to the Covenant, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 192 ff., dt. Übersetzung in: DIMR (Anm. 36), S. 153 ff., §§ 10 und 12; CESCR, Concluding Observations: Israel, UN

chen Maßnahmen mit exterritorialen Wirkungen als auch bei Handlungen eines Vertragsstaates im Ausland das Vorliegen von Hoheitsgewalt und somit die Anwendbarkeit des jeweiligen Vertrages bejaht.⁵⁹ Danach erscheint es also grundsätzlich möglich, dass auch bei bewaffneten Konflikten außerhalb des eigenen Territoriums und insbesondere auch bei der militärischen Besetzung eines fremden Gebiets das Vorliegen von Hoheitsgewalt und damit die Anwendbarkeit der für den betreffenden Staat verbindlichen Menschenrechtsverträge angenommen werden kann.

Dies wurde durch den IGH in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004 bekräftigt, worin er die Geltung des Zivilpakts, des Sozialpakts und der Kinderrechtskonvention für Akte eines Vertragsstaates bestätigte, die dieser in der Ausübung seiner Hoheitsgewalt außerhalb seines eigenen Territoriums (im konkreten Fall bei der militärischen Besetzung eines fremden Gebiets) vornimmt.⁶⁰

Die jeweiligen Vertragsstaaten selbst positionieren sich uneinheitlich zu dieser Frage. Während ein Teil sich gegen die grundsätzliche Anwendbarkeit der Menschenrechtsverträge auch im Ausland stellt, sprechen sich andere Staaten wiederum verhalten oder deutlich für deren Anwendbarkeit aus oder halten die Hoheitsgewalt und damit

Doc. E/C.12/1/Add.90 (2003); CESCR, General Comment No. 8: The Relationship Between Economic Sanctions and Respect for Economic, Social and Cultural Rights, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 51 ff., *DIMR* (Anm. 36), S. 232 ff.; CESCR, General Comment No. 12: The Right to Adequate Food (Art. 11), UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 63 ff., *DIMR* (Anm. 36), S. 250 ff., §§ 36 f.; Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD), General Recommendation XIX on Article 3 of the Convention, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 211, *DIMR* (Anm. 36), S. 379, § 2; Ausschuss gegen Folter (CAT), Conclusions and Recommendations: Israel, UN Doc. CAT/C/XXVII/Concl.5 (2001), §§ 5, 6 d) und 7 b); Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW), Concluding Observations: Israel, UN Doc. A/52/38/Rev.1 II (1997), §§ 132-183, 170; Ausschuss für die Rechte des Kindes (CRC), Concluding Observations: Israel, UN Doc. CRC/C/15/Add.195 (2002), §§ 2 und 4 f.

⁵⁸ Siehe z. B. Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR), *Cyprus v. Turkey* (Application No. 6780/74 & 6950/75), Decision of 26 May 1975, DR 2 (1975), S. 125, 136 (Nr. 8); EGMR, *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54), §§ 67 ff.; EGMR, *Ilaşcu et al. v. Moldova and Russia* (Anm. 56), §§ 310 ff., insbesondere § 314; AKMR, *Coard et al. v. United States* (Anm. 32), § 37.

⁵⁹ Siehe weiter die genannten Fälle bei *Lorenz* (Anm. 50), S. 8 ff.

⁶⁰ *Legal Consequences* (Anm. 33), §§ 111, 112 und 113; siehe auch *Armed Activities on the Territory of the Congo* (Anm. 33), § 216.

die Anwendbarkeit in manchen Fällen im Ausland gegeben und in anderen nicht.

In Bezug auf den Zivilpakt beispielsweise, der, wie angesprochen, den Zusatz „in seinem Gebiet befindlichen“ enthält, halten Belgien⁶¹, die Niederlande⁶² und die Vereinigten Staaten von Amerika⁶³ diesen im Ausland für nicht anwendbar. Dagegen haben sich Frankreich, Schweden, die Schweiz und die Liga der arabischen Staaten im Verfahren vor dem IGH betreffend die rechtlichen Konsequenzen der Errichtung einer Mauer auf besetztem palästinensischen Gebiet dafür ausgesprochen, dass der Zivilpakt (sowie der Sozialpakt und die Kinderrechtskonvention) auch außerhalb des eigenen Territoriums auf dem besetzten Gebiet grundsätzlich anwendbar ist.⁶⁴ Nach Angaben des Menschenrechtsausschusses (MRA) haben auch Polen und Italien anerkannt, dass der Zivilpakt für alle Individuen, die ihrer Hoheitsgewalt beim Truppeneinsatz im Ausland unterstehen, gilt.⁶⁵ Die Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland auf eine entsprechende Anfrage des MRA⁶⁶ ist hingegen zurückhaltender, mehr wie eine Zusicherung als eine Anerkennung der Geltung, und auch nicht unbedingt formuliert worden. Dort heißt es:

„Deutschland gewährleistet gemäß Artikel 2 Absatz 1 die Paktrechte allen in seinem Gebiet befindlichen und seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen.

Deutschland sichert bei Einsätzen seiner Polizei- oder Streitkräfte im Ausland, insbesondere im Rahmen von Friedensmissionen, allen Personen, soweit sie seiner Herrschaftsgewalt unterstehen, die Gewährung der im Pakt anerkannten Rechte zu.

⁶¹ Vgl. UN Doc. CCPR/CO/81/BEL (2004), § 6.

⁶² UN Doc. CCPR/CO/72/NET (2001), § 27; CCPR/CO/72/NET/Add.1 (2003), § 19.

⁶³ UN Doc. CCPR/C/SR.1405 (1995), § 20 (*Harper*); bekräftigt und ausgeführt im dritten periodischen Bericht von 2005, UN Doc. CCPR/C/USA/3 (2005), § 130 und Annex I.

⁶⁴ Siehe die jeweiligen schriftlichen Stellungnahmen (Written Statements) zu diesem Verfahren (*Legal Consequences*, Anm. 33) vom 28. bzw. 30. Januar 2004, zu finden unter: <http://www.icj-cij.org/icjwww/idocket/imwp/imwpframe.htm>.

⁶⁵ UN Doc. CCPR/CO/82/POL (2004), § 3; UN Doc. CCPR/C/ITA/CO/5 (2005), § 3.

⁶⁶ UN Doc. CCPR/CO/80/DEU (2004), § 11.

Die internationalen Aufgaben und Verpflichtungen Deutschlands, insbesondere zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen, bleiben unberührt.

Bei der Ausbildung seiner Sicherheitskräfte im internationalen Einsatz sieht Deutschland eine speziell auf diese ausgerichtete Belehrung über die im Pakt verankerten einschlägigen Rechte vor.⁶⁷

Mit Blick auf die EMRK, bei der es nur um den Begriff der Jurisdiktion geht, haben zum Beispiel die beklagten Vertragsstaaten im *Banković*-Verfahren zwar anerkannt, dass die Hoheitsgewalt in bestimmten Fällen auch im Ausland gegeben sein kann; für den konkreten Fall, die Bombardierung eines Radio- und Fernsehgebäudes in Belgrad durch NATO-Luftstreitkräfte, jedoch gerade nicht.⁶⁸ Die Regierung des Vereinigten Königreichs hält beispielsweise die EMRK-Rechte im Irak unter Verweis auf die umstrittene Frage der Jurisdiktion und den mangelnden Grad an effektiver Kontrolle britischer Truppen für nicht anwendbar.⁶⁹ Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hingegen fordert die Mitgliedstaaten, die als Teil der multinationalen Streitkräfte im Irak tätig sind, auf, die volle Anwendbarkeit der EMRK auf die Aktivitäten ihrer Streitkräfte im Irak anzuerkennen, soweit sie effektive Kontrolle über das Gebiet, in dem sie operieren, ausüben.⁷⁰

Die genannten Ansichten der Vertragsüberwachungsorgane, des IGH und der wohl überwiegenden Anzahl von Staaten zeigen, dass die Möglichkeit einer grundsätzlichen Anwendbarkeit der in Rede stehenden Menschenrechtsverträge auch im Ausland angenommen werden kann.

Umstritten erscheinen im Einzelnen jedoch weiter die Voraussetzungen für das Vorliegen der extraterritorialen Jurisdiktion und damit der Geltung der Verträge. Ein zentrales Kriterium, das dabei vorwiegend in Erscheinung tritt und das zuvor bereits genannt wurde, ist

⁶⁷ UN Doc. CCPR/CO/80/DEU/Add.1 (2005); dt. Fassung unter: <http://institut-fuer-menschenrechte.de/dav/Dokumente/AntwortBRegdeutschStand050105.pdf>.

⁶⁸ Vgl. *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54), §§ 35 ff.

⁶⁹ Siehe z. B. die schriftlichen Antworten des britischen Außenministers *Jack Straw* vom 17. und 19. Mai 2004, House of Commons Debates (Hansard), Session 2003-04, Volume 421, Column 674W-675W und 1083W-1084W.

⁷⁰ Resolution 1386 (2004) vom 24. Juni 2004 ("The Council of Europe's Contribution to the Settlement of the Situation in Iraq"), § 18.

das der „effektiven Kontrolle“ („effective control“), welches vom MRA⁷¹, dem CECSC⁷² und dem EGMR⁷³ verwendet wird. Der IGH hat es quasi übernommen, indem er die Ansichten des MRA und des CECSC in seinem Gutachten bestätigt, verwendet in diesem Zusammenhang selbst allerdings nur den Ausdruck „territorial jurisdiction“⁷⁴. Bei der Erläuterung des Begriffs der „Besetzung“ spricht er unter Verweis auf Völkergewohnheitsrecht, wie es sich in Art. 42 der HLKO⁷⁵ widerspiegelt, von „authority“.⁷⁶

⁷¹ Concluding Observations: Israel, UN Doc. CCPR/C/79/Add.93 (1998), § 10; General Comment No. 31 (Anm. 57), § 10: “[...] a State party must respect and ensure the rights laid down in the Covenant to anyone *within the power or effective control* of that State Party, even if not situated within the territory of the State Party. [...] the enjoyment of Covenant rights [...] must also be available to all individuals, [...], who may find themselves in the territory or subject to the jurisdiction of the State Party. This principle also applies to those *within the power or effective control* of the forces of a State Party *acting outside its territory*, regardless of the circumstances in which such power or effective control was obtained [...]” (Hervorhebungen des Autors).

Zwar ist der Hinweis von *Martin Scheinin*, Extraterritorial Effect of the International Covenant on Civil and Political Rights, in: Coomans/Kamminga (Anm. 82), S. 73-81, auf S. 81, dass der Ausschuss in einer Post-*Banković*-Formulierung in seinen Concluding Observations zu Israel von 2003 (UN Doc. CCPR/CO/78/ISR, § 11) nicht mehr den Ausdruck „effective control“ verwendet, richtig, jedoch stellt der MRA in dem eben zitierten General Comment vom 29. März 2004 weiterhin auf dieses Kriterium ab, so dass daraus nicht auf eine Änderung seiner Ansicht in diesem Punkt geschlossen werden kann.

⁷² Z. B. Concluding Observations zu Israel, UN Doc. E/C.12/1/Add.90 (2003), § 31: “[...], the State party’s obligations under the Covenant apply to all territories and populations under its *effective control*.” (Hervorhebung des Autors).

⁷³ Z. B. *Cyprus v. Turkey* (Application No. 25781/94), [GC] Judgment of 10 May 2001, ECHR Reports 2001-IV, S. 1, §§ 76 f.; *Ilaşcu et al. v. Moldova and Russia* (Anm. 56), § 314: “According to the relevant principles of international law, a State’s responsibility may be engaged where, as a consequence of military action – whether lawful or unlawful – it in practice exercises *effective control* of an area situated outside its national territory.” (Hervorhebung des Autors).

⁷⁴ *Legal Consequences* (Anm. 33), § 112.

⁷⁵ Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, Anlage zum Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (IV. Haager Abkommen) vom 18. Oktober 1907, RGBl. 1910 S. 107, 132.

⁷⁶ *Legal Consequences* (Anm. 33), § 78. Art. 42 HLKO lautet insgesamt: „Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.“

Neben dem Kriterium der „effective control“ wird vom MRA alternativ die Formulierung „within the power“⁷⁷ verwendet. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (AKMR) spricht von “subject to its authority and control”⁷⁸ und die Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR) von “under their actual authority and responsibility”⁷⁹ oder von “effectively under the authority”⁸⁰. Der EGMR nennt – unter Verweis auf die Ansichten der EKMR, des MRA und der AKMR – in einem jüngeren Urteil (*Issa et al. v. Turkey*) neben dem „Effective control“-Kriterium ebenfalls das Begriffspaar „authority and control“ und prüft, ob die Opfer “under the authority and/or effective control, and therefore within the jurisdiction” des betreffenden Staates waren.⁸¹

Wann nun aber „effective control“ oder „authority“ außerhalb des eigenen Territoriums im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten vorliegt, ist der eigentliche Streitpunkt.⁸²

Insbesondere die Entscheidung des EGMR im Fall *Banković* gibt Anlass zu dieser Feststellung.⁸³ Diese vor dem *Issa*-Urteil⁸⁴ ergan-

⁷⁷ General Comment No. 31 (Anm. 57), § 10 (zitiert in Anm. 71).

⁷⁸ *Coard et al. v. United States* (Anm. 32), § 37.

⁷⁹ *Cyprus v. Turkey* (Anm. 58), S. 136 (Nr. 8). Siehe auch EKMR, *Stocké v. Germany* (Application No. 11755/85), Opinion, Report of 12 October 1989, Series A 199 (1991), S. 21, 24 (§ 166).

⁸⁰ *Sánchez Ramirez v. France* (Application No. 28780/95), Decision of 24 June 1996, DR 86-B (1996), S. 155, 161. Siehe auch EKMR, *M. v. Denmark* (Application No. 17392/90), Decision of 14 October 1992, DR 73 (1992), S. 193, 196.

⁸¹ *Issa et al. v. Turkey* (Application No. 31821/96), Judgment of 16 November 2004, abrufbar unter: <http://www.echr.coe.int/echr>, §§ 69 ff., 71 und 72. Dieses Kammerurteil wurde am 30. März 2005 endgültig.

⁸² Siehe z. B. die Zusammenfassung der kontrovers geführten Working Session III des vom IKRK in Kooperation mit dem University Centre for International Humanitarian Law organisierten Expert Meeting on Multinational Peace Operations (Genève, 11-12 December 2003) in: *International Review of the Red Cross* 86 No. 853 (2004), S. 207-212, 211 f. Weiter hierzu *Krieger* (Anm. 39), S. 670 ff.; *Lorenz* (Anm. 50), S. 88 ff.; *Roman Schmidt-Radefeldt*, Die Menschenrechtsverpflichtungen von Streitkräften bei antiterroristischen Maßnahmen im Ausland, in: D. Fleck (Hg.), *Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte*, 2004, S. 101-123, 107 ff.; und die verschiedenen Beiträge in: *Fons Coomans/Menno T. Kamminga* (Hg.), *Extraterritorial Application of Human Rights Treaties*, 2004.

⁸³ *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54). Zu dieser umstrittenen Entscheidung siehe z. B. zustimmend *Dominic McGoldrick*, Extraterritorial Application of the International Covenant on Civil and Political Rights, in: *Coomans/Kamminga* (Anm.

gene Entscheidung legt es nahe, dass in solchen Fällen für das Vorliegen effektiver Kontrolle und damit der Jurisdiktion ein Zustand erforderlich ist, der mit der innerstaatlichen Hoheitsgewalt vergleichbar ist, also eine Art „regelmäßige[r] Ausübung von Hoheitsgewalt“⁸⁵ oder eine „effektive militärische Kontrolle über das Territorium“⁸⁶ besteht. Dies bedeutet in den Worten des EGMR, dass der Staat, „durch die effektive Kontrolle des betreffenden Territoriums und dessen Einwohner im Ausland infolge einer militärischen Besetzung oder durch Zustimmung, Einladung oder Billigung der Regierung dieses Territoriums, alle oder einige der staatlichen Gewalten ausübt, die normalerweise von dieser Regierung ausgeübt werden.“⁸⁷

Bei einer militärischen Besetzung, wie im Falle Nordzyperns durch die Türkei oder der palästinensischen Gebiete durch Israel, liegt eine solche effektive Kontrolle vor, so dass die Jurisdiktion und damit die Anwendbarkeit des jeweiligen Menschenrechtsvertrages gegeben ist.

Mit Blick auf die *Banković*-Entscheidung des EGMR ist jedoch fraglich, ob die Hoheitsgewalt auch dann vorliegt, wenn es sich um Kampf- oder sonstige Handlungen auf oder über einem Gebiet handelt, das noch nicht unter der effektiven (Gesamt-) Gebietskontrolle des Vertragsstaates steht. In solchen Fällen könnte die Jurisdiktion dann angenommen werden, wenn effektive Kontrolle nicht nur im Sinne dieser effektiven (Gesamt-) Gebietskontrolle („effective [overall] control of an area“⁸⁸) verstanden wird, sondern auch im Sinne

82), S. 41-72, 72; Georg Ress, State Responsibility for Extraterritorial Human Rights Violations: The Case of Bankovic, in: Zeitschrift für europarechtliche Studien 2003, S. 73-89; kritisch Marten Breuer, Völkerrechtliche Implikationen des Falles Öcalan, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2003, S. 449-454, 450 f.; Bernhard Schäfer, Der Fall Banković oder Wie eine Lücke geschaffen wird, in: MenschenrechtsMagazin 2002, S. 149-163; siehe auch Lorenz (Anm. 50), S. 62 ff., m. w. N.

⁸⁴ *Issa et al. v. Turkey* (Anm. 81).

⁸⁵ *Krieger* (Anm. 39), S. 671 und 674.

⁸⁶ Report on the Expert Meeting on Multinational Peace Operations (Geneva, 11-12 December 2003), Summary, in: International Review of the Red Cross 86 No. 853 (2004), S. 207-212, 211 (Übersetzung des Autors).

⁸⁷ *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54), § 71 (Übersetzung des Autors).

⁸⁸ Vgl. z. B. EGMR, *Issa et al. v. Turkey* (Anm. 81), §§ 69 ff.; *Loizidou v. Turkey* (Application No. 15318/89), [GC] Judgment of 18 December 1996 (Merits), ECHR Reports 1996-VI, S. 2216, § 52.

einer „punktuellen“ effektiven Kontrolle, das heißt, dass die effektive Kontrolle über ein eng begrenztes Gebiet oder Ziel und die dort befindlichen Personen nur für einen kurzen Zeitraum ausgeübt wird. In Bezug auf Menschenrechtsverträge wird die Jurisdiktion zum Teil auch mit den Zurechenbarkeitsregeln des Rechts der Staatenverantwortlichkeit gleichgesetzt.⁸⁹

Wie zuvor gezeigt und dem *Issa*-Urteil des EGMR vom 16. November 2004 zu entnehmen ist, kann die Hoheitsgewalt des Staates aber auch dann vorliegen, wenn sich eine Person in der Gewalt dieses Staates befindet oder dieser unterliegt (“within the power” oder “under its authority”). In diesem Fall ist nicht die Kontrolle über ein Gebiet, sondern die Kontrolle oder Gewalt über eine Person (oder Sache) ausschlaggebend, auch wenn dies außerhalb des eigenen Territoriums geschieht. Insofern ist weniger entscheidend, ob ein Staat Kontrolle über ein Territorium, sondern vielmehr, ob er die Kontrolle über eine Person innehat.⁹⁰

Dies wird insbesondere für den Fall angenommen, dass eine Person durch staatliche Organe, etwa die Polizei oder das Militär, im Ausland – rechtmäßig oder unrechtmäßig – in auf dem Staat zurechenbarer Weise festgenommen und/oder in Haft gehalten wird,⁹¹ denn

⁸⁹ Z. B. *Walter Kälin/Jörn Künzli*, *Universeller Menschenrechtsschutz*, 2005, S. 128 f. Vgl. auch die frühere Rechtsprechung des EGMR, *Drozd and Janousek v. France and Spain* (Application No. 12747/87), Judgment of 26 June 1992, Series A 240 (1992), § 91 (“The term ‘jurisdiction’ is not limited to the national territory of the High Contracting Parties; their responsibility can be involved because of acts of their authorities producing effects outside their own territory”); *Yonghong v. Portugal* (Application No. 50887/99), Decision of 25 November 1999, ECHR Reports 1999-IX, S. 385, 391 f.; hierzu z. B. *Breuer* (Anm. 83), S. 449 ff. Siehe ferner *Lorenz* (Anm. 50), S. 65 ff., m. w. N.

⁹⁰ *Rick Lawson*, *Life After Bankovic: On the Extraterritorial Application of the European Convention on Human Rights*, in: *Coomans/Kamminga* (Anm. 82), S. 83-123, 104.

⁹¹ Siehe z. B. EGMR, *Öcalan v. Turkey* (Application No. 46221/99), [GC] Judgment of 12 May 2005, *International Legal Materials* 44 (2005), S. 1058, § 91: “It is common ground that, directly after being handed over to the Turkish officials by the Kenyan officials, the applicant was under effective Turkish authority and therefore within the ‘jurisdiction’ of that State for the purposes of Article 1 of the Convention, even though in this instance Turkey exercised its authority outside its territory. It is true that the applicant was physically forced to return to Turkey by Turkish officials and was under their authority and control following his arrest and return to Turkey [...]” Siehe ferner z. B. *Christian Tomuschat*, *Human Rights*, 2003, S. 108 f.

dabei handele es sich um eine klassische Ausübung solcher Gewalt oder Jurisdiktion.⁹² Abgelehnt wird hingegen zum Teil, dass die Jurisdiktion auch bei Kampfhandlungen oder sonstigen Maßnahmen gegeben ist, ohne dass gleichzeitig eine effektive Gebietskontrolle vorliegt. Beispielsweise hatte der High Court of Justice in London über die Anwendbarkeit der EMRK für die britischen Truppen im Irak zu entscheiden. Während die Regierung des Vereinigten Königreichs die Meinung vertrat, dass die Konvention auf Handlungen ihrer Truppen insgesamt nicht anwendbar sei, differenzierte hier der High Court in seiner Ende 2004 gefällten Entscheidung.⁹³ Auf der einen Seite hat der Gerichtshof die Jurisdiktion und damit die Anwendbarkeit der EMRK auf den Fall einer in einem Militärgefängnis und im Gewahrsam der britischen Streitkräfte verstorbenen Person angenommen. Es handele sich hier um einen Ausnahmefall der extraterritorialen Jurisdiktion, vergleichbar mit der durch auswärtige Botschaften und Konsulate ausgeübten Hoheitsgewalt. Auf der anderen Seite hat er die Jurisdiktion hingegen nicht für die während bewaffneter Zwischenfälle von britischen Soldaten erschossenen fünf Personen angenommen.

Auch die *Banković*-Entscheidung legt nahe, dass der EGMR bei Kampf- oder sonstigen Handlungen, im Gegensatz zu der Festnahme und/oder Inhaftierung von Personen, die Jurisdiktion der Vertragsstaaten nicht anerkennen will.

Die Unterscheidung zwischen Festnahme und Haft einerseits und Kampf- oder sonstigen Handlungen, etwa der völkerrechtswidrigen Tötung von Zivilisten während des Kampfgeschehens, andererseits, erscheint jedoch nicht sachgerecht, da auch bei solchen Handlungen die betroffenen Personen der Gewalt dieses Staates unterliegen.

Das *Issa*-Urteil des EGMR spricht wohl, wenn auch nicht eindeutig, ebenfalls dafür, dass auch bei Nichtvorliegen effektiver Gebietskontrolle die Jurisdiktion bei Kampfhandlungen dennoch vorliegen kann. Nachdem der EGMR in seinen Ausführungen festgestellt hat, dass

⁹² Vgl. z. B. die in *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54), § 37, wiedergegebene Position der beklagten Vertragsstaaten.

⁹³ *The Queen on the application of Al Skeini et al. v. Secretary of State for Defence* (Case No. CO/2242/2004), Judgment of 14 December 2004, England and Wales High Court 2911 (Administrative Court).

die Türkei keine "effective overall control of the entire area of northern Iraq"⁹⁴ zur fraglichen Zeit ausübte, hebt er hervor: "The essential question to be examined in the instant case is whether at the relevant time Turkish troops conducted operations in the area where the killings took place."⁹⁵ Vergleicht man dieses Urteil mit der *Banković*-Entscheidung, drängt sich eine Unterscheidung zwischen dem Einsatz von Luft- und Bodentruppen auf. Wenn aber die effektive Gebietskontrolle nicht erforderlich ist, kann es auf eine solche Differenzierung ebenfalls nicht ankommen, da es keinen Unterschied macht, ob die Gewalt von der Luft aus oder am Boden ausgeübt wird.⁹⁶

Meines Erachtens ist es sachgerechter, danach zu unterscheiden, ob es sich um negative oder positive Verpflichtungen aus den einschlägigen Menschenrechtsverträgen handelt, also nach den Abwehr-, Schutz- und Anspruchsfunktionen der Rechte. Auch wenn keine effektive Gesamtkontrolle über das Gebiet und seine Einwohner/innen vorliegt, steht es nur in der Macht des jeweils tatsächlich handelnden Staates, ob er aktiv in die Rechte der in der konkreten Situation betroffenen Personen eingreift oder nicht. Dieser negativen Verpflichtung, solche Eingriffe zu unterlassen, kann der fremde Staat in der Regel immer nachkommen. *Silvia Borelli* argumentiert daher:

"[...] the fact that in these cases the control is exercised in a more or less limited, incidental and *ad hoc* manner implies that the State is not required to fulfil the whole range of obligations under human rights law, but arguably only to respect its negative obligation not to infringe the rights of the individuals involved."⁹⁷

Darüber hinaus liegt es jedoch auch in der Macht des handelnden Staates, Vorkehrungen zu treffen, um Menschenrechtsverletzungen durch das eigene Militär zu verhindern (z. B. durch entsprechende Ausbildung und Instruktion der Truppen) oder bei behaupteten Menschenrechtsverletzungen, insbesondere bei Folter- oder Tötungsvor-

⁹⁴ *Issa et al. v. Turkey* (Anm. 81), § 75.

⁹⁵ Ebd., § 76.

⁹⁶ Vgl. auch Lord Justice *Rix*, *The Queen on the application of Al Skeini et al. v. Secretary of State for Defence* (Anm. 93), § 222.

⁹⁷ *Silvia Borelli*, Casting Light on the Legal Black Hole: International Law and Detentions Abroad in the "War on Terror", in: *International Review of the Red Cross* 87 No. 857 (2005), S. 39-68, 61 f.

würfen, die eine entsprechende Aufklärungspflicht mit sich bringen, diese aufzuklären und gegebenenfalls die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.⁹⁸ Insofern können dem Staat in diesem Zusammenhang ebenfalls positive Verpflichtungen erwachsen. Dies – und insbesondere gegenüber Dritten, also bei der Schutzfunktion der Rechte – jedoch nur insoweit, als der Staat dazu auch in der Lage ist. Hier kann, wie es etwa *Rick Lawson* formuliert, von einem „graduellen“ und situationsspezifischen Ansatz bei der Jurisdiktion gesprochen werden, wonach die Vertragsparteien die Menschenrechte der Einzelnen in dem Maß sicherstellen müssen, wie es dem Maß der Kontrolle, den sie über die Personen ausüben, entspricht.⁹⁹

Dies alles bedeutet, dass beispielsweise das Folterverbot auch während anhaltender Kampfhandlungen dahingehend geachtet werden kann, dass in dieses Recht nicht aktiv durch die Truppen eingegriffen wird. Wird in dieses Recht durch staatliche Organe eingegriffen, unterliegt das Opfer in solchen Fällen der tatsächlichen Gewalt dieses Staates, so dass dessen Jurisdiktion gegeben ist. Solange keine effektive Gebietskontrolle vorliegt, kann der Staat jedoch möglicherweise nicht unter allen Umständen seinen positiven Verpflichtungen nachkommen, dieses oder andere Rechte gegenüber Dritten zu schützen oder Leistungen zu erbringen, die zur Verwirklichung mancher Rechte notwendig sind. Insofern ist letztlich also das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat hinsichtlich der geltend gemachten Rechtsverletzung ausschlaggebend.¹⁰⁰ Bei diesem Verständnis

⁹⁸ Zu beiden Pflichten siehe z. B. EGMR, *Khashiyev and Akayeva v. Russia* (Application No. 57942/00 & 57945/00), Judgment of 24 February 2005, auszugsweise dt. Übersetzung in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2006, S. 47, §§ 153 ff. und 177 ff.; zum Folterverbot siehe auch MRA, General Comment No. 20: Article 7 (Prohibition of Torture, or Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment), UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 150 ff., dt. Übersetzung in: *DIMR* (Anm. 36), S. 84 ff., §§ 8 ff.; sowie ausdrücklich die Art. 10 ff. der Antifolterkonvention; siehe ferner General Comment No. 31 (Anm. 57), §§ 15 und 18.

⁹⁹ *Lawson* (Anm. 90), S. 105 ff. und 120. Um herauszufinden, ob eine Person der Hoheitsgewalt des Staates im Ausland untersteht, verwendet *Lawson* einen „direct and immediate link“-Test (siehe ebd., S. 104 und 120). Vgl. ferner die Argumentation der Beschwerdeführer im Fall *Banković* vor dem EGMR, in *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54), unter §§ 46 ff. wiedergegeben (§ 46: “[...] the extent of the positive obligation under Article 1 of the Convention to secure Convention rights would be proportionate to the level of control in fact exercised.”).

¹⁰⁰ Vgl. MRA, *Saldías de López v. Uruguay* (Anm. 50), § 12.2, und *Celiberti de Casariego v. Uruguay* (Communication No. 56/1979), Views of 29 July 1981, UN Doc.

fallen auch Kampfhandlungen – ob aus oder in der Luft,¹⁰¹ am oder vom Boden aus vorgenommen – oder sonstige hoheitliche Handlungen unter die Jurisdiktion des handelnden Staates und damit in den Geltungsbereich der jeweiligen Menschenrechtskonvention, selbst dann, wenn nicht gleichzeitig eine Gesamtgebietskontrolle besteht.

Die genannte *Banković*-Entscheidung des EGMR wirft noch eine weitere Frage auf, und zwar, ob die Geltung der regionalen Menschenrechtsverträge nicht grundsätzlich auf die jeweilige Region beschränkt ist, oder generell, ob Menschenrechtsverträge allgemein einen Vertragsstaat außerhalb des eigenen Territoriums nur dann binden, wenn dieser Vertrag auch auf dem Territorium des anderen Staates gilt. In der *Banković*-Entscheidung heißt es:

“In short, the Convention is a multi-lateral treaty operating, subject to Article 56 of the Convention, in an essentially regional context and notably in the legal space (*espace juridique*) of the Contracting States. [...] The Convention was not designed to be applied throughout the world, even in respect of the conduct of Contracting States.”¹⁰²

Auch wenn in dem später ergangenen *Issa*-Urteil des EGMR wieder der „*espace juridique*“ hervorgehoben wird, ist ihm zu entnehmen, dass die in *Banković* angedeutete Konsequenz nicht eintritt. Dies zumindest für den Fall, dass ein Vertragsstaat effektive Kontrolle auf dem Gebiet eines fremden und nicht der EMRK angehörenden Staates ausübt. Der Gerichtshof führt in diesem Urteil aus:

A/36/40 (1981), Annex XX, § 10.2 (“[...] the relationship between the individual and the State in relation to a violation of any of the rights set forth in the Covenant, wherever they occurred”), zum Jurisdiktionsbegriff in Art. 1 des Fakultativprotokolls zum Zivilpakt vom 16. Dezember 1966, BGBl. 1992 II S. 1247. Vgl. auch die Formulierung in den Concluding Observations zu Israels zweitem periodischen Bericht, UN Doc. CCPR/CO/78/ISR (2003), § 11.

¹⁰¹ Vgl. hierzu AKMR, *Alejandro Jr. et al. v. United States* (Case No. 11.589), Report No. 86/99, 29 September 1999, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.106 Doc. 6 rev. (1999), S. 586.

¹⁰² *Banković et al. v. Belgium et al.* (Anm. 54), § 80 (Kursivschrift im Original; Anm. weggelassen). Hierzu *Christina M. Cerna*, Extraterritorial Application of the Human Rights Instruments of the Inter-American System, in: Coomans/Kamminga (Anm. 82), S. 141-174, 170 ff.; *McGoldrick* (Anm. 83), S. 70 f.; *Schäfer* (Anm. 83), S. 158 f.; *Ralph Wilde*, The “Legal Space” or “*Espace Juridique*” of the European Convention on Human Rights: Is it Relevant to Extraterritorial State Action?, in: *European Human Rights Law Review* 2005, S. 115-124.

“The Court does not exclude the possibility that, as a consequence of this military action, the respondent State could be considered to have exercised, temporarily, effective overall control of a particular portion of the territory of northern Iraq. Accordingly, if there is a sufficient factual basis for holding that, at the relevant time, the victims were within that specific area, it would follow logically that they were within the jurisdiction of Turkey (and not that of Iraq, which is not a Contracting State and clearly does not fall within the legal space (*espace juridique*) of the Contracting States [...].”¹⁰³

Es lässt sich abschließend festhalten, dass die Jurisdiktion und damit der Geltungsbereich der genannten Menschenrechtsverträge auch bei Handlungen der Vertragsstaaten außerhalb ihres eigenen Territoriums vorliegen kann, solange nicht ausdrücklich eine territoriale Begrenzung im Vertrag festgeschrieben ist. Das Vorliegen von Hoheitsgewalt wird überwiegend dann angenommen, wenn der Staat eine effektive Gesamtkontrolle über das fremde Territorium ausübt, was bei einer gefestigten militärischen Besetzung anzunehmen ist. Darüber hinaus wird die Jurisdiktion zumindest in den Fällen ebenfalls anerkannt, in denen der Staat die physische Gewalt über eine Person durch Festnahme und Haft ausübt. Meines Erachtens muss dies auch für andere Fälle physischer Gewalt, bei denen in die Rechte aktiv eingegriffen wird, bejaht werden. Eine effektive Gebietskontrolle wird allerdings für die Geltendmachung weitergehender Schutz- und Anspruchsfunktionen aus den Rechten zu fordern sein, die über das hinausgehen, was mit der Verpflichtung der Verhinderung und Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere hinsichtlich des Rechts auf Leben und des Folterverbots, zusammenhängt. Mit Zunahme der ausgeübten Gebietskontrolle werden aber auch die positiven Verpflichtungen aus den Menschenrechten graduell zunehmen.

¹⁰³ *Issa et al. v. Turkey* (Anm. 81), § 74.

4. Integriert, separat oder komplementär? – Zum rechtsdogmatischen Theorienstreit

Zum rechtsdogmatischen Theorienstreit über das Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht gibt es im Wesentlichen drei Haupttheorien, die vorwiegend unter folgenden Namen diskutiert werden¹⁰⁴: die „integrationistische“, „separatistische“ und „komplementaristische“ Theorie.¹⁰⁵

Die *integrationistische Theorie* (auch als Konvergenztheorie bezeichnet¹⁰⁶) geht von einem Zusammenschluss oder einer Verschmelzung der beiden Gebiete aus, wobei es unterschiedliche Ausprägungen dieser Theorie gibt; insbesondere werden zwei entgegengesetzte Ansätze erkannt¹⁰⁷: Der eine nimmt das humanitäre Völkerrecht¹⁰⁸ als Oberbegriff und fasst die Menschenrechte darun-

¹⁰⁴ Die hier vorgenommene Einteilung und verwendeten Begriffe basieren auf den Darstellungen von: *Boško Jakovljević*, International Humanitarian Law and Human Rights Law, in: *Jugoslovenska revija za međunarodno pravo* 44 (1997), S. 260-271, 263 ff.; *Künzli* (Anm. 39), S. 105 ff.; *Arthur Henry Robertson*, Humanitarian Law and Human Rights, in: Swinarski (Anm. 12), S. 793-802, 800 ff.; *Schindler* (Anm. 6), S. 345 ff.; *Karel Vasak*, Le droit international des droits de l'homme, in: *Recueil des Cours* 1974-IV, S. 333-415, 350 ff.; sowie IKRK, The Red Cross and Human Rights, Working document prepared by the International Committee of the Red Cross in collaboration with the Secretariat of the League of Red Cross Societies, Geneva, September 1983, Council of Delegates, Geneva, 13-14 October 1983, Doc. CD/7/1, S. 27 ff. Eine etwas andere Einteilung und Verwendung der Begriffe findet sich bspw. bei *Walter Kälin*, Die Interdependenz von Menschenrechtsschutz und humanitärem Völkerrecht: Lehren aus der Kuwait-Krise, in: *Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht* 3 (1993), S. 233-249.

¹⁰⁵ Engl.: „integrationist“, „separatist“ und „complementarist theory“; Franz.: „la thèse confusionniste“ oder „intégrationniste“, „autonomiste“ oder „séparatiste“ und „complémentariste“.

¹⁰⁶ Z. B. *Hans-Joachim Heintze*, Zum Verhältnis von Menschenrechtsschutz und humanitärem Völkerrecht, in: *Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften* 2003, S. 172-181, 173 f.

¹⁰⁷ Siehe *Jakovljević* (Anm. 104), S. 263; IKRK (Anm. 104), Doc. CD/7/1, S. 27.

¹⁰⁸ Insbesondere *Jean Pictet* hat den Begriff des humanitären Völkerrechts aufgebracht und ihn – in einem weiteren Sinne – als neues Rechtsgebiet verstanden, der das Kriegsrecht (humanitäres Völkerrecht im engeren Sinne, also Haager und Genfer Recht) und die Menschenrechte umschließt. Siehe *Jean Pictet*, Die Grundsätze des humanitären Völkerrechts, 1967, S. 7 ff.; sowie *Pictet* (Anm. 109), S. 13 ff.

ter.¹⁰⁹ Beide Gebiete, das humanitäre Völkerrecht im engeren Sinne¹¹⁰ und die Menschenrechte, werden danach als Zweige des humanitären Völkerrechts im weiteren Sinne verstanden: der eine Zweig hauptsächlich anwendbar in Friedens-, der andere nur anwendbar in Konfliktzeiten.

Es ist jedoch fraglich, ob dieser Ansatz wirklich als „integrationistisch“ betrachtet werden kann.¹¹¹ Zumindest *Jean Pictet*, auf den für diese Theorie oftmals verwiesen wird, nimmt zwar den Begriff des humanitären Völkerrechts als Oberbegriff. Er verwendet ihn aber in einem weiteren Sinne¹¹² und strebt auch keine Verschmelzung der beiden Gebiete an – im Gegenteil: *“What is important is to recognize that the two fields are interrelated and, conversely, that they are distinct and should remain so.”*¹¹³ Sein Ansatz ist vielmehr der komplementaristischen These zuzuordnen.¹¹⁴

Der andere Ansatz sieht hingegen in den Menschenrechten die Basis auch für das humanitäre Völkerrecht.¹¹⁵ *Arthur Henry Robertson* beschreibt das Verhältnis folgendermaßen:

¹⁰⁹ So *Jean Pictet*, *Humanitarian Law and the Protection of War Victims*, 1975, S. 13 ff. (S. 13: “Humanitarian law [in the broad sense] comprises two branches: the law of war and human rights.”); *Igor P. Blischtschenko*, Die Definierung des humanitären Völkerrechts, in: D. Blumenwitz/A. Randelzhofer (Hg.), *Festschrift für Friedrich Berber zum 75. Geburtstag*, 1973, S. 75-81, 77 f.

¹¹⁰ Kriegerrecht im Sinne von Haager und Genfer Recht (siehe auch Anm. 108).

¹¹¹ Bspw. führt *Künzli* (Anm. 39), S. 106, unter der integrationistischen Theorie auch nur einen, den im Folgenden genannten Ansatz auf.

¹¹² Vgl. Anm. 108.

¹¹³ *Pictet* (Anm. 109), S. 14 (Kursivschrift im Original).

¹¹⁴ So heißt es bei *Pictet* (Anm. 109) auf S. 15 (Aussagen, die zum Teil sogar der separatistischen Theorie zugeordnet werden könnten): “But the two legal systems are fundamentally different, for humanitarian law is valid only in the case of an armed conflict while human rights are essentially applicable in peacetime, and contain derogation clauses in case of conflict. [...] Thus the two systems are complementary, and indeed they complement one another admirably, but they must remain distinct, if only for the sake of expediency.”

¹¹⁵ Siehe *G. I. A. D. Draper*, *The Relationship Between the Human Rights Regime and the Law of Armed Conflicts*, in: *Israel Yearbook on Human Rights* 1 (1971), S. 191-207, 198 und 206; *Arthur Henry Robertson*, *Human Rights in the World*, 1972, S. 174 ff.; *Robertson* (Anm. 104), S. 797; *Arthur Henry Robertson/John Graham Merrills*, *Human Rights in the World*, 4. Aufl. 1996, S. 310. Siehe auch die Beiträge – insbesondere von *G. I. A. D. Draper* (S. 141-155) und *Arthur Henry Robertson* (S.

“[...] human rights law is the genus of which humanitarian law is a species. Human rights law relates to the basic rights of all human beings everywhere, at all times; humanitarian law relates to the rights of particular categories of human beings – principally, the sick, the wounded, prisoners of war – in particular circumstances, i.e. during periods of armed conflict.”¹¹⁶

Die gelegentlich zu findende Bezeichnung des humanitären Völkerrechts (oder Teilen davon) als “Human Rights in Armed Conflicts”, z. B. in verschiedenen UN-Resolutionen¹¹⁷ sowie bei einigen Autoren¹¹⁸, spiegelt ein solches Verständnis ebenfalls wider.

Der integrationistischen steht die *separatistische Theorie* entgegen, die insbesondere von *Henri Meyrowitz* aufgestellt wurde.¹¹⁹ Danach besteht zwischen den Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht (Kriegsrecht) eine „antinomie irréductible“, eine „incompatibilité foncière“.¹²⁰ Aufgrund dieser fundamentalen Unvereinbarkeit stellen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verschiedene, eigenständige Bereiche des Völkerrechts dar, deren An-

55-76) – und Diskussionen in dem Konferenzbericht: *I Diritti dell’Uomo come base del Diritto Internazionale Umanitario*. Atti del Convegno Internazionale di Diritto Umanitario: Sanremo – 24/27.IX.1970.

¹¹⁶ *Robertson* (Anm. 104), S. 797.

¹¹⁷ Siehe insbesondere die am 7. und 12. Mai 1968 auf der Teheraner Weltmenschrechtskonferenz verabschiedeten Resolutionen I (Respect for and Implementation of Human Rights in Occupied Territories) und XXIII (Respect for Human Rights in Armed Conflicts), Final Act of the International Conference on Human Rights, Teheran, 22 April to 13 May 1968, UN Doc. A/CONF.32/41, S. 5 und 18; Resolution 2597 (XXIV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1969 (Respect for Human Rights in Armed Conflicts).

¹¹⁸ Z. B. *Yoram Dinstein*, Human Rights in Armed Conflict: International Humanitarian Law, in: T. Meron (Hg.), *Human Rights in International Law*, 1984 (Nachdruck 1992), S. 345-368, wobei er zwischen dem Haager und Genfer Recht unterscheidet und nur manche dieser Regelungen als „wartime human rights“ bezeichnet (vgl. S. 346 ff.).

¹¹⁹ *Henri Meyrowitz*, Le droit de la guerre et les droits de l’homme, in: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l’étranger* 88 (1972), S. 1059-1105; des Weiteren auch vertreten von *Mario’n Mushkat*, The Development of International Humanitarian Law and the Law of Human Rights, in: *German Yearbook of International Law* 21 (1978), S. 150-168. Vgl. auch die Position der Vereinigten Staaten von Amerika, Additional Response of the United States to Request for Precautionary Measures (Anm. 9), S. 3 ff.

¹²⁰ *Meyrowitz* (Anm. 119), S. 1095.

näherung nur rechtliche Verwirrung bringen und schädlich sein würde. Die Gründe hierfür sieht *Meyrowitz* zusammengefasst darin:

« Nous avons constaté que le droit des conflits armés et la notion des droits de l'homme sont, par leur origine, leur fondement, leur nature, leur objet, leur contenu, radicalement différents, s'ils ne sont pas diamétralement opposés, et qu'ils sont irréductible l'un à l'autre. »¹²¹

Diese Theorie orientiert sich zwar stark an der oben unter 2 besprochenen Aufteilung zwischen Friedensrecht und Kriegsrecht oder geht mit dieser sogar einher.¹²² Sie spricht sich meines Erachtens jedoch nicht absolut gegen die grundsätzliche Anwendbarkeit der Menschenrechte während bewaffneter Konflikte aus,¹²³ auch wenn dies zum Teil wohl so gesehen wird.¹²⁴ Im letztgenannten Fall würde sie aus den oben unter 2 angeführten Argumenten abzulehnen sein.

Nach der *komplementaristischen Theorie* sind das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte weiterhin gleichgeordnete und

¹²¹ *Meyrowitz* (Anm. 119), S. 1104, und im Einzelnen S. 1095 ff.

¹²² So schreibt *Mushkat* (Anm. 119) auf S. 158: "While the former (human rights) are a part of the law of peace, the latter (humanitarian law) represents the typical law of war." Und auf S. 161: "The humanitarian law comes into force when the human rights system is no longer valid, in order to protect those who are unable to continue the fighting (e.g. wounded and sick) or never took part in it (civilians)."

¹²³ So heißt es bei *Mushkat* (Anm. 119) auf S. 166 weiter: "The human rights system [...] is applied *principally* in times of peace [...]." (Hervorhebung des Autors).

¹²⁴ Bspw. von *Heintze* (Anm. 106), S. 172: „Insbesondere die Anhänger der sog. Separationstheorie lehnten die Anwendung von Menschenrechtsnormen während bewaffneter Konflikte mit dem Argument ab, es handle sich um zwei unterschiedliche Bereiche, die nicht gleichzeitig Anwendung finden könnten.“ Sein Verweis hierzu auf die „Nachweise“ bei *Kimminich* (Anm. 1), S. 28, entpuppt sich allerdings als ungenau. *Kimminich* verweist lediglich auf einen Autor, *Jean Pictet*, *Le droit humanitaire et la protection des victimes de la guerre*, 1973, S. 11 ff. Dort heißt es bei *Pictet* auf S. 13 in der deutschen Übersetzung bei *Kimminich* (S. 29): „Die beiden Rechtssysteme unterscheiden sich grundlegend; denn während das humanitäre Völkerrecht nur im bewaffneten Konflikt gilt, finden die Menschenrechte in der Praxis ihre Anwendung nur in Friedenszeiten.“ Und *Kimminich* selbst merkt dazu an: „Es mag sein, daß diese Feststellung wegen der Hinzufügung der Worte ‚in der Praxis‘ verteidigt werden kann. Theoretisch aber muß daran festgehalten werden, daß die Menschenrechte auch in Kriegszeiten ihre Gültigkeit behalten.“ (ebd.). Außerdem hat *Jean Pictet* bereits früher geschrieben (*Die Grundsätze des humanitären Völkerrechts*, 1967, S. 10): „Der Hauptunterschied zwischen diesem [Menschenrechte] und dem vorangegangenen Gebiet [Genfer Recht] besteht darin, dass es sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten Anwendung findet. Es ist vom Konfliktzustand unabhängig.“

voneinander verschiedene, wenn auch eng verbundene¹²⁵ und sich zum Teil überlappende Gebiete des Völkerrechts, die sich gegenseitig ergänzen.¹²⁶

Auch wenn alle drei Theorien gleichermaßen berechtigte Argumente aufweisen, erscheint im Lichte der Fortentwicklung des Völkerrechts seit den 1970er Jahren die separatistische Theorie nicht mehr haltbar. Die Entwicklung deutet vielmehr in Richtung integrationistische Theorie, wobei eine tatsächliche Verschmelzung der beiden Gebiete bereits wegen des unterschiedlichen institutionellen Rahmens¹²⁷ auf absehbare Zeit weder realistisch noch unbedingt wünschenswert erscheint. Wünschenswert ist hingegen, dass sich die beiden Rechtsgebiete gegenseitig ergänzen, wodurch Lücken im materiellrechtlichen Bereich geschlossen werden und zwei verschiedenartige

¹²⁵ Beide Rechtskreise haben insbesondere einen gemeinsamen Kern: das Prinzip der Menschlichkeit, das verlangt, dass die Würde eines jeden Menschen geachtet und geschützt wird. Zudem sind beide darauf ausgerichtet, die Menschen vor dem Missbrauch der Macht zu schützen. Hierzu *Hans-Peter Gasser*, *International Humanitarian Law and Human Rights Law in Non-international Armed Conflicts: Joint Venture or Mutual Exclusion?*, in: *German Yearbook of International Law* 45 (2002), S. 149-162, 154 f. und 161.

¹²⁶ Siehe *Gasser* (Anm. 125), S. 162 („complementary character“); *Hans-Peter Gasser*, *Das humanitäre Völkerrecht*, in: H. Haug, *Menschlichkeit für alle: Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes*, 1991, S. 499-599, 583 („gegenseitig ergänzen“); *Hans Haug*, *Die Rotkreuz- und die Rothalbmondbewegung und die Menschenrechte*, in: ebd., S. 633-648, 643 („gegenseitige Beeinflussung und Bereicherung“); *Kimminich* (Anm. 1), S. 40 („gegenseitige Beeinflussung“, „Wechselwirkung“); *Göran Melander*, *International Humanitarian Law and Human Rights*, in: *Scandinavian Studies in Law* 29 (1985), S. 137-148, 147 („complement each other“); *Partsch* (Anm. 1), S. 911 f. („reciprocal application“); *Heinrich B. Reimann*, *Menschenrechtsstandard in bewaffneten Konflikten*, in: Swinarski (Anm. 12), S. 771-782, 777 („beidseitige Wechselwirkung“); sowie AKMR, *Detainees at Guantanamo Bay, Cuba*, *Decision on Request for Precautionary Measures of 12 March 2002*, *International Legal Materials* 41 (2002), S. 532-535, 533 („complement and reinforce one another“); siehe auch Anm. 165.

¹²⁷ Die Organe der UN-Familie (Hauptorgane, Nebenorgane – insbesondere die Menschenrechtskommission [ab Juni 2006 Menschenrechtsrat, siehe UN Doc. A/RES/60/251 (2006)] und ihre Unterkommission – und Organe der Sonderorganisationen), die Organe regionaler Organisationen und die zur Überwachung von Menschenrechtsverträgen eingerichteten Organe auf der einen Seite sowie die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung (IKRK, nationale Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften sowie Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften) auf der anderen Seite.

Überwachungsmechanismen greifen¹²⁸ und damit besseren Schutz bieten können. Diese gegenseitige Ergänzung und Beeinflussung findet zunehmend statt; ein Umstand, der für die komplementaristische Theorie spricht.

Für die gegenseitige Annäherung¹²⁹ und Ergänzung der beiden Gebiete seien in materiellrechtlicher Hinsicht genannt: die beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1977 und die Kinderrechtskonvention von 1989 sowie eines ihrer Fakultativprotokolle von 2000. Erstere stellen die ergänzende Verbindung insbesondere durch Art. 72 Protokoll I und den zweiten Absatz der Präambel von Protokoll II her.¹³⁰ Letztere schlagen diese Brücke mittels Art. 38 der Kinderrechtskonvention und deren Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten. Im Bereich der allgemeinen, bereits früher geschlossenen Menschenrechtsverträge wird eine Verbindung durch die Derogationsregelungen in Art. 4 Abs. 1 Zivilpakt, Art. 15 Abs. 1 EMRK und Art. 27 Abs. 1 AMRK hergestellt, die darauf hinweisen, dass die abweichenden Maßnahmen nicht den sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen, also insbesondere auch nicht dem humanitären Völkerrecht, zuwiderlaufen dürfen.¹³¹

Auch bei der Weiterentwicklung und Kodifizierung des Rechts findet eine gegenseitige Beeinflussung statt. So hat einerseits die Genfer Diplomatische Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts menschenrechtliche Regelungen mit einbezogen (vgl. z. B.

¹²⁸ Z. B. die UN mit öffentlichen Mechanismen und das IKRK mit vertraulichen Besuchen vor Ort.

¹²⁹ Die erste Annäherung der beiden Gebiete kann in der von der Teheraner Weltmensenrechtskonferenz am 12. Mai 1968 verabschiedeten Resolution XXIII (Anm. 117) gesehen werden, die in Resolution 2444 (XXIII) der UN-Generalversammlung vom 19. Dezember 1968 ihren Widerhall findet. Der darin enthaltene Aufruf zur Verbesserung des bestehenden humanitären Völkerrechts ermöglichte es, bereits frühere Initiativen des IKRK fruchtbar zu machen und eine Konferenz, die Genfer Diplomatische Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts (1974 bis 1977), abzuhalten, aus der die beiden Zusatzprotokolle von 1977 (Anm. 37 und 38) hervorgingen.

¹³⁰ Beide Stellen zitiert oben unter 2 auf S. 16.

¹³¹ Hierzu z. B. *Joan Fitzpatrick*, *Human Rights in Crisis*, 1994, S. 59 f. Siehe auch die Verweise in Anm. 168.

die strafverfahrensrechtlichen Garantien in Art. 75 Abs. 4 Protokoll I mit denen in Art. 14 und 15 Zivilpakt). Andererseits haben sich die Vereinten Nationen dem humanitären Völkerrecht angenommen, indem sie eine Konferenz über das Verbot bestimmter konventioneller Kampfmittel abhielten, die in dem sog. UN-Waffenübereinkommen¹³² und den dazugehörigen Protokollen¹³³ mündete.

In institutioneller Hinsicht findet ebenfalls eine wechselseitige Ergänzung der Systeme statt.¹³⁴ Sie zeichnet sich durch die Einbeziehung des jeweils anderen Rechts bei der Überwachung der Einhaltung bestehender Verpflichtungen durch die Konfliktparteien aus, das heißt, der Menschenrechte durch die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung einerseits und des humanitären Völkerrechts durch die Organe der UN-Familie und der Menschenrechtsverträge andererseits.¹³⁵ Eine weitere Entwicklung, die eine gewisse Verklammerung der beiden Gebiete bewirkt, ist im Bereich des Völ-

¹³² Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, vom 10. Oktober 1980, BGBl. 1992 II S. 959 und 1993 II S. 935.

¹³³ Protokolle I bis III, BGBl. 1992 II S. 967, 968 und 975. Siehe ferner Protokoll II in der Fassung vom 3. Mai 1996 und Protokoll IV vom 13. Oktober 1995, BGBl. 1997 II S. 807 und 827, sowie Protokoll V vom 28. November 2003, BGBl. 2005 II S. 123 (bis Mitte Mai 2006 noch nicht in Kraft getreten).

¹³⁴ Hierzu z. B. *Françoise J. Hampson*, Using International Human Rights Machinery to Enforce the International Law of Armed Conflicts, in: *Revue de droit militaire et de droit de la guerre* 31 (1992), S. 117-147; *Hans-Joachim Heintze*, Europäischer Menschenrechtsgerichtshof und Durchsetzung der Menschenrechtsstandards des humanitären Völkerrechts, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 2000, S. 506-511, 507 ff.; *Daniel O'Donnell*, Trends in the Application of International Humanitarian Law by United Nations Human Rights Mechanisms, in: *International Review of the Red Cross* No. 324 (1998), S. 481-503; *Theo C. van Boven*, Reliance on Norms of Humanitarian Law by United Nations' Organs, in: A. J. M. Delissen/G. J. Tanja (Hg.), *Humanitarian Law of Armed Conflict*, 1991, S. 495-513; *David Weissbrodt*, The Role of International Organisations in the Implementation of Human Rights and Humanitarian Law in Situations of Armed Conflict, in: *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 21 (1988), S. 313-365; jeweils m. w. N.; siehe auch Contribution of the International Red Cross and Red Crescent Movement to Respect for Human Rights: Final Report of the Group of Experts on Human Rights Adopted by the Commission on the Red Cross, Red Crescent and Peace, at its XXVIth Session, April 1989, Document presented by the Commission on the Red Cross, Red Crescent and Peace, Geneva, August 1989, Council of Delegates, Geneva, 26-27 October 1989, Doc. CD/6/1 c.

¹³⁵ Vgl. hierzu Anm. 127.

kerstrafrechts mit der Verabschiedung der Statute¹³⁶ für die Tribunale für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda von 1993 und 1994 sowie insbesondere des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998 zu verzeichnen.¹³⁷

In den Ausführungen des IGH zum Verhältnis der beiden Rechtsgebiete in seinem Gutachten vom 9. Juli 2004¹³⁸ (dazu sogleich) wird von manchen eine Bestätigung der komplementaristischen Theorie gesehen,¹³⁹ die auch als herrschend anzusehen ist. Meines Erachtens ist dieser Theorie aus den zuvor genannten Gründen zu folgen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in materiellrechtlicher Hinsicht manche Normen beider Rechtsgebiete die gleichen sind und parallel laufen, wie z. B. das Folterverbot, und es sich insofern in der Tat um Menschenrechte handelt, insoweit also der integrationistischen Theorie zuzustimmen wäre.

¹³⁶ Alle drei Statute sind abgedruckt in: *Dietrich Schindler/Jiri Toman* (Hg.), *The Laws of Armed Conflicts*, 4. Aufl. 2004, Nr. 109, 110, 111.

¹³⁷ Hierzu bspw. *Georges Abi-Saab*, *International Criminal Tribunals and the Development of International Humanitarian and Human Rights Law*, in: E. Yakpo (Hg.), *Liber Amicorum Judge Mohammed Bedjaoui*, 1999, S. 649-658; *Audrey I. Benison*, *War Crimes: A Human Rights Approach to a Humanitarian Law Problem at the International Criminal Court*, in: *Georgetown Law Journal* 88 (1999), S. 141-175; *John Dugard*, *Bridging the Gap Between Human Rights and Humanitarian Law: The Punishment of Offenders*, in: *International Review of the Red Cross* No. 324 (1998), S. 445-453; *Frits Kalshoven/Liesbeth Zegveld*, *Constraints on the Waging of War*, 3. Aufl. 2001, S. 35 f. und 185 ff.

¹³⁸ *Legal Consequences* (Anm. 33), §§ 104-106.

¹³⁹ *Rosemary Abi-Saab*, « Conséquences juridiques de l'édification d'un mur dans le territoire palestinien occupé » : quelques réflexions préliminaires sur l'avis consultatif de la Cour internationale de Justice, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge* 86 No. 855 (2004), S. 633-657, 645; *Ben-Naftali/Shany* (Anm. 9), S. 116; *Noëlle Quénivet*, *The ICJ Advisory Opinion on the Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory: The Relationship Between Human Rights and International Humanitarian Law*, *Bofaxe* No. 283E, 18. August 2004.

5. Einseitig oder wechselseitig? – Zur Auslegung und Lösung von Widersprüchen

Mit der gleichzeitigen Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte stellt sich die Frage nach deren Verhältnis im engeren Sinne, das heißt, wie sich diese Rechtsgebiete zueinander verhalten, insbesondere wie Konkurrenzen im Falle sich widersprechender Regelungen zu lösen sind.

Ausgegangen werden soll hier von den Gutachten des IGH vom 8. Juli 1996 und 9. Juli 2004. Darin wird jeweils festgehalten, dass der durch Menschenrechtsverträge gebotene Schutz im Falle eines bewaffneten Konflikts, ausgenommen der Derogationsmöglichkeiten, grundsätzlich nicht aufhört zu bestehen, und dass das speziellere Recht (*lex specialis*) das humanitäre Völkerrecht ist.¹⁴⁰ Im Gutachten von 2004 heißt es:

“As regards the relationship between international humanitarian law and human rights law, there are thus three possible situations: some rights may be exclusively matters of international humanitarian law; others may be exclusively matters of human rights law; yet others may be matters of both these branches of international law. In order to answer the question put to it, the Court will have to take into consideration both these branches of international law, namely human rights law and, as *lex specialis*, international humanitarian law.”¹⁴¹

Über die Bekräftigung des *Lex-specialis*-Grundsatzes¹⁴² hinaus, der besagt, dass die spezielle Norm der allgemeinen vorgeht (*lex specialis derogat legi generali*), trägt diese Passage des Gutachtens mangels weitergehender Differenzierung allerdings nicht zur weiteren Klärung des Verhältnisses und der Lösung von Problemfällen

¹⁴⁰ *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons* (Anm. 1), § 25; *Legal Consequences* (Anm. 33), § 106.

¹⁴¹ *Legal Consequences* (Anm. 33), § 106.

¹⁴² Hierzu z. B. *Frowein* (Anm. 39), S. 9 ff. und 16; *Judith Gardam*, The Contribution of the International Court of Justice to International Humanitarian Law, in: *Leiden Journal of International Law* 14 (2001), S. 349-365, 359 f.

bei.¹⁴³ Hier soll daher nach folgenden drei Grundkonstellationen unterschieden werden¹⁴⁴:

Zunächst gibt es Rechte, die, wie der IGH betont, ausschließlich in dem einen oder dem anderen Rechtsgebiet enthalten sind. Beispielsweise gibt es das Recht, nicht nur wegen der Nichterfüllung einer vertraglichen Verpflichtung in Haft genommen zu werden,¹⁴⁵ im humanitären Völkerrecht nicht. Das humanitäre Völkerrecht enthält hingegen auch Regelungen, die durch die Menschenrechte nicht (unmittelbar) erfasst werden – Regelungen, die über das rein Humanitäre hinausgehen, weshalb die weitere, aber oftmals anstelle des humanitären Völkerrechts verwendete Formulierung „das Recht bewaffneter Konflikte“ letztlich als Oberbegriff zutreffender ist. Ein Beispiel hierfür ist die Stellung und Behandlung von Parlamentären (Art. 32 bis 34 HLKO). Sofern diese Normen nicht mit denen des jeweils anderen Rechtskomplexes in Konflikt stehen, sind sie grundsätzlich anwendbar; es bestehen also keine weiteren Konkurrenzen.

Aber selbst wenn bestimmte Normen nur in dem einen oder dem anderen Rechtsgebiet geregelt sind, können diese zueinander im Widerspruch stehen. Dies ist der Fall, wenn ein Recht zwar nicht direkt mit einer entsprechenden Norm, aber mit dem Fehlen einer solchen, einer anderen Regelung und/oder den Besonderheiten des bewaffneten Konflikts kollidiert. Beispielsweise ist die Kriegsgefangenschaft eine Form der Freiheitsentziehung, und diese bringt grundsätzlich das Recht auf Überprüfung ihrer Rechtmäßigkeit mit sich.¹⁴⁶ Dieses Recht ist zwar nicht ausdrücklich als notstandsfestes Recht in den Derogationsklauseln der Verträge aufgeführt.¹⁴⁷ Jedoch wird zum einen argumentiert, dass von diesem Recht auch zu Zeiten bewaffneter Konflikte nicht abgewichen werden darf, weil es zur Sicherstellung notstandsfester Rechte unerlässlich ist.¹⁴⁸ Zum ande-

¹⁴³ Kritisch hierzu bspw. auch *Ben-Naftali/Shany* (Anm. 9), S. 116 f.

¹⁴⁴ Vgl. auch die ähnliche Differenzierung bei *Ben-Naftali/Shany* (Anm. 9), S. 103 ff.

¹⁴⁵ Art. 11 Zivilpakt; Art. 7 Abs. 7 AMRK; Art. 1 Protokoll Nr. 4 zur EMRK vom 16. September 1963, ETS No. 46, in der durch Protokoll Nr. 11 (Anm. 5) geänderten Fassung, BGBl. 2002 II S. 1074.

¹⁴⁶ Art. 9 Abs. 4 Zivilpakt; Art. 7 Abs. 6 AMRK; Art. 5 Abs. 4 EMRK.

¹⁴⁷ Vgl. Art. 4 Abs. 2 Zivilpakt; Art. 27 Abs. 2 AMRK; Art. 15 Abs. 2 EMRK.

¹⁴⁸ Siehe insbesondere MRA, General Comment No. 29 (Anm. 36), § 16; AGMR, *Habeas Corpus in Emergency Situations* (Arts. 27 (2), 25 (1) and 7 (6) American

ren ist es auch möglich, dass der Vertragsstaat von diesem Recht nicht abweichen will oder eine Derogation angesichts der Lage unverhältnismäßig¹⁴⁹ wäre. Insofern ist das Recht auf Haftprüfung zunächst auch während bewaffneter Konflikte anwendbar. Das humanitäre Völkerrecht stellt für Kriegsgefangene kein entsprechendes Recht bereit. Kampf- oder ähnlich instabile Situationen vor Ort können die Einhaltung des Rechts auf Haftprüfung jedoch – zumindest vorübergehend – unmöglich machen.¹⁵⁰

Ein Widerspruch zwischen Normen beider Rechtsgebiete kann aber auch mehr oder weniger offensichtlich direkt vorliegen, wie z. B. beim Recht auf Leben, das grundsätzlich auch Kombattanten zusteht, und der Befugnis von Kombattanten, gegnerische Kombattanten zu töten.

Hier liegen also Konfliktsituationen zwischen den beiden Rechtsgebieten vor, die gelöst werden müssen.

Des Weiteren finden sich bestimmte Rechte in beiden Rechtsgebieten wieder. Diese können entweder problemlos gleichzeitig angewandt werden oder, wenn sie in ihrem Schutzbereich und/oder vorhandenen Einschränkungsmöglichkeiten voneinander abweichen, ebenfalls miteinander in Konflikt geraten. So sind beispielsweise die Verfahrensgarantien in Art. 105 GA III mit denen des Art. 14 Zivilpakt nicht identisch, wobei allerdings die Garantien in Art. 75 Abs. 4 Protokoll I eine Angleichung bringen. Umgekehrt sind manche Bestimmungen im humanitären Völkerrecht detaillierter und/oder weitergehend ausgestaltet, wie z. B. das Verbot medizinischer oder wissenschaftlicher Versuche. Dieses Verbot ist in den genannten allgemeinen Menschenrechtsverträgen zum einen lediglich in Art. 7

Convention on Human Rights), Advisory Opinion OC-8/87 of 30 January 1987, Series A No. 8 (1987), § 42 und Tenor; AGMR, *Judicial Guarantees in States of Emergency (Art. 27 (2), 25 and 8 American Convention on Human Rights)*, Advisory Opinion OC-9/87 of 6 October 1987, Series A No. 9 (1987), Tenor Nr. 1; wobei hinsichtlich der Derogationsklausel in Art. 27 Abs. 2 AMRK zu beachten ist, dass der Wortlaut diese Auslegungsmöglichkeit ausdrücklich nennt ("The foregoing provision does not authorize any suspension of the following articles [...] or of the judicial guarantees essential for the protection of such rights.").

¹⁴⁹ Zum Verhältnismäßigkeitsprinzip im Rahmen der Derogationsklauseln siehe z. B. *Stefanie Schmahl*, Derogation von Menschenrechtsverpflichtungen in Notstandslagen, in: Fleck (Anm. 82), S. 125-146, 137 ff., m. w. N.

¹⁵⁰ Hierzu *Schäfer* (Anm. 50), S. 48 ff.

S. 2 Zivilpakt enthalten;¹⁵¹ zum anderen ist es im humanitären Völkerrecht, insbesondere in Art. 11 Protokoll I differenzierter und weitergehend geregelt.¹⁵²

Es stellt sich nun die Frage, wie bei den aufgezeigten Grundkonstellationen mögliche Konkurrenzen zwischen diesen beiden Rechtsgebieten im Einzelnen zu lösen sind.¹⁵³

Im erstgenannten IGH-Gutachten wurde die Lösung eines möglichen Widerspruchs über die Auslegung gesucht. Dabei ging es um das Recht auf Leben. Grundlage der Überlegungen war Art. 6 des Zivilpakts. Bei diesem Artikel ermöglichte es der unbestimmte Rechtsbegriff „willkürlich“ in Abs. 1 S. 2, die Vorschrift im Lichte des humanitären Völkerrechts als *lex specialis* auszulegen.¹⁵⁴ Es enthalten jedoch nicht alle Vorschriften unbestimmte Rechtsbegriffe, die als „Einfallstor“ der Auslegung genutzt werden können. Soweit in diesem Fall eine Kollision nicht bereits durch vorhandene Derogations- oder Einschränkungsmöglichkeiten ausgeräumt werden kann oder wird, legen die Gutachten des IGH nahe, dass auch hier der *Lex-specialis*-Grundsatz eingreift, so dass die speziellere Regelung des humanitären Völkerrechts vorgeht oder als besondere Rechtfertigung eines Eingriffs¹⁵⁵ in ein Menschenrecht dient. Beispielsweise ist im Falle der EMRK die Kriegsgefangenschaft in dem abgeschlossenen Katalog des – allerdings nicht ausdrücklich notstandsfesten – Art. 5 Abs. 1 S. 2 EMRK nicht als zulässiger Grund für eine Freiheitsentziehung aufgeführt, so dass hier das humanitäre Völkerrecht als besondere Rechtfertigung eingreifen kann.

¹⁵¹ Vgl. aber auch das differenzierter ausgestaltete Recht auf Unversehrtheit in Art. 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7. Dezember 2000, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2000 C 364 S. 1, bzw. Art. II-63 der Verfassung für Europa (Anm. 187), noch nicht in Kraft.

¹⁵² Hierzu kurz *Dinstein* (Anm. 118), S. 354 (Variation 6).

¹⁵³ Zur Lösung von Konkurrenzen zwischen Verträgen und verschiedenen Rechtsquellen allgemein siehe z. B. *Michael Akehurst*, *The Hierarchy of the Sources of International Law*, in: *British Year Book of International Law* 47 (1974-1975), S. 273-285; *Alfred Verdross/Bruno Simma*, *Universelles Völkerrecht*, 3. Aufl. 1984, §§ 640 ff. und 786 ff.; *Wilhelm Heinrich Wilting*, *Vertragskonkurrenz im Völkerrecht*, 1996.

¹⁵⁴ Siehe IGH, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons* (Anm. 1), § 25.

¹⁵⁵ *Frowein* (Anm. 39), S. 16 (“special justification in armed conflicts for interference”).

In Betracht kommt aber auch der Lex-posterior-Grundsatz, wonach das spätere Recht dem früheren vorgeht (*lex posterior derogat legi priori*).¹⁵⁶ Dies wäre insbesondere dann von Bedeutung, wenn eine ältere Norm nicht mehr dem „Geist der Zeit“ entspricht und im Widerspruch zu einem jüngeren Recht steht und mit diesem nicht in Einklang zu bringen ist. Die Gefahr eines solchen Widerspruchs ist allerdings mehr theoretischer Natur und mit Blick in die Zukunft gerichtet. Als Beispiel könnte jedoch die unterschiedliche Behandlung aufgrund des Dienstgrades (vgl. Art. 16 und 43 bis 45 GA III) genannt werden, die eine Diskriminierung aufgrund des sonstigen Status nach Art. 26 Zivilpakt bedeuten könnte, sollte die Differenzierung nicht aus vernünftigen und objektiven Gründen gerechtfertigt sein. Angesichts dessen, dass das humanitäre Völkerrecht als das speziellere Recht anzusehen ist, wird für eine Lösung über den Lex-posterior-Grundsatz allerdings nur insofern Raum bleiben, als dem späteren Regelwerk eine eindeutige Absicht zu entnehmen ist, dass es einer älteren Regelung vorgehen soll.¹⁵⁷

Erwogen wird auch eine Lösung nach dem „Meistbegünstigungsprinzip“, also dass der betroffenen Person das Recht zugute kommt, das den jeweils höheren Schutz für den Einzelnen bietet.¹⁵⁸ Dieses Prinzip ist seitens der Menschenrechtsverträge in entsprechenden Günstigkeitsklauseln („*saving clauses*“)¹⁵⁹ enthalten, wonach die Bestimmungen dieser Verträge nicht herangezogen werden dürfen, um die in einem Vertragsstaat etwa durch Übereinkommen oder Gewohnheitsrecht geltenden günstigeren Menschenrechte zu beschränken.¹⁶⁰ Seitens des humanitären Völkerrechts findet sich eine

¹⁵⁶ Vgl. *Kälin* (Anm. 104), S. 241; *Künzli* (Anm. 39), S. 107.

¹⁵⁷ In diesem Sinne *Ben-Naftali/Shany* (Anm. 9), S. 103. Zu beachten sind dabei allerdings die Regelungen des Vertragsrechts; vgl. Art. 30 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, UNTS Bd. 1155, S. 331; BGBl. 1985 II S. 927.

¹⁵⁸ Hierzu *Krieger* (Anm. 39), S. 693, mit Verweis auf den Fall *Coard et al. v. United States* (Anm. 32), § 42, der allerdings nicht dem AGMR, sondern der AKMR vorlag.

¹⁵⁹ Siehe die Art. 5 Abs. 2 des Sozial- und Zivilpakts; Art. 53 EMRK; Art. 29 AMRK. Es handelt sich hierbei um vertragliche Kollisionsklauseln.

¹⁶⁰ Die Vorschriften enthalten zwar keinen ausdrücklichen Verweis auf das humanitäre Völkerrecht, jedoch lässt sich argumentieren, dass hierdurch die Rechte des humanitären Völkerrechts umfasst werden, die dem Schutz des Menschen dienen. So *Künzli* (Anm. 39), S. 107. In Art. 29 lit. b AMRK heißt es auch nur „any right or

entsprechende Regelung lediglich in Art. 75 Abs. 8 Protokoll I.¹⁶¹ Allerdings wird argumentiert, dass sich eine analoge Regelung aus verschiedenen Normen des humanitären Völkerrechts herleiten lasse, insbesondere der Martens'schen Klausel¹⁶², so dass einer weitergehenden Garantie eines Menschenrechtsvertrages nichts im Wege stehe.¹⁶³ Diese letztgenannte Argumentation ist allerdings fraglich, da zumindest die Anwendung der für die Einzelperson günstigeren Norm aus dem Menschenrechtsbereich den Besonderheiten des bewaffneten Konflikts entgegenstehen könnte, was gegen eine so konstruierte vertragliche Kollisionsklausel spricht. Die Günstigkeitsklauseln in den Menschenrechtsverträgen bleiben dadurch jedoch unberührt, was zeigt, dass es bei der oben zuletzt aufgezeigten Konstellation nur dann zu einem tatsächlichen Konflikt kommen kann, wenn die günstigere Regelung bei den Menschenrechten vorkommt, sofern nicht Art. 75 Abs. 8 Protokoll I zur Anwendung kommt. Zu beachten ist aber stets, dass auch von möglicherweise günstigeren Menschenrechten unter den Voraussetzungen der Derogationsklauseln abgewichen werden kann.

Bereits bei Betrachtung der oben zuerst genannten Konstellation, bei der ein Recht in dem einen oder dem anderen Bereich nicht vorhanden ist, wird deutlich, dass das Verhältnis zwischen den beiden Rechtsgebieten nicht einseitig, sondern wechselseitig ist. Dabei handelt es sich nicht, wie zum Teil argumentiert wird, um eine einseitige Ergänzung des einen oder des anderen Gebiets,¹⁶⁴ sondern

freedom". Nach der integrationistischen Theorie wäre diese Interpretation auch nur konsequent.

¹⁶¹ Hierzu z. B. *Bothe/Partsch/Solf* (Anm. 43), S. 466.

¹⁶² „[...] in den Fällen, die in den Bestimmungen der von ihnen angenommenen Ordnung nicht einbegriffen sind, [bleiben] die Bevölkerung und die Kriegsführenden unter dem Schutze und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts [...], wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens“ (Formulierung aus der Präambel des IV. Haager Abkommens von 1907 (Anm. 75); erstmals enthalten in der Präambel des Vorgängerabkommens vom 29. Juli 1899, RGBl. 1901 S. 423; vgl. auch Art. 1 Abs. 2 Protokoll I).

¹⁶³ So *Kälin* (Anm. 104), S. 242; *Künzli* (Anm. 39), S. 108.

¹⁶⁴ Siehe hierzu z. B. die Stellungnahme von *René Provost*, *International Human Rights and Humanitarian Law*, 2002, S. 334: “This interpretation of humanitarian law as supplementary to human rights law is problematic, because the threshold of

um ein sich gegenseitig ergänzendes (komplementäres, reziprokes) Verhältnis.¹⁶⁵ Schutzlücken können durch das jeweils andere Gebiet geschlossen werden.

Bei der Auslegung und Lösung von Widersprüchen ist das Verhältnis ebenfalls nicht einseitig. Es sind nicht nur die Menschenrechte im Lichte des humanitären Völkerrechts als *lex specialis* auszulegen; auch die Menschenrechte können bei der Auslegung des humanitären Völkerrechts herangezogen werden. Dies wird insbesondere daran ersichtlich, dass das humanitäre Völkerrecht zahlreiche Begriffe und Normen enthält, die der weiteren Konkretisierung durch Auslegung bedürfen. Wenn diese aus dem Menschenrechtsbereich stammen oder dort ebenfalls enthalten sind, können die dort vertraglich oder durch die Praxis der Vertragsorgane näher bestimmten Begriffe und Rechte zur Auslegung der betreffenden Bestimmung im humanitären Völkerrecht herangezogen werden. Beispielsweise können die Definition des Art. 1 Abs. 1 der Antifolterkonvention zur Auslegung des Begriffs der Folter und Art. 14 des Zivilpakts für die Konkretisierung der Bedeutung des Satzes „die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien“¹⁶⁶ im humanitären Völkerrecht dienen oder die Auslegung des Art. 14 Zivilpakt durch den MRA für die Interpretation der entsprechenden Regeln in Art. 75 Abs. 4 Protokoll I herangezogen werden. Zu beachten ist allerdings auch, dass gleichen Begriffen je nach Rechtsgebiet eine unterschiedliche Bedeutung zukommen bzw. ihnen ein anderes Konzept zugrunde liegen kann.¹⁶⁷ Umgekehrt können die oft detaillierter ausfallenden Regeln des humanitären Völkerrechts den Menschenrechten in Zeiten bewaffneter Konflikte konkreten Inhalt ge-

protection afforded by humanitarian law is not systematically lower than that of human rights law.”

¹⁶⁵ Hierzu bspw. *Walter Kälin/Larisa Gabriel*, Human Rights in Times of Occupation: An Introduction, in: W. Kälin (Hg.), Human Rights in Times of Occupation: The Case of Kuwait, 1994, S. 1-67, 27 ff. Vgl. auch die schriftlichen Stellungnahmen vor dem IGH (Anm. 64) von Frankreich (§ 39: « les deux corps de règles [...] se complètent mutuellement »), der Schweiz (§ 33: « la/une complémentarité ») sowie der Liga der Arabischen Staaten (X.1, § 10.1: “overlapping and complementary”).

¹⁶⁶ Gemeinsamer Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. d der Genfer Abkommen.

¹⁶⁷ Siehe z. B. zum Begriff der (militärischen) Notwendigkeit *Eide* (Anm. 14), S. 681 f.; *Louise Doswald-Beck/Sylvain Vité*, Le droit international humanitaire et le droit des droits de l’homme, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge* N° 800 (1993), S. 99-128, 103 ff.

ben. So können z. B. die Vorschriften über Ernährung und Bekleidung (Art. 89 f. GA IV), Hygiene und ärztliche Betreuung (Art. 91 f. GA IV) das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und das Recht, vor Hunger geschützt zu werden (Art. 11 Sozialpakt), für internierte Zivilpersonen ausfüllen.

Das humanitäre Völkerrecht spielt vor allem auch bei den Derogationsregelungen der Menschenrechtsverträge eine wichtige Rolle. Eine der Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit einer Derogation nach Art. 4 Abs. 1 Zivilpakt, Art. 15 Abs. 1 EMRK und Art. 27 Abs. 1 AMRK ist jeweils, dass die derogierenden Maßnahmen anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht zuwiderlaufen. Das bedeutet, dass insbesondere auch das humanitäre Völkerrecht zu beachten ist. Dies hat zur Folge, dass von an sich derogierbaren Rechten auch während eines bewaffneten Konflikts aufgrund der bestehenden anderen Verpflichtungen nicht abgewichen werden darf.¹⁶⁸ Beispielsweise ist Art. 14 Zivilpakt nicht ausdrücklich in Art. 4 Abs. 2 Zivilpakt aufgeführt, so dass danach auch von den in Art. 14 Abs. 3 enthaltenen Mindestgarantien in Strafverfahren abgewichen werden könnte. Jedoch kann von ihnen insoweit nicht abgewichen werden, als diese Garantien auch in den Genfer Abkommen und den Zusatzprotokollen, besonders Art. 75 Abs. 4 Protokoll I, enthalten sind und diese für die jeweilige Vertragspartei gelten oder völkergewohnheitsrechtlich¹⁶⁹ anerkannt sind.

Im konkreten Fall ist bei der Untersuchung des Verhältnisses der beiden Rechtsgebiete im Einzelnen immer zu berücksichtigen, ob es sich um einen internationalen oder nicht-internationalen bewaffneten Konflikt handelt, welchen Verträgen die am Konflikt beteiligten Staaten als Vertragspartei angehören (bzw. bei einem nicht-internationalen Konflikt, welchem der betroffene Staat angehört) und ob bei ei-

¹⁶⁸ Hierzu z. B. MRA, General Comment No. 29 (Anm. 36), §§ 9 ff.; EGMR, *Brannigan and McBride v. United Kingdom* (Application No. 14553/89 & 14554/89), Judgment of 26 May 1993, Series A 258-B (1993), §§ 67 ff.; *Schmahl* (Anm. 149), S. 140.

¹⁶⁹ Hierzu ausführlich *Jean-Marie Henckaerts/Louise Doswald-Beck*, Customary International Humanitarian Law, Bd. I, 2005, S. 352 ff. (Rule 100). Zur (teilweisen) gewohnheitsrechtlichen Geltung des Art. 75 Protokoll I siehe auch *Bernhard Schäfer*, Sicherheit und Menschenrechte: Menschenrechtsfreies Guantánamo Bay?, in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, S. 79-106, 82 f.; *Judith Wiczorek*, Unrechtmäßige Kombattanten und humanitäres Völkerrecht, 2005, S. 152 f., jeweils m. w. N.

nem Vertrag zulässige Vorbehalte angebracht wurden. Mit einzubeziehen sind auch die Normen des allgemeinen Völkerrechts, insbesondere wenn sie als zwingendes Recht (*ius cogens*), also als Normen, von denen nicht abgewichen werden darf,¹⁷⁰ anerkannt sind.¹⁷¹ Nach diesen Gesichtspunkten bestimmt sich die Regelungsdichte der beiden Rechtsgebiete und somit deren mögliche Deckung, was wiederum das Maß der Wechselbeziehung und das Auftreten von Konkurrenzen bedingt.

Zu berücksichtigen sind ferner die Unterschiede zwischen den Verträgen innerhalb des jeweiligen Rechtsgebiets. Beispielsweise ist das Recht auf Leben in der EMRK anders geregelt als im Zivilpakt, so dass dort der Einfluss des humanitären Völkerrechts nicht über Art. 2 EMRK (Recht auf Leben), sondern über die Derogationsregelung in Art. 15 EMRK erfolgt, wonach aufgrund dessen Absatz 1 nur von Art. 2 bei „Todesfällen infolge rechtmäßiger Kriegshandlungen“ abgewichen werden darf (Art. 15 Abs. 2 EMRK).

Die Lösung möglicher Widersprüche, wie sie in den verschiedenen Konstellationen und im konkreten Fall auftreten können, ist nach wie vor nicht abschließend geklärt. Zwar werden einzelne Rechte vergleichend aufgelistet und/oder untersucht.¹⁷² Soweit ersichtlich, gibt es jedoch keine aktuelle und umfassende Untersuchung, die zum einen alle möglichen Konkurrenzkonstellationen beleuchtet, und zum anderen dabei auch alle der verschiedenen Menschenrechts-

¹⁷⁰ Zum *ius cogens* allgemein siehe z. B. *Lauri Hannikainen*, *Peremptory Norms (ius cogens) in International Law: Historical Development, Criteria, Present Status*, 1988; *Stefan Kadelbach*, *Zwingendes Völkerrecht*, 1992; die Beiträge in: *Christian Tomuschat/Jean-Marc Thouvenin* (Hg.), *The Fundamental Rules of the International Legal Order*, 2006.

¹⁷¹ Zum völkergewohnheitsrechtlichen und *ius-cogens*-Status des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte siehe z. B. *American Law Institute* (Anm. 35), § 702; *Vincent Chetail*, *The Contribution of the International Court of Justice to International Humanitarian Law*, in: *International Review of the Red Cross* 85 No. 850 (2003), S. 235-269, 242 ff.; *Henckaerts/Doswald-Beck* (Anm. 169); *Kadelbach* (Anm. 170), S. 256 ff.; *Wolfram Karl*, *Menschenrechtliches ius cogens – Eine Analyse von „Barcelona Traction“ und nachfolgender Entscheidungen*, in: Klein (Anm. 35), S. 102-140; *Eckart Klein*, *Menschenrechte und ius cogens*, in: J. Bröhmer/et al. (Hg.), *Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte*, S. 151-163; *Meron* (Anm. 35); *Schäfer* (Anm. 169), S. 82 f., jeweils m. w. N.

¹⁷² Z. B. *Kälin/Gabriel* (Anm. 165), S. 64 ff.; *Lorenz* (Anm. 50), S. 216 ff.; *Theodor Meron*, *Human Rights in Internal Strife: Their International Protection*, 1987, S. 17 ff.

verträge, insbesondere die Verträge zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten sowie die speziellen Menschenrechtsverträge, mit einbezieht. Insofern besteht in dieser Hinsicht weiterer Diskussions- und Forschungsbedarf.

Zusammenfassend lässt sich aber sagen, dass sich die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht gegenseitig ergänzen und im Falle eines Widerspruchs das humanitäre Völkerrecht als spezielleres Recht vorgeht.

6. Weitere Fragen

Über die in den vorherigen Abschnitten behandelten Kernfragen hinaus gibt es zahlreiche weitere Problemfelder und offene Fragen im Zusammenhang mit dem Verhältnis von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht, die noch der Klärung bedürfen. Auch wenn auf sie im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter eingegangen werden kann, sollen doch einige davon nachfolgend zur Verdeutlichung aufgeworfen werden.¹⁷³

Wie bereits angesprochen, ist zwischen nicht-internationalen und internationalen bewaffneten Konflikten zu differenzieren. Es stellt sich damit die Frage, welche Unterschiede sich für das Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht im Einzelnen ergeben, wenn zwischen diesen beiden Arten des bewaffneten Konflikts sowie rein internen Konflikten, die unterhalb der Schwelle des gemeinsamen Art. 3 der Genfer Abkommen und des Art. 1 Abs. 1 Protokoll II liegen, differenziert wird. Zu berücksichtigen ist dabei, dass es nicht immer einfach zu bestimmen ist, welche Art

¹⁷³ Weiteren Klärungsbedarf in Bezug auf das Verhältnis Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht sowie zusätzliche Fragen sehen auch *Françoise Hampson/Ibrahim Salama*, Working Paper on the Relationship Between Human Rights Law and International Humanitarian Law, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/2005/14, §§ 30 ff. und 93 f., die zur Lösung dieser Fragen die Schaffung einer Arbeitsgruppe der UN-Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte anregen. Während ihrer 57. Tagung beschloss die UN-Unterkommission zwar nicht, wie im Beschlusssentwurf ursprünglich vorgesehen (vgl. UN Doc. E/CN.4/Sub.2/2005/L.15), die Schaffung einer solchen sessionalen Arbeitsgruppe, jedoch die Vorbereitung weiterer Arbeitspapiere zu diesem Thema durch drei ihrer Mitglieder (siehe Beschluss 2005/108 vom 10. August 2005, UN Doc. E/CN.4/2006/2; E/CN.4/Sub.2/2005/44, S. 64 und S. 88).

von Konflikt vorliegt. Hier könnte der Identifizierung und Kodifizierung von humanitären Mindeststandards oder elementaren Normen der Menschlichkeit, die unter allen Umständen und in allen Situationen einzuhalten sind, besondere Bedeutung zukommen.¹⁷⁴

Wenig beleuchtet sind auch die Unterschiede, die sich zwischen den bürgerlichen und politischen Rechten einerseits, und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten andererseits im Verhältnis zum humanitären Völkerrecht bei deren Anwendung während bewaffneter Konflikte und militärischer Besetzungen ergeben. Insbesondere hinsichtlich der Rechte, die nicht nur ein Unterlassen, sondern auch ein Tätigwerden des Staates erfordern, werden sich hierbei Differenzen ergeben.¹⁷⁵

Erwähnt wurde ebenfalls bereits, dass von an sich derogierbaren Rechten möglicherweise wegen der notstandsfesten Bestimmungen aus dem jeweiligen Vertrag selbst und/oder anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen doch nicht abgewichen werden darf, diese also wie notstandsfeste Rechte zu behandeln sind.¹⁷⁶ Möglich erscheint zudem, dass sich eine dahingehende „Reduzierung auf Null“ aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip ergibt. Es stellt sich daher die Frage, bei welchen Rechten im Einzelnen es sich so verhält und ob auch die Vertragsstaaten einer solchen Ansicht in der Praxis folgen. Zu untersuchen ist ebenfalls, wie sich das Fehlen einer Derogationsklausel in einigen Menschenrechtsverträgen, etwa beim Sozialpakt, der Kinderrechtskonvention oder der Afrikanischen Charta¹⁷⁷,

¹⁷⁴ Siehe hierzu Anm. 41.

¹⁷⁵ Siehe bspw. den Bericht des UN-Sonderberichterstatters *Walter Kälin*, UN Doc. E/CN.4/1992/26 (1992), §§ 185 ff., abgedruckt in: Kälin (Anm. 165), S. 69-132, 115 ff., zu der Situation und dem Schutz wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte durch das humanitäre Völkerrecht in Kuwait während der irakischen Besetzung. Siehe ferner in Bezug auf den Irak *Karima Bennoune*, *Toward a Human Rights Approach to Armed Conflict: Iraq 2003*, in: U. C. Davis *Journal of International Law & Policy* 11 (2004), S. 171-228, 210 ff.

¹⁷⁶ Siehe hierzu z. B. MRA, General Comment No. 29 (Anm. 36), §§ 11 ff.; die in Anm. 148 genannten AGMR-Fälle; *Schmahl* (Anm. 149), S. 132 ff.; *Siracusa Principles on the Limitation and Derogation Provisions in the International Covenant on Civil and Political Rights*, in: *Human Rights Quarterly* 7 (1985), S. 3-14, §§ 66 ff.

¹⁷⁷ Für die Afrikanische Charta siehe z. B. Afrikanische Kommission für die Rechte des Menschen und der Völker, *Constitutional Rights Project et al. v. Nigeria* (Communications No. 140/94, 141/94, 145/95), 26th Ordinary Session, 1-15 November 1999, Doc. AHG/222 (XXXVI) (2000), Annex V, S. 54, §§ 41 ff.

auswirkt. Hier stellt sich etwa die Frage, ob die Regeln des allgemeinen Völkerrechts eine Grundlage für Abweichungen von den in diesen Verträgen verbürgten Garantien bieten.¹⁷⁸

Bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht ist ferner zu berücksichtigen, dass zahlreiche Rechte nicht absolut, sondern einschränkbar sind.¹⁷⁹ Aufgrund der Schrankenregelungen dieser Bestimmungen ist während bewaffneter Konflikte insbesondere über das Verhältnismäßigkeitsprinzip eine im Vergleich zu Friedenszeiten weitergehende Einschränkung bestimmter Freiheiten (etwa der Meinungsäußerungs- oder Versammlungsfreiheit) möglich. Wie ist daher insgesamt zwischen notstandsfesten, derogierbaren, absoluten und einschränkbaren Rechten im Einzelnen zu differenzieren?

Während durch das humanitäre Völkerrecht nicht nur staatliche Organe, sondern auch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen und Personen verpflichtet werden,¹⁸⁰ ist dies bei den Menschenrechten umstritten. Dabei stellt sich die Frage, ob nichtstaatliche bewaffnete Gruppen überhaupt und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen (z. B. nur bei einer regierungsähnlichen Kontrolle über ein bestimmtes Gebiet) die Menschenrechte einzuhalten haben.¹⁸¹ Zu beachten

¹⁷⁸ So z. B. *Wolfram Karl*, Menschenrechte im Staatsnotstand, in: J. J. Hagen/P. Mader (Hg.), *Gewalt und Recht*, 1997, S. 95-122, 99, der in dem im Recht der Staatenverantwortlichkeit als Rechtfertigungsgrund anerkannten Notstand eine solche Grundlage erblickt. Siehe hierzu allgemein *Jaime Oraá*, *Human Rights in States of Emergency in International Law*, 1992, S. 209 ff.

¹⁷⁹ Hierzu z. B. *Alexandre Charles Kiss*, *Permissible Limitations and Derogations to Human Rights Conventions*, in: Institut International des Droits de l'Homme (Hg.), *Recueil des cours : Textes et sommaires, Quatorzième session d'enseignement*, Strasbourg, 4-29 juillet 1983, S. AK 1-AK 26; *Paul Sieghart*, *The International Law of Human Rights*, 1983, § 8; zum Zivilpakt *Alexandre Charles Kiss*, *Permissible Limitations on Rights*, in: Henkin (Anm. 50), S. 290-310; *Siracusa Principles on the Limitation and Derogation Provisions in the International Covenant on Civil and Political Rights* (Anm. 176); zur EMRK *Jochen Abr. Frowein*, *Vorbemerkung zu Art. 8-11*, in: J. Abr. Frowein/W. Peukert, *Europäische Menschenrechtskonvention*, 2. Aufl. 1996, S. 329-336.

¹⁸⁰ Siehe z. B. *Kälin/Künzli* (Anm. 89), S. 148 f.; *Medard R. Rwelamira*, *Human Rights and International Humanitarian Law: The Links or Common Ground Revisited*, in: *Stellenbosch Law Review* 3 (1992), S. 329-348, 345.

¹⁸¹ Hierzu z. B. *Andrew Clapham*, *Human Rights Obligations of Non-State Actors*, 2006; *Tom Hadden/Colin Harvey*, *The Law of Internal Crisis and Conflict: An Outline Prospectus for the Merger of International Human Rights Law, the Law of*

ist dabei aber auch, dass das Verhalten bestimmter nichtstaatlicher Gruppen möglicherweise dem Staat zuzurechnen ist.¹⁸²

Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang ferner der zunehmende Einsatz von Privaten durch Staaten im Rahmen bewaffneter Konflikte. Hier stellt sich nicht nur die Frage, inwiefern Private das humanitäre Völkerrecht (und die Menschenrechte) einzuhalten haben, sondern ebenfalls, ob sie auch hinreichend durch das humanitäre Völkerrecht geschützt werden. Hierbei kann es zudem unter anderem schwierig werden, eine exakte Abgrenzung zu Söldnern und Söldnerinnen zu finden.¹⁸³

Wie erwähnt, können sich die verschiedenen Organe, die die Einhaltung der Verpflichtungen aus beiden Rechtsgebieten überwachen, dabei gegenseitig ergänzen. Zu fragen ist aber unter anderem, ob das betreffende Organ überhaupt die Befugnis zur Überprüfung des anderen Rechtsgebiets besitzt, und wenn ja, wie weit diese reicht.¹⁸⁴

Armed Conflict, Refugee Law, and the Law on Humanitarian Intervention, in: *International Review of the Red Cross* 81 No. 833 (1999), S. 119-133, 129 f.; *Robin Geiß*, „Failed States“, 2005, S. 209 ff.; *Nigel S. Rodley*, Can Armed Opposition Groups Violate Human Rights?, in: K. E. Mahoney/P. Mahoney (Hg.), *Human Rights in the Twenty-First Century: A Global Challenge*, 1993, S. 297-318; *Christian Tomuschat*, The Applicability of Human Rights Law to Insurgent Movements, in: Fischer/et al. (Anm. 14), S. 573-591; *Liesbeth Zegveld*, Accountability of Armed Opposition Groups in International Law, 2002. Siehe auch Punkt II und V der Resolution des Institut de Droit International vom 25. August 1999, L'application du droit international humanitaire et des droits fondamentaux de l'homme dans les conflits armés auxquels prennent part des entités non étatiques, in: *Annuaire de l'Institut de Droit international* 68-II (1999), S. 271-368.

¹⁸² Vgl. hierzu die Art. 4 ff. des Entwurfs der International Law Commission über die Staatenverantwortlichkeit von 2001, UN Doc. A/56/10 (2001), § 76. Beachte auch die Ausführungen des EGMR in *Ilaşcu et al. v. Moldova and Russia* (Anm. 56), § 313.

¹⁸³ Zu diesem Themenkomplex z. B. *Nicki Boldt*, Outsourcing War: Private Military Companies and International Humanitarian Law, in: *German Yearbook of International Law* 47 (2004), S. 502-544; IKRK, The ICRC to Expand Contacts with Private Military and Security Companies, 4. August 2004, zu finden unter: <http://www.icrc.org/>. Zum Thema Auslagerung spezifischer Sicherheits- und Militäraufgaben an nichtstaatliche Stellen siehe auch die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Dr. *Werner Hoyer* et al. und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4720 –, Deutscher Bundestag, Drucksache 15/5824, 24. Juni 2005.

¹⁸⁴ Siehe bspw. zum interamerikanischen System *Hans-Joachim Heintze*, *Las Palmeras v. Bamaca-Velasquez* und *Bankovic v. Loizidou*? Widersprüchliche Entscheidungen zum Menschenrechtsschutz in bewaffneten Konflikten, in: *Humanitäres*

Es stellt sich auch die Frage, ob vor allem die Vertragsüberwachungsorgane, wie der MRA, CESC, EGMR und AGMR, über ausreichende Ressourcen und Möglichkeiten verfügen, angemessen auf Situationen bewaffneter Konflikte einzugehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere der EGMR und der MRA ohnehin mit Individualbeschwerden überlastet sind. Sollten sich die Vertragsüberwachungsorgane hier in „judicial self-restraint“ flüchten oder sollten sie sich dieser Herausforderung stellen, wie etwa *Michael Bothe* fordert?¹⁸⁵

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, welche Rechtsbehelfe gegen Rechtsverletzungen für Einzelpersonen überhaupt zur Verfügung stehen. Kann vor nationalen oder internationalen Instanzen Wiedergutmachung, einschließlich Schadenersatz, für erlittene Verletzungen geltend gemacht werden?¹⁸⁶

Völkerrecht – Informationsschriften 2005, S. 177-182, 179 f.; *Liesbeth Zegveld*, The Inter-American Commission on Human Rights and International Humanitarian Law: A Comment on the Tablada Case, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 505-511; ablehnend die Vereinigten Staaten, Response of the United States to Request for Precautionary Measures (Anm. 9), S. 1020 f.; Additional Response of the United States to Request for Precautionary Measures (Anm. 9), S. 9 ff.; jeweils m. w. N.

¹⁸⁵ *Michael Bothe*, Die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention in bewaffneten Konflikten – eine Überforderung?, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 65 (2005), S. 615-623, 622.

¹⁸⁶ Hierzu z. B. *Bernhard Graefrath*, Schadenersatzansprüche wegen Verletzung humanitären Völkerrechts, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2001, S. 110-120; die Beiträge von *Wolff Heintschel von Heinegg*, *Stefan Kadelbach* und *Burkhard Heß* in: W. Heintschel von Heinegg/et al., Entschädigung nach bewaffneten Konflikten, 2003, S. 1 ff., 63 ff. und 107 ff.; die Beiträge in: *Albrecht Randelzhofer/Christian Tomuschat* (Hg.), State Responsibility and the Individual, 1999; *Dinah Shelton*, Remedies in International Human Rights Law, 2. Aufl. 2005; *Tomuschat* (Anm. 91), S. 293 ff. Siehe ferner die von der UN-Generalversammlung am 16. Dezember 2005 verabschiedeten Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law, UN Doc. A/RES/60/147 (2006). Zur ungeklärten Rechtslage in Deutschland siehe den „Varvarin-Fall“ vor dem Landgericht Bonn, klageabweisendes Urteil vom 10. Dezember 2003 (1 O 361/02), Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 2004, S. 525 f., und die zurückgewiesene Berufung hiergegen vor dem Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 28. Juli 2005 (7 U 8/04), NJW 2005, S. 2860 ff. (noch nicht rechtskräftig; die Revision zum Bundesgerichtshof – dort unter Aktenzeichen III ZR 190/05 – wurde zugelassen). Siehe auch das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 26. Juni 2003 (III ZR 245/98), NJW 2003, S. 3488 ff. („Distomo-Fall“).

Immer häufiger werden Staaten im Rahmen eines multinationalen Verbandes oder einer internationalen Organisation tätig. Es ist daher nach dem jeweils verantwortlichen Staat für etwaig begangene Menschenrechtsverletzungen bzw. der Verantwortlichkeit der internationalen Organisation zu fragen. Können sich Vertragsstaaten ihrer Verantwortung aus Menschenrechtsverträgen entziehen, indem sie eine internationale Organisation (z. B. UN oder NATO) gründen, dieser hoheitliche Aufgaben übertragen und sie mit Immunität ausstatten, ohne dass für die Organisation und die von ihnen eingesetzten oder ihnen unterstellten Truppen entsprechende Menschenrechtsverpflichtungen gelten?¹⁸⁷ Zu fragen ist, welchen völkerrechtlichen Regeln internationale Organisationen oder die von ihnen eingesetzten Organe *de lege lata* unterliegen oder *de lege ferenda* unterliegen sollten, wenn sie – was in der Regel der Fall ist – nicht selbst Partei der einschlägigen Menschenrechtsverträge oder Verträge des humanitären Völkerrechts sind oder sein können.¹⁸⁸ Als Völkerrechtssubjekte sollten internationale Organisationen zumindest hinsichtlich der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts an das allgemeine Völkerrecht gebunden sein.¹⁸⁹

¹⁸⁷ Vgl. hierzu etwa EGMR, *Matthews v. United Kingdom* (Application No. 24833/94), Judgment of 18 February 1999, ECHR Reports 1999-I, S. 251, §§ 32 ff.; *Waite and Kennedy v. Germany* (Application No. 26083/94), Judgment of 18 February 1999, ECHR Rep. 1999-I, S. 393, §§ 67 ff.; *T. I. v. the United Kingdom* (Application No. 43844/98), Decision of 7 March 2000, ECHR Reports 2000-III, S. 435, 457. Die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union würden mit dem In-Kraft-Treten des Vertrages über eine Verfassung für Europa vom 29. Oktober 2004 (Amtsblatt der Europäischen Union 2004 C 310 S. 1) an einen Menschenrechtskatalog, die Charta der Grundrechte der Union, gebunden sein (Art. II-111 der Verfassung).

¹⁸⁸ Hierzu z. B. *Daphna Shraga*, The United Nations as an Actor Bound by International Humanitarian Law, in: *International Peacekeeping* 5 No. 2 (1998), S. 64-81; *Christophe Swinarski*, On the Applicability of International Humanitarian Law to the United Nations Peace-Keeping Forces, in: *Héctor Gros Espiell amicorum liber 2* (1997), S. 1519-1532; *Marten Zwanenburg*, Compromise or Commitment: Human Rights and International Humanitarian Law Obligations for UN Peace Forces, in: *Leiden Journal of International Law* 11 (1998), S. 229-245. Für die UN siehe die vom UN-Generalsekretär am 6. August 1999 veröffentlichten Vorschriften über die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch Truppen der Vereinten Nationen, UN Doc. ST/SGB/1999/13.

¹⁸⁹ Siehe hierzu bspw. die Thesen von *Rainer Hofmann*, Die Rechtskontrolle von Organen der Staatengemeinschaft, zur Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht in Graz, 16.-19. März 2005, abrufbar unter: <http://www.dgvr.de/tagung>

Staaten können anderen Staaten oder einer internationalen Organisation militärische oder polizeiliche Einheiten als Beliehene zur Verfügung stellen. Diese Einheiten agieren dann für und unter der Regie des anderen Staates oder der Organisation. Es stellt sich damit die Frage, welchem der beiden Staaten bzw. ob einer internationalen Organisation überhaupt Verletzungen der Menschenrechte oder des humanitären Völkerrechts zuzurechnen sind.¹⁹⁰

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass oftmals nicht klar abzugrenzen ist, ob fremde Militäreinheiten als Besatzungsmacht oder auf Einladung in einem anderen Land agieren und ab wann eine Besatzungsmacht keine mehr ist, wie etwa die Situation im Irak verdeutlicht.¹⁹¹

Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Frage, ob Einheiten der Bundeswehr, der Bundespolizei (zuvor Bundesgrenzschutz) oder anderer Einrichtungen an die Einhaltung der Grundrechte auch gegenüber fremden Staatsangehörigen im Ausland gebunden sind. Als Teil der staatlichen Gewalt sollten sie auch dort zur Einhaltung der Grundrechte verpflichtet sein, zumindest wenn es darum geht, diese zu respektieren, also nicht in die Freiheiten einzugreifen (Abwehrfunktion der Grundrechte). Insofern spricht nichts gegen die durch Art. 1 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland¹⁹² vorgeschriebene Bindung der vollziehenden Gewalt an die Grundrechte. Hinsichtlich der Schutz- und Leistungsfunktionen der Grundrechte wird nach dem Umfang der ausgeübten Hoheitsgewalt im Ausland zu differenzieren sein. Eine Einschränkung der in Art. 1 Abs. 1 des Grundge-

2005/TgGrazHofmannTh.pdf; allgemein und grundlegend *Albert Bleckmann*, Zur Verbindlichkeit des allgemeinen Völkerrechts für internationale Organisationen, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 37 (1977), S. 107-121.

¹⁹⁰ Hierzu z. B. *Krieger* (Anm. 39), S. 674 ff. Zur Haftung internationaler Organisationen allgemein siehe das gleichnamige Buch von *Kirsten Schmalenbach* (2004).

¹⁹¹ Hierzu und zu anderen Problemen betreffend den Irak *Daniel Thürer/Malcolm MacLaren*, "Ius Post Bellum" in Iraq: A Challenge to the Applicability and Relevance of International Humanitarian Law?, in: K. Dicke/et al. (Hg.), Weltinnenrecht, 2005, S. 753-782. Zu diesem Themenkomplex siehe ferner *Hans-Peter Gasser*, From Military Intervention to Occupation of Territory: New Relevance of International Law of Occupation, in: Fischer/et al. (Anm. 14), S. 139-157.

¹⁹² Vom 23. Mai 1949, BGBl. 1949 S. 1, in der zuletzt durch Gesetz vom 26. Juli 2002 (BGBl. 2002 I S. 2863) geänderten Fassung.

setzes aufgestellten Verpflichtung, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, darf allerdings unter keinen Umständen in Betracht kommen.¹⁹³

Schließlich ist bei Auslandseinsätzen daran zu denken, dass Soldaten und Soldatinnen sowie sonstige Staatsbedienstete nicht nur Menschenrechtsverpflichtete, sondern auch -berechtigte sind.¹⁹⁴

Insbesondere das mit der Verabschiedung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs weiterentwickelte Völkerstrafrecht bringt eine gewisse Verknüpfung der beiden Rechtsgebiete. Nicht nur das humanitäre Völkerrecht sondern auch die Menschenrechte haben dieses Rechtsgebiet wesentlich geprägt. Wie weit sich das Völkerstrafrecht auf das Verhältnis Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht auswirkt, erscheint noch nicht eingehend beleuchtet bzw. wird von der weiteren Entwicklung abhängig sein.¹⁹⁵ Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland ist hierbei das Völkerstrafgesetzbuch¹⁹⁶ mit einzubeziehen.

¹⁹³ Zum Ganzen siehe z. B. *Josef Isensee*, Grundrechtsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen an die Grundrechtsausübung, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland V, 2. Aufl. 2000, § 115 Rn. 87 ff. (Rn. 90); *Helmut Quaritsch*, Der grundrechtliche Status der Ausländer, in: ebd., § 120 Rn. 74 ff.; *Wolfgang Riefner*, Grundrechtsträger, in: ebd., § 116 Rn. 14 f.; *Rainer Hofmann*, Grundrechte und grenzüberschreitende Sachverhalte, 1994; *Lorenz* (Anm. 50), S. 127 ff., jeweils m. w. N.

¹⁹⁴ Hierzu z. B. *Peter Rowe*, Control over Armed Forces Exercised by the European Court of Human Rights, 2002, abrufbar unter: http://www.dcaf.ch/publications/Working_Papers/56.pdf, S. 7 ff.; *derselbe*, The Impact of Human Rights Law on Armed Forces, 2006, S. 1 ff. und 30 ff., jeweils m. w. N.

¹⁹⁵ Hierzu kurz z. B. *Gasser* (Anm. 125), S. 159; *Dugard* (Anm. 137), S. 445-453; *Raúl Emilio Vinuesa*, Interface, Correspondence and Convergence of Human Rights and International Humanitarian Law, in: Yearbook of International Humanitarian Law 1 (1998), S. 69-110, 104 ff.

¹⁹⁶ Vom 26. Juni 2002, BGBl. 2002 I S. 2254.

7. Zusammenfassung

Wie aus der vorangegangenen Darstellung ersichtlich wird, sind das genaue Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht sowie viele der damit zusammenhängenden Fragen noch nicht abschließend geklärt. Zeugnis hierfür sind bereits die scheinbar unerschöpfliche Menge an Literatur und anderen Materialien sowie die anhaltenden Diskussionen und Studien zu diesem Thema und den einhergehenden Fragen, insbesondere der extritorialen Geltung von Menschenrechtsverträgen.

Zusammenfassend lässt sich jedoch sagen, dass die vereinzelt immer noch vertretene Ansicht, die Menschenrechte würden als Teil des Friedensrechts vollständig durch das Kriegsrecht abgelöst, nicht mehr haltbar ist. Vielmehr sind das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte während eines bewaffneten Konflikts grundsätzlich kumulativ anwendbar. Menschenrechtliche Verpflichtungen bestehen nur dann nicht, wenn ihre Geltung für den Fall eines bewaffneten Konflikts ausdrücklich ausgeschlossen wird. Zudem kann von manchen Rechten nach Maßgabe so genannter Notstandsklauseln in Zeiten bewaffneter Konflikte abgewichen werden.

Für den Fall, dass der bewaffnete Konflikt außerhalb des eigenen Territoriums stattfindet, was bei internationalen bewaffneten Konflikten für eine Streitpartei in der Regel der Fall ist, ist das Verhältnis der beiden Rechtsgebiete zunächst davon abhängig, ob die Menschenrechtsverträge für die betreffende Vertragspartei überhaupt extritorial gelten. Dies ist davon abhängig, ob die Hoheitsgewalt (Jurisdiktion) des Staates, die auf dem eigenen Territorium normalerweise besteht, auch im Ausland vorliegt oder nicht. Ist Hoheitsgewalt im konkreten Fall gegeben, sind die Verpflichtungen aus den menschenrechtlichen Verträgen für die jeweiligen Vertragsparteien ebenfalls einzuhalten. Dies gilt nur dann nicht, wenn eine territoriale Begrenzung im Vertrag eindeutig festgeschrieben ist.

Das Vorliegen von Hoheitsgewalt wird überwiegend dann angenommen, wenn der Staat eine effektive Gesamtkontrolle über das fremde Territorium ausübt, was bei einer gefestigten militärischen Besetzung anzunehmen ist. Welche Fälle darüber hinaus ebenfalls unter den Begriff der Jurisdiktion fallen und eine Anwendbarkeit der Menschenrechtsverträge mit sich bringen, ist noch nicht abschließend geklärt. Die Jurisdiktion wird zumindest in den Fällen, in denen der Staat physische Gewalt über eine Person durch Festnahme und

Haft ausübt, ebenfalls anerkannt. Ob dies auch für andere Formen physischer Gewalt gilt, die während anhaltender Kampfhandlungen ausgeübt werden, wie beispielsweise die völkerrechtswidrige Tötung einer Zivilperson, ist umstritten, meines Erachtens jedoch zu bejahen. In diesem Fall besteht kein Unterschied zur physischen Kontrolle über eine Person, wie sie mittels Gefangennahme und Haft ausgeübt wird, so dass auch hier die Hoheitsgewalt des betreffenden Staates vorliegt und damit die vertraglichen Menschenrechtsverpflichtungen greifen. Eine effektive Gesamtkontrolle des fremden Gebietes wird allerdings für die Geltendmachung weitergehender Schutz- und Anspruchsfunktionen aus den Rechten zu fordern sein, die über das hinausgehen, was mit der Verpflichtung der Verhinderung (durch entsprechende Schulung und Anweisung der staatlichen Organe) und Aufklärung von möglichen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Bezug auf das Recht auf Leben und das Folterverbot, zusammenhängt. Mit Zunahme der ausgeübten Gebietskontrolle wird auch die weitergehende Verpflichtung zur Sicherstellung der Menschenrechte graduell anwachsen.

Das Verhältnis zwischen Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht ist dadurch geprägt, dass sich diese beiden Rechtsgebiete gegenseitig in materiellrechtlicher Hinsicht, in der Auslegung und durch die verschiedenen Überwachungsmechanismen ergänzen. Im Falle eines Widerspruchs zwischen bestimmten Normen dieser beiden Rechtsgebiete geht das humanitäre Völkerrecht als spezielleres Recht grundsätzlich vor (*lex specialis derogat legi generali*).

Zur Bestimmung des Verhältnisses im Einzelnen sind jedoch im konkreten Fall immer auch die folgenden Aspekte zu berücksichtigen und entsprechend danach zu differenzieren. Zunächst ist zu prüfen, ob es sich um einen internationalen oder nicht-internationalen Konflikt handelt. Weiter sind die Rechtsnormen herauszuarbeiten, die auf den jeweiligen Konflikt anwendbar sind und für die Parteien gelten. Es ist also zu untersuchen, welchen Verträgen die Konfliktparteien angehören und ob sie gegebenenfalls zulässige Vorbehalte zu diesen Verträgen angebracht haben. Dies ist erforderlich, um herauszufinden, welchen vertraglichen Verpflichtungen die Konfliktparteien unterliegen, denn danach bestimmt sich die Regelungsdichte und somit die potentielle Überschneidung der beiden Rechtsgebiete. Zu berücksichtigen sind immer auch die vorhandenen Einschränkungs- und Derogationsmöglichkeiten zu bestimmten Rech-

ten. Zusätzlich zu den bestehenden oder nicht bestehenden vertraglichen Verpflichtungen sind die Normen des allgemeinen Völkerrechts zu beachten.

8. Schlussbemerkung

Abschließend sei noch hervorgehoben, dass einige der elementarsten Rechte, die in Zeiten bewaffneter Konflikte mit am stärksten gefährdet sind, durch beide Rechtsgebiete gleichermaßen geschützt werden, beide also parallel laufen. Zu diesen Rechten, die ohne Diskriminierung insbesondere wegen der „Rasse“, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion oder Geburt zu gewähren sind,¹⁹⁷ zählen insbesondere: das Recht auf Leben,¹⁹⁸ das Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe sowie Mindestgarantien in Strafverfahren, ohne die keine Verurteilung und Hinrichtung erfolgen darf. Die genannten Rechte sind sowohl im Zivilpakt,¹⁹⁹ der EMRK,²⁰⁰ AMRK²⁰¹ und der Afrikanischen Charta²⁰² als auch in den Genfer Abkommen²⁰³ und ihren Zusatzprotokollen²⁰⁴ enthalten.

¹⁹⁷ Vgl. Art. 2 Abs. 1 und Art. 4 Abs. 1 Zivilpakt; Art. 14 EMRK; Art. 1 Abs. 1 und Art. 27 Abs. 1 AMRK; Art. 2 Afrikanische Charta; und insbesondere die gemeinsamen Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 der Genfer Abkommen; Art. 9 Abs. 1 und 75 Abs. 1 Protokoll I; Art. 2 Abs. 1 Protokoll II; sowie auch Art. 1 Abs. 3, 13 Abs. 1 lit. b und Art. 55 lit. c der Charta der Vereinten Nationen.

¹⁹⁸ Das Recht auf Leben ist aber nicht absolut und bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass Todesfälle von Kombattanten oder auch Zivilisten infolge rechtmäßiger Kriegshandlungen dieses Recht verletzen (ein Eingriff in das Recht auf Leben ist in einem solchen Fall nicht „willkürlich“ im Sinne der Art. 6 Abs. 1 Zivilpakt, Art. 4 Abs. 1 AMRK und Art. 4 Afrikanische Charta bzw. ist bei der EMRK eine Abweichung nach Art. 15 Abs. 2 EMRK möglich).

¹⁹⁹ Art. 6 Abs. 1, Art. 7, Art. 14 Abs. 1 bis 3 und Art. 15 Zivilpakt.

²⁰⁰ Art. 2, 3, 6 und 7 EMRK.

²⁰¹ Art. 4 Abs. 1, 5 Abs. 1 und 2, Art. 8 Abs. 1 bis 3 und 5 sowie Art. 9 AMRK.

²⁰² Art. 4, 5 sowie Art. 7 und 26 Afrikanische Charta.

²⁰³ Siehe bereits den grundlegenden gemeinsamen Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 lit. a, c und d der Genfer Abkommen, der gewohnheitsrechtlich nicht nur für nicht-internationale, sondern auch für internationale bewaffnete Konflikte gilt (vgl. IGH, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America)*, Merits, Judgment of 27 June 1986, ICJ Reports 1986, S. 14, § 218), sowie

Das Recht auf Leben, das Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe sowie weitere Rechte sind zudem nach dem Zivilpakt, der EMRK und AMRK notstandsfeste Rechte, von denen während bewaffneter Konflikte nicht abgewichen werden darf.²⁰⁵ Die Mindestgarantien in Strafverfahren, ohne die keine Verurteilung und Hinrichtung erfolgen darf, sind zwar nicht ausdrücklich in den Verträgen als notstandsfest aufgeführt.²⁰⁶ Jedoch kann von diesen – sowie von anderen Rechten – aufgrund der bestehenden Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, ihrer Unerlässlichkeit für die Sicherstellung der notstandsfesten Rechte oder aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip heraus ebenfalls nicht oder nur eingeschränkt abgewichen werden.²⁰⁷

Die genannten Rechte werden auch als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts – und zwar aus Sicht beider Rechtsgebiete – angesehen.²⁰⁸ Darüber hinaus kann zumindest hinsichtlich des Folterverbots als gesichert gelten, dass dies eine zwingende Norm des Völkerrechts (*ius cogens*) ist.²⁰⁹ Dieses Verbot und die weiteren im ge-

z. B. für Kriegsgefangene insbesondere die Art. 13, 84, 99, 102, 103 Abs. 1 S. 1, 105 und 106 GA III.

²⁰⁴ Siehe insbesondere Art. 75 Abs. 1, Abs. 2 lit. a, b und e sowie Abs. 4 Protokoll I und Art. 4 Abs. 1 und 2 lit. a, e und h sowie Art. 6 Abs. 1 bis 3 Protokoll II.

²⁰⁵ Vgl. Art. 4 Abs. 2 Zivilpakt; Art. 15 Abs. 2 EMRK; Art. 27 Abs. 2 AMRK. Die Afrikanischen Charta enthält keine Derogationsklausel, vgl. hierzu aber Anm. 177.

²⁰⁶ In Art. 27 Abs. 2 AMRK wird aber zumindest festgehalten, dass auch die zum Schutz der notstandsfesten Rechte wesentlichen justizillen Garantien nicht suspendiert werden dürfen.

²⁰⁷ Vgl. hierzu die Verweise in Anm. 148 und 168; sowie weiter z. B. zur EMRK *R. St. J. Macdonald*, Protecting Human Rights in Emergency Situations: Making Article 15 Work, in: P. Mahoney/F. Matscher/H. Petzold/L. Wildhaber (Hg.), Protection des droit de l'homme: la perspective européenne: Mélanges à la mémoire de Rolv Ryssdal, 2000, S. 817-835.

²⁰⁸ Siehe z. B. *American Law Institute* (Anm. 35), § 702 (c) und (d); *Henckaerts/Doswald-Beck* (Anm. 169), S. 311 ff. (Regeln 89, 90 und 100 f.); *Meron* (Anm. 35), S. 46 ff. und 96 ff.; MRA, General Comment No. 24: Issues Relating to Reservations made upon Ratification or Accession to the Covenant or the Optional Protocols thereto, or in Relation to Declarations under Article 41 of the Covenant, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 161 ff., dt. Übersetzung in: *DIMR* (Anm. 36), S. 102 ff., § 8.

²⁰⁹ So insbesondere ICTY, *Prosecutor v. Furundžija* (Case No. IT-95-17/1-T), Judgment of 10 December 1998, International Legal Materials 38 (1999), S. 317, § 153; EGMR, *Al-Adsani v. United Kingdom* (Application No. 35763/97), [GC] Judgment of

meinsamen Art. 3 der Genfer Abkommen enthaltenen Regeln geben nach Ansicht des IGH “elementary considerations of humanity”²¹⁰ wieder, die zu den grundlegenden Regeln des humanitären Völkerrechts zu zählen sind, die der Gerichtshof als “intransgressible principles of customary international law”²¹¹ bezeichnet. Diese Formulierung deutet darauf hin, dass diese Normen ebenfalls als zwingend anzusehen sind.²¹²

Darüber hinaus stellen im Rahmen eines internationalen bewaffneten Konflikts begangene Verletzungen der drei zuvor genannten Garantien (in Bezug auf geschützte Personen) schwere Verletzungen der Genfer Abkommen²¹³ und des ersten Zusatzprotokolls²¹⁴ sowie – auch im Rahmen eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts – Kriegsverbrechen²¹⁵ dar.

Angesichts dieser völkergewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen aus beiden Rechtsgebieten und der vertraglichen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht sind Befürchtungen der Staaten, auch bei Auslandseinsätzen ihrer Streitkräfte an Verpflichtungen aus Menschenrechtsverträgen gebunden zu sein, an die sie auf eigenem Territorium auf jeden Fall gebunden sind, nicht nachvollziehbar. Befürchtungen sind nur insofern verständlich, als es sich um Verpflichtungen

21 November 2001, ECHR Reports 2001-XI, S. 79, § 61. Zum menschenrechtlichen *ius cogens* allgemein siehe die Verweise in Anm. 171.

²¹⁰ IGH, *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua* (Anm. 203), § 218; mit Verweis auf *Corfu Channel Case (United Kingdom v. Albania)*, Merits, Judgment of 9 April 1949, ICJ Reports 1949, S. 4, 22.

²¹¹ *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons* (Anm. 1), § 79.

²¹² Hierzu z. B. *Chetail* (Anm. 171), S. 250 ff., der zwei Interpretationsmöglichkeiten dieser Passage sieht (S. 251): zum einen, dass der IGH zum Ausdruck bringen wollte, dass diese werdende *ius-cogens*-Normen darstellen (“*ius cogens in statu nascendi*”), oder zum anderen, dass er damit implizit, aber nicht explizit den zwingenden Charakter anerkennt. Siehe auch *Karl* (Anm. 171), S. 125 f.

²¹³ Art. 50 GA I und Art. 51 GA II (jeweils in Bezug auf die ersten beiden Garantien); Art. 130 GA III und Art. 147 GA IV (in Bezug auf alle drei Garantien).

²¹⁴ Art. 11 Abs. 4, Art. 85 Abs. 2, 3 und Abs. 4 lit. e Protokoll I.

²¹⁵ Siehe insbesondere Art. 85 Abs. 5 Protokoll I sowie Art. 8 Abs. 2 lit. a (i) bis (iii) und (vi), lit. c (i), (ii) und (iv) sowie die relevanten Bestimmungen unter lit. b und e des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Werden Tötungshandlungen und Misshandlungen im Rahmen der unter Art. 6 und 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs genannten Voraussetzungen begangen, können diese auch zu Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit erwachsen.

tungen handelt, die Schutzforderungen oder Ansprüche mit sich bringen, die Staaten, solange sie nicht die effektive Gesamtgebietskontrolle ausüben, möglicherweise nicht erfüllen können. Hier gilt es allerdings, wie gezeigt, zu differenzieren.²¹⁶

Die zuvor genannten Mindestgarantien sind jedoch unter allen Umständen einzuhalten. Geschieht dies nicht, werden nicht einmal die Grundsätze des Völkerrechts beachtet, wie sie sich aus den „unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens“ ergeben, wie es die – ebenfalls völkergewohnheitsrechtlich anerkannte²¹⁷ – Martens’sche Klausel²¹⁸ fordert.

²¹⁶ Oben S. 31 f. und 61.

²¹⁷ Vgl. IGH, *Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons* (Anm. 1), § 84.

²¹⁸ Anm. 162.

Bibliographie

- Abi-Saab, Georges*, International Criminal Tribunals and the Development of International Humanitarian and Human Rights Law, in: Emile Yakpo (Hg.), *Liber Amicorum Judge Mohammed Bedjaoui*, 1999, S. 649-658.
- Abi-Saab, Rosemary*, Human Rights and Humanitarian Law in International Conflicts, in: Daniel Warner (Hg.), *Human Rights and Humanitarian Law: The Quest for Universality*, 1997, S. 107-123.
- Abi-Saab, Rosemary*, « Conséquences juridiques de l'édification d'un mur dans le territoire palestinien occupé » : quelques réflexions préliminaires sur l'avis consultatif de la Cour internationale de Justice, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge/International Review of the Red Cross* 86 No. 855 (2004), S. 633-657.
- Abresch, William*, A Human Rights Law of Internal Armed Conflict: The European Court of Human Rights in Chechnya, in: *European Journal of International Law* 16 (2005), S. 741-767.
- Akehurst, Michael*, Jurisdiction in International Law, in: *British Year Book of International Law* 46 (1972-1973), S. 145-257.
- Akehurst, Michael*, The Hierarchy of the Sources of International Law, in: *British Year Book of International Law* 47 (1974-1975), S. 273-285.
- Akram, Susan/Lynk, Michael*, The Wall and the Law: A Tale of two Judgments, in: *Netherlands Quarterly of Human Rights* 24 (2006), S. 61-106.
- Altiparmak, Kerem*, Bankovic: An Obstacle to the Application of the European Convention on Human Rights in Iraq?, in: *Journal of Conflict & Security Law* 9 (2004), S. 213-251.
- American Law Institute*, *Restatement of the Law, Third: The Foreign Relations Law of the United States*, Bd. 2, 1987.
- An-Na'im, Abdullahi Ahmed*, Toward a Universal Doctrine of Reparation for Violations of International Human Rights and Humanitarian Law, in: *International Law Forum/Forum du droit international* 5 (2003), S. 27-35.
- Aolain, Fionnuala Ni*, The Relationship Between Situations of Emergency and Low-Intensity Armed Conflict, in: *Israel Yearbook on Human Rights* 28 (1998), S. 97-106.
- Baxter, Richard R.*, Human Rights in War, in: *Bulletin of the American Academy of Arts and Sciences* 31 (1977), S. 4-13.
- Becker, Florian*, IGH-Gutachten über „Rechtliche Konsequenzen des Baus einer Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten“, in: *Archiv des Völkerrechts* 43 (2005), S. 218-239.
- Bederman, David*, The Enforcement of Human Rights and Humanitarian Law by Civil Suits in Municipal Courts: The Civil Dimension of Universal Jurisdiction, in: Wybo P. Heere (Hg.), *Contemporary International Law Issues: New Forms, New Applications*, 1998, S. 156-172.

- Benison, Audrey I.*, War Crimes: A Human Rights Approach to a Humanitarian Law Problem at the International Criminal Court, in: *Georgetown Law Journal* 88 (1999), S. 141-175.
- Ben-Naftali, Orna/Shany, Yuval*, Living in Denial: The Application of Human Rights in the Occupied Territories, in: *Israel Law Review* 37 (2003-2004), S. 17-118.
- Bennoune, Karima*, Toward a Human Rights Approach to Armed Conflict: Iraq 2003, in: *U. C. Davis Journal of International Law & Policy* 11 (2004), S. 171-228.
- Benvenisti, Eyal*, The Applicability of Human Rights Conventions to Israel and to the Occupied Territories, in: *Israel Law Review* 26 (1992), S. 24-35.
- Berber, Friedrich* (Hg.), *Völkerrecht: Dokumentensammlung*, Bd. I: Friedensrecht, Bd. II: Konfliktrecht, 1967.
- Berber, Friedrich*, *Lehrbuch des Völkerrechts*, Bd. II: Kriegsrecht, 2. Aufl. 1969.
- Bierzanek, Remigiusz*, *Prawa człowieka w konfliktach zbrojnych [Menschenrechte in bewaffneten Konflikten]*, 1972.
- Bleckmann, Albert*, Zur Verbindlichkeit des allgemeinen Völkerrechts für internationale Organisationen, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 37 (1977), S. 107-121.
- Blitchenko, I. P.*, *Conflit armé et protection des droits de l'homme*, in: *Revue de droit contemporain* 18 (1971), S. 23-38.
- Blischtschenko, Igor P.*, Die Definierung des humanitären Völkerrechts, in: *Dieter Blumenwitz/Albrecht Randelzhofer* (Hg.), *Festschrift für Friedrich Berber zum 75. Geburtstag*, 1973, S. 75-81.
- Bluntschli, Johann Caspar*, *Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten: als Rechtsbuch dargestellt*, 2. Aufl. 1872.
- Boldt, Nicki*, Outsourcing War – Private Military Companies and International Humanitarian Law, in: *German Yearbook of International Law/Jahrbuch für Internationales Recht* 47 (2004), S. 502-544.
- Borelli, Silvia*, The Treatment of Terrorist Suspects Captured Abroad: Human Rights and Humanitarian Law, in: *Andrea Bianchi* (Hg.), *Enforcing International Law Norms Against Terrorism*, 2004, S. 39-61.
- Borelli, Silvia*, Casting Light on the Legal Black Hole: International Law and Detentions Abroad in the "War on Terror", in: *International Review of the Red Cross* 87 No. 857 (2005), S. 39-68.
- Bothe, Michael*, Neue und alte Konzepte der Durchsetzung des Humanitären Völkerrechts, in: *Volker Epping/Horst Fischer/Wolff Heintschel von Heinegg* (Hg.), *Brücken bauen und begehen: Festschrift für Knut Ipsen zum 65. Geburtstag*, 2000, S. 23-40.
- Bothe, Michael* (Hg.), *Towards a Better Implementation of International Humanitarian Law: Proceedings of an Expert Meeting, Organised by the Advisory Committee on International Humanitarian Law of the German Red Cross*, Frankfurt/Main, May 28-30, 1999, 2001.
- Bothe, Michael*, Friedenssicherung und Kriegsrecht, in: *Wolfgang Graf Vitzthum* (Hg.), *Völkerrecht*, 3. Aufl. 2004, S. 589-667.

- Bothe, Michael*, The Historical Evolution of International Humanitarian Law, International Human Rights Law, Refugee Law and International Criminal Law, in: Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Raap (Hg.), Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection: Festschrift für Dieter Fleck, 2004, S. 37-45.
- Bothe, Michael*, Die Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention in bewaffneten Konflikten – eine Überforderung?, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 65 (2005), S. 615-623.
- Bothe, Michael/Partsch, Karl Josef/Solf, Waldemar A.*, New Rules for Victims of Armed Conflicts: Commentary on the Two 1977 Protocols Additional to the Geneva Conventions of 1949, 1982.
- Brett, Rachel*, Non-governmental Human Rights Organizations and International Humanitarian Law, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 531-536.
- Breuer, Marten*, The Act on Hungarians Living in Neighbouring Countries Challenging Hungary's Obligations under Public International Law and European Community Law, in: Zeitschrift für europarechtliche Studien 2002, S. 255-297.
- Breuer, Marten*, Völkerrechtliche Implikationen des Falles Öcalan, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2003, S. 449-454.
- Breuer, Marten*, Zum Öcalan-Urteil der Großen Kammer des EGMR, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2005, S. 471-473.
- Brownlie, Ian*, Principles of Public International Law, 6. Aufl. 2003.
- Bruscoli, Francesco*, The Rights of Individuals in Times of Armed Conflict, in: International Journal of Human Rights 6 No. 1 (2002), S. 45-60.
- Buergethal, Thomas*, To Respect and to Ensure: State Obligations and Permissible Derogations, in: Louis Henkin (Hg.), The International Bill of Rights: The Covenant on Civil and Political Rights, 1981, S. 72-91.
- Calogeropoulos-Stratis, Aristidis S.*, Droit humanitaire et droits de l'homme: La protection de la personne en période de conflit armé, 1980.
- Calogeropoulos-Stratis, Aristidis*, Droit humanitaire – Droits de l'Homme et victimes des conflits armés, in: Christophe Swinarski (Hg.), Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge/Studies and Essays on International Humanitarian Law and Red Cross Principles: en l'honneur de/in Honour of Jean Pictet, 1984, S. 655-662.
- Cançado Trindade, Antônio Augusto*, Desarrollo de las relaciones entre el derecho internacional humanitario y la protección internacional de los derechos humanos en su amplia dimensión, in: Revista IIDH (Instituto Interamericano de Derechos Humanos) 16 (1992), S. 39-74.
- Cançado Trindade, Antônio Augusto*, Derecho internacional de los derechos humanos, derecho internacional de los refugiados y derecho internacional humanitario: Aproximaciones y convergencias, in: Estudios Especializados de Derechos Humanos I (1996), S. 66-128; auch veröffentlicht in: Derechos

Humanos (Órgano Informativo de la Comisión de Derechos Humanos del Estado de México, CODHEM) 8 N° 49 (2001), S. 62-97.

Cançado Trindade, Antônio Augusto, Aproximaciones y convergencias revisitadas: Diez años de interacción entre el derecho internacional de los derechos humanos, el derecho internacional de los refugiados y el derecho internacional humanitario (De Cartagena/1984 a San José/1994 y México/2004), in: UNHCR/ACNUR (Hg.), Memoria del Vigésimo Aniversario de la Declaración de Cartagena sobre los Refugiados (1984-2004), 2005, S. 139-191.

Centre for Human Rights, Human Rights Fact Sheet No. 13: International Humanitarian Law and Human Rights, July 1991.

Cerna, Christina M., Human Rights in Armed Conflict: Implementation of International Humanitarian Law Norms by Regional Intergovernmental Human Rights Bodies, in: Frits Kalshoven/Yves Sandoz (Hg.), Implementation of International Humanitarian Law: Research Papers by Participants in the 1986 Session of the Centre for Studies and Research in International Law and International Relations of the Hague Academy of International Law/Mise en œuvre du droit international humanitaire: Travaux de recherche des participants à la session de 1986 du Centre d'Etude et de Recherche de Droit International et de Relations Internationales de l'Académie de Droit International de la Haye, 1989, S. 31-67.

Cerna, Christina M., Extraterritorial Application of the Human Rights Instruments of the Inter-American System, in: Fons Coomans/Menno T. Kamminga (Hg.), Extraterritorial Application of Human Rights Treaties, 2004, S. 141-174.

Cerone, John, Minding the Gap: Outlining KFOR Accountability in Post-Conflict Kosovo, in: European Journal of International Law 12 (2001), S. 469-488.

Chetail, Vincent, The Contribution of the International Court of Justice to International Humanitarian Law, in: International Review of the Red Cross 85 No. 850 (2003), S. 235-269.

Chkhikvadze, V., Armed Conflict and Human Rights, in: International Affairs (Moskau) 1979 No. 11, S. 43-51.

Chowdhury, Subrata Roy, Rule of Law in a State of Emergency: The Paris Minimum Standards of Human Rights Norms in a State of Emergency, 1989.

Clapham, Andrew, Human Rights Obligations of Non-State Actors, 2006.

Čok, Vida, Le développement du droit international humanitaire au point de vue des droits de l'homme, in: Jugoslovenska revija za međunarodno pravo 27 (1980), S. 121-131.

Coomans, Fons/Kamminga, Menno T. (Hg.), Extraterritorial Application of Human Rights Treaties, 2004.

Comotto, Sabrina, Derecho Internacional Público, Derecho Internacional Humanitario y Derecho Internacional de los Derechos Humanos, 2003, unter: [http://www.icrc.org/Web/spa/sitespa0.nsf/c262d017f842d455c12570d70055997d/30c7688eb5e9b196c1256de20034409e/\\$FILE/ComottoSabrina.PDF](http://www.icrc.org/Web/spa/sitespa0.nsf/c262d017f842d455c12570d70055997d/30c7688eb5e9b196c1256de20034409e/$FILE/ComottoSabrina.PDF).

- Danchin, Peter G.*, Transitional Justice in Afghanistan – Confronting Violations of International Humanitarian and Human Rights Law, in: Yearbook of International Humanitarian Law 4 (2001), S. 3-51.
- Dau, Klaus* (Hg.), Der Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte: Eine Dokumentation des AWACS-, des Somalia- und des Adria-Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, 1996.
- David, Eric*, Droits de l'homme et droit humanitaire, in: Revue de l'Institut de Sociologie 50 (1977), S. 31-58.
- David, Eric*, Droits de l'homme et droit humanitaire, in: Mélanges Fernand Dehousse, Bd. 1: Les progrès du droit des gens, 1979, S. 169-181.
- David, Eric*, Principes de droit des conflits armés, 3. Aufl. 2002.
- de Beco, Gauthier*, Compliance with International Humanitarian Law by Non-State Actors, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2005, S. 190-199.
- de Feyter, Koen*, The Red Cross and Raising Human Rights Awareness in Europe, in: Netherlands Quarterly of Human Rights 9 (1991), S. 36-49.
- Delbrück, Jost*, War, Effect on Treaties, in: Rudolf Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law IV (2000), S. 1367-1373.
- Dennis, Michael J.*, Application of Human Rights Treaties Extraterritorially in Times of Armed Conflict and Military Occupation, in: American Journal of International Law 99 (2005), S. 119-141.
- de Rover, Cees*, To Serve and Protect: Human Rights and Humanitarian Law for Police and Security Forces, 1998.
- Detter, Ingrid*, The Law of War, 2. Aufl. 2000.
- Deutsches Institut für Menschenrechte* (Hg.), Die »General Comments« zu den VN-Menschenrechtsverträgen: Deutsche Übersetzung und Kurzeinführung, 2005.
- Dinstein, Yoram*, The International Law of Civil Wars and Human Rights, in: Israel Yearbook on Human Rights 6 (1976), S. 62-80.
- Dinstein, Yoram*, The International Law of Inter-State Wars and Human Rights, in: Israel Yearbook on Human Rights 7 (1977), S. 139-153.
- Dinstein, Yoram*, Human Rights in Armed Conflict: International Humanitarian Law, in: Theodor Meron (Hg.), Human Rights in International Law: Legal and Policy Issues, 1984 (Nachdruck 1992), S. 345-368.
- Dinstein, Yoram*, The Conduct of Hostilities under the Law of International Armed Conflict, 2004.
- Doehring, Karl*, Völkerrecht: Ein Lehrbuch, 2. Aufl. 2004.
- Donner, Michael*, Völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Aspekte der militärischen Absicherung der Friedensvereinbarungen von Dayton, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 1997, S. 63-73.
- Doswald-Beck, Louise*, International Humanitarian Law and the Advisory Opinion of the International Court of Justice on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, in: International Review of the Red Cross No. 316 (1997), S. 35-55.

- Doswald-Beck, Louise*, Human Rights and Humanitarian Law: Are some Individuals Bereft of all Legal Protection?, in: ASIL (American Society of International Law) Proceedings of the 98th Annual Meeting (2004), S. 353-358.
- Doswald-Beck, Louise/Vité, Sylvain*, Le droit international humanitaire et le droit des droits de l'homme, in: Revue internationale de la Croix-Rouge N° 800 (1993), S. 99-128.
- Draper, G. I. A. D.*, The Relationship Between the Human Rights Regime and the Law of Armed Conflicts, in: I Diritti dell'Uomo come base del Diritto Internazionale Umanitario/Les Droits de l'Homme, base du Droit International Humanitaire/Human Rights as the Basis of International Humanitarian Law. Atti del Convegno Internazionale di Diritto Umanitario/Actes du Congrès International de Droit Humanitaire/Proceedings of the International Conference on Humanitarian Law: Sanremo – 24/27.IX.1970, S. 141-155.
- Draper, G. I. A. D.*, The Relationship Between the Human Rights Regime and the Law of Armed Conflicts, in: Israel Yearbook on Human Rights 1 (1971), S. 191-207.
- Draper, G. I. A. D.*, Human Rights and the Law of War, in: Virginia Journal of International Law 12 (1972), S. 326-342.
- Dugard, John*, Bridging the Gap Between Human Rights and Humanitarian Law: The Punishment of Offenders, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 445-453.
- Durand, André*, La notion de droits de l'homme chez les fondateurs de la Croix-Rouge, in: Revue internationale de la Croix-Rouge N° 773 (1988), S. 452-470.
- Eick, Christophe*, Die Reichweite der Bindung menschenrechtlicher Verträge für das auswärtige Handeln von Staaten, in: Eckart Klein (Hg.), Gewaltenteilung und Menschenrechte: Kolloquium, 10.-12. November 2005, Potsdam, 2006, S. 115-128.
- Eide, Asbjørn*, The Laws of War and Human Rights – Differences and Convergences, in: Christophe Swinarski (Hg.), Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge/Studies and Essays on International Humanitarian Law and Red Cross Principles: en l'honneur de/in Honour of Jean Pictet, 1984, S. 675-697.
- Eide, Asbjørn/Rosas, Allan/Meron, Theodor*, Combating Lawlessness in Grey Zone Conflicts Through Minimum Humanitarian Standards, in: American Journal of International Law 89 (1995), S. 215-223.
- El Kouhene, Mohamed*, Les garanties fondamentales de la personne en droit humanitaire et les droits de l'homme, 1986.
- Erberich, Ute*, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Europäische Menschenrechtskonvention, 2004.
- Ergec, Rusen*, Les droits de l'homme à l'épreuve des circonstances exceptionnelles: Etude sur l'article 15 de la Convention européenne des droits de l'homme, 1987.
- Feinstein, Barry A.*, The Applicability of the Regime of Human Rights in Times of Armed Conflict and Particularly to Occupied Territories: The Case of Is-

- rael's Security Barrier, in: *Northwestern Journal of International Human Rights* 4 (2005), S. 238-302.
- Fitzpatrick, Joan*, *Human Rights in Crisis: The International System for Protecting Human Rights During States of Emergency*, 1994.
- Fitzpatrick, Joan*, *States of Emergency in the Inter-American Human Rights System*, in: David J. Harris/Stephen Livingstone (Hg.), *The Inter-American System of Human Rights*, 1998, S. 371-394.
- Fleck, Dieter* (Hg.), *Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten*, 1994.
- Fleck, Dieter*, *Humanitarian Protection Against Non-State Actors*, in: Jochen Abr. Frowein/Klaus Scharioth/Ingo Winkelmann/Rüdiger Wolfrum (Hg.), *Verhandeln für den Frieden/Negotiating for Peace: Liber Amicorum Tono Eitel*, 2003, S. 69-94.
- Fond za Humanitarno Pravo/Humanitarian Law Center*, *Human Rights Violations in Times of Armed Conflict*, 1995.
- Forsythe, David P.*, *Human Rights and the International Committee of the Red Cross*, in: *Human Rights Quarterly* 12 (1990), S. 265-289.
- Frowein, Jochen Abr.*, *Probleme des allgemeinen Völkerrechts vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte*, in: Ingo von Münch (Hg.), *Staatsrecht – Völkerrecht – Europarecht: Festschrift für Hans-Jürgen Schlochauer zum 75. Geburtstag am 28. März 1981*, 1981, S. 289-300.
- Frowein, Jochen Abr.*, *Artikel 15 (Notstand) und Vorbemerkung zu Art. 8-11*, in: Jochen Abr. Frowein/Wolfgang Peukert, *Europäische Menschenrechtskonvention: EMRK-Kommentar*, 2. Aufl. 1996, S. 479-486 und 329-336.
- Frowein, Jochen Abr.*, *The Relationship Between Human Rights Regimes and Regimes of Belligerent Occupation*, in: *Israel Yearbook of Human Rights* 28 (1998), S. 1-16.
- Gardam, Judith*, *Women, Human Rights and International Humanitarian Law*, in: *International Review of the Red Cross* No. 324 (1998), S. 421-432.
- Gardam, Judith*, *The Contribution of the International Court of Justice to International Humanitarian Law*, in: *Leiden Journal of International Law* 14 (2001), S. 349-365.
- Gasser, Hans-Peter*, *A Measure of Humanity in Internal Disturbances and Tensions: Proposal for a Code of Conduct*, in: *International Review of the Red Cross* No. 262 (1988), S. 38-58.
- Gasser, Hans-Peter*, *Das humanitäre Völkerrecht*, in: Hans Haug (unter Mitwirkung von Hans-Peter Gasser, Françoise Perret und Jean-Pierre Robert-Tissot), *Menschlichkeit für alle: Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes*, 1991, S. 499-599.
- Gasser, Hans-Peter*, *Humanitarian Standards for Internal Strife: A Brief Review of New Developments*, in: *International Review of the Red Cross* No. 294 (1993), S. 221-226.
- Gasser, Hans-Peter*, *International Humanitarian Law and Human Rights Law in Non-international Armed Conflicts: Joint Venture or Mutual Exclusion?*, in:

German Yearbook of International Law/Jahrbuch für Internationales Recht 45 (2002), S. 149-162.

Gasser, Hans-Peter, From Military Intervention to Occupation of Territory: New Relevance of International Law of Occupation, in: Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Rapp (Hg.), Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection: Festschrift für Dieter Fleck, 2004, S. 139-157.

Geiß, Robin, „Failed States“: Die normative Erfassung gescheiterter Staaten, 2005.

Giegerich, Thomas, Grund- und Menschenrechte im globalen Zeitalter: Neubewertung ihrer territorialen, personalen und internationalen Dimension in Deutschland, Europa und den USA, in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2004, S. 758-777.

Götze, Andreas, Fragen der Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts unter besonderer Berücksichtigung der sogenannten Nationalen Befreiungskriege, 2002.

Goldman, Robert Kogod, International Humanitarian Law: Americas Watch's Experience in Monitoring Internal Armed Conflict, in: American University Journal of International Law and Policy 9 (1993), S. 49-94.

Goldman, Robert Kogod, International Human Rights and Humanitarian Law and the Internally Displaced, in: Antônio Augusto Cançado Trindade (Hg.), The Modern World of Human Rights/El Mundo Moderno de los Derechos Humanos: Essays in Honour of/Ensayos en honor de Thomas Buergenthal, 1996, S. 517-548.

Goldman, Robert Kogod, Codification of International Rules on Internally Displaced Persons: An Area where both Human Rights and Humanitarian Law Considerations are being taken into Account, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 463-466.

Gomaa, Mohammed M./Mekhemar, Lamia, A new International Humanitarian Legal System? An Analysis of the Role of Human Rights, in: Revue égyptienne de droit international 55 (1999), S. 231-269.

Graefrath, Bernhard, Schadenersatzansprüche wegen Verletzung humanitären Völkerrechts, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2001, S. 110-120.

Green, Leslie C., Human Rights and the Law of Armed Conflict, in: Israel Yearbook on Human Rights 10 (1980), S. 9-37.

Green, Leslie C., The Contemporary Law of Armed Conflict and the Protection of Human Rights, in: Gerald L. Gall (Hg.), Civil Liberties in Canada: Entering the 1980s, 1982, S. 166-190.

Green, Leslie C., Human Rights in Peace and War: An Historical Overview, in: Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Rapp (Hg.), Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection: Festschrift für Dieter Fleck, 2004, S. 159-194.

Greenspan, Morris, The Protection of Human Rights in Time of Warfare, in: Israel Yearbook on Human Rights 1 (1971), S. 228-245.

- Greenwood, Christopher*, Anwendungsbereich des humanitären Völkerrechts, in: Dieter Fleck (Hg.), Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten, 1994, S. 34-55.
- Greenwood, Christopher*, Jus ad bellum and jus in bello in the Nuclear Weapons Advisory Opinion, in: Laurence Boisson de Chazournes/Philippe Sands (Hg.), International Law, the International Court of Justice and Nuclear Weapons, 1999, S. 247-266.
- Greppi, Edoardo*, Diritto internazionale umanitario dei conflitti armati e diritti umani: profili di una convergenza, in: La Comunità Internazionale 51 (1996), S. 473-498.
- Griffin, Mary*, Ending the Impunity of Perpetrators of Human Rights Atrocities: A Major Challenge for International Law in the 21st Century, in: Revue internationale de la Croix-Rouge/International Review of the Red Cross 82 No. 838 (2000), S. 369-389.
- Gros Espiell, Héctor*, Derechos humanos, derecho internacional humanitario y derecho internacional de los refugiados, in: Christophe Swinarski (Hg.), Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge/Studies and Essays on International Humanitarian Law and Red Cross Principles: en l'honneur de/in Honour of Jean Pictet, 1984, S. 699-711.
- Gros Espiell, Héctor*, Human Rights and International Humanitarian Law, in: Bulletin of Human Rights 91/1 (1992), S. 13-24.
- Gross, Oren/Ní Aoláin, Fionnuala*, Emergency, War and International Law: Another Perspective, in: Nordic Journal of International Law 70 (2001), S. 29-63.
- Hadden, Tom/Harvey, Colin*, The Law of Internal Crisis and Conflict: An Outline Prospectus for the Merger of International Human Rights Law, the Law of Armed Conflict, Refugee Law, and the Law on Humanitarian Intervention, in: Revue internationale de la Croix-Rouge/International Review of the Red Cross 81 No. 833 (1999), S. 119-133.
- Hampson, Françoise J.*, Human Rights and Humanitarian Law in Internal Conflicts, in: Michael A. Meyer (Hg.), Armed Conflict and the New Law: Aspects of the 1977 Geneva Protocols and the 1981 Weapons Convention, 1989, S. 55-80.
- Hampson, Françoise J.*, Using International Human Rights Machinery to Enforce the International Law of Armed Conflicts, in: Revue de droit militaire et de droit de la guerre/Military Law and Law of War Review 31 (1992), S. 117-147.
- Hampson, Françoise J.*, Human Rights Law and Humanitarian Law: Two Coins or Two Sides of the Same Coin?, in: Bulletin of Human Rights 91/1 (1992), S. 46-54.
- Hampson, Françoise J./Salama, Ibrahim*, Working Paper on the Relationship Between Human Rights Law and International Humanitarian Law, UN Doc. E/CN.4/Sub.2/2005/14 (2005).

- Hannikainen, Lauri*, Peremptory Norms (jus cogens) in International Law: Historical Development, Criteria, Present Status, 1988.
- Hannum, Hurst*, Human Rights in Conflict Resolution: The Role of the Office of the High Commissioner for Human Rights in UN Peacemaking and Peacebuilding, in: *Human Rights Quarterly* 28 (2006), S. 1-85.
- Happold, Matthew*, The Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child on the Involvement of Children in Armed Conflict, in: *Yearbook of International Humanitarian Law* 3 (2000), S. 226-244.
- Harris, David J.*, Regional Protection of Human Rights: The Inter-American Achievement, in: David J. Harris/Stephen Livingstone (Hg.), *The Inter-American System of Human Rights*, 1998, S. 1-29.
- Hartman, Joan F.*, Derogation from Human Rights Treaties in Public Emergencies: A Critique of Implementation by the European Commission and Court of Human Rights and the Human Rights Committee of the United Nations, in: *Harvard International Law Journal* 22 (1981), S. 1-52.
- Haug, Hans*, Die Rotkreuz- und die Rothalbmondbewegung und die Menschenrechte, in: Hans Haug (unter Mitwirkung von Hans-Peter Gasser, Françoise Perret und Jean-Pierre Robert-Tissot), *Menschlichkeit für alle: Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes*, 1991, S. 633-648.
- Heitschel von Heinegg, Wolff*, Fusion or Co-existence of International Human Rights Law and International Humanitarian Law: Symposium held in Kiel (Germany) 19-22 September 2002: Introductory Remarks, in: *German Yearbook of International Law/Jahrbuch für Internationales Recht* 45 (2002), S. 55-59.
- Heitschel von Heinegg, Wolff/Kadelbach, Stefan/Heß, Burkhard/Hilf, Meinhard/Benedek, Wolfgang/Roth, Wulf-Henning*, Entschädigung nach bewaffneten Konflikten. Die Konstitutionalisierung der Welthandelsordnung, 2003.
- Heintze, Hans-Joachim*, Einschränkung der Kodifizierung – Effektivierung der Durchsetzung: Herausforderungen an das UN-Menschenrechtssystem nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, in: *Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht der Ruhr-Universität Bochum (Hg.)*, Beiträge zum humanitären Völkerrecht, zur völkerrechtlichen Friedenssicherung und zum völkerrechtlichen Individualschutz: Festgabe des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht für Georg Bock zum 70. Geburtstag, 1993, S. 229-255.
- Heintze, Hans-Joachim*, Notstandsfeste Menschenrechte und bewaffneter Konflikt – Anmerkungen zum Sonderbericht der Föderativen Republik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) an den Menschenrechtsausschuß –, in: *Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften* 1993, S. 134-139.
- Heintze, Hans-Joachim*, Europäischer Menschenrechtsgerichtshof und Durchsetzung der Menschenrechtsstandards des humanitären Völkerrechts, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 2000, S. 506-511.
- Heintze, Hans-Joachim*, The European Court of Human Rights and the Implementation of Human Rights Standards During Armed Conflicts, in: *German Yearbook of International Law/Jahrbuch für Internationales Recht* 45 (2002), S. 60-77.

- Heintze, Hans-Joachim*, Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs als Politikersatz, in: Jana Hasse/Erwin Müller/Patricia Schneider (Hg.), Menschenrechte: Bilanz und Perspektiven, 2002, S. 442-457.
- Heintze, Hans-Joachim*, Zum Verhältnis von Menschenrechtsschutz und humanitärem Völkerrecht, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2003, S. 172-181.
- Heintze, Hans-Joachim*, On the Relationship Between Human Rights Law Protection and International Humanitarian Law, in: Revue internationale de la Croix-Rouge/International Review of the Red Cross 86 No. 856 (2004), S. 789-814.
- Heintze, Hans-Joachim*, Konsequenzen der Konvergenz von Menschenrechtsschutz und humanitärem Völkerrecht, in: Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Rapp (Hg.), Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection: Festschrift für Dieter Fleck, 2004, S. 243-265.
- Heintze, Hans-Joachim*, Las Palmeras v. Bamaca-Velasquez und Bankovic v. Loizidou? Widersprüchliche Entscheidungen zum Menschenrechtsschutz in bewaffneten Konflikten, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2005, S. 177-182.
- Henckaerts, Jean-Marie/Doswald-Beck, Louise*, Customary International Humanitarian Law, Volume I: Rules, 2005.
- Henckaerts, Jean-Marie/Doswald-Beck, Louise* (Hg.), Customary International Humanitarian Law, Volume II: Practice, Part 1/2, 2005.
- Herdegen, Matthias*, Völkerrecht, 4. Aufl. 2005.
- Herrmann, Philipp*, Aktueller Fall: Recht auf Leben nicht einklagbar? Das Varvarin-Urteil des Landgerichts Bonn vom 10. Dezember 2003, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2003, S. 79-86.
- Higgins, Rosalyn*, Derogations under Human Rights Treaties, in: British Year Book of International Law 48 (1976-1977), S. 281-320.
- Hofmann, Rainer*, Grundrechte und grenzüberschreitende Sachverhalte/Human Rights and Situations of Transboundary Nature (English Summary), 1994.
- Husheer, André*, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Türkei für Menschenrechtsverletzungen in Nordzypern: nach den Entscheidungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Loizidou ./ Turkey, in: Zeitschrift für europarechtliche Studien 1 (1998), S. 389-422.
- Imseis, Ardi*, Critical Reflections on the International Humanitarian Law Aspects of the ICJ Wall Advisory Opinion, in: American Journal of International Law 99 (2005), S. 102-118.
- International Commission of Jurists*, States of Emergency: Their Impact on Human Rights, 1983.
- Ipsen, Knut*, International Law Preventing Armed Conflicts and International Law of Armed Conflict – A Combined Functional Approach, in: Christophe Swinarski (Hg.), Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge/Studies and Essays on International Hu-

- manitarian Law and Red Cross Principles: en l'honneur de/in Honour of Jean Pictet, 1984, S. 349-358.
- Ipsen, Knut* (in Zusammenarbeit mit *Volker Epping/Wolff Heintschel von Heinegg/Horst Fischer/Christian Gloria/Hans-Joachim Heintze*), *Völkerrecht*, 5. Aufl. 2004.
- Irmscher, Tobias H.*, Menschenrechtsverletzungen und bewaffneter Konflikt: Die ersten Tschetschenien-Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in: *Europäische Grundrechte-Zeitschrift* 2006, S. 11-19.
- Isensee, Josef*, Grundrechtsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen an die Grundrechtsausübung, in: *Josef Isensee/Paul Kirchhof* (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. V: *Allgemeine Grundrechtslehren*, 2. Aufl. 2000, § 115 (S. 353-484).
- Jakovljević, Boško*, Human Rights Accorded by International Humanitarian Law, in: *Bulletin of Human Rights* 91/1 (1992), S. 25-32.
- Jakovljević, Boško*, International Humanitarian Law and Human Rights Law, in: *Jugoslovenska revija za međunarodno pravo* 44 (1997), S. 260-271.
- Jasica, Roman*, Internationales humanitäres Recht und Menschenrechte, in: *Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften* 1994, S. 4-7.
- Jasudowicz, Tadeusz* (Hg.), *Prawa człowieka w konfliktach zbrojnych* [Menschenrechte in bewaffneten Konflikten] – rekonstrukcja międzynarodowego prawa humanitarnego, 1997.
- Junod, Sylvie*, Les droits de l'homme et le Protocole II, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge* N° 743 (1983), S. 254-262.
- Kadelbach, Stefan*, *Zwingendes Völkerrecht*, 1992.
- Kälin, Walter*, Die Interdependenz von Menschenrechtsschutz und humanitärem Völkerrecht: Lehren aus der Kuwait-Krise, in: *Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht/Revue suisse de droit international et de droit européen* 3 (1993), S. 233-249.
- Kälin, Walter*, The Struggle against Torture, in: *International Review of the Red Cross* No. 324 (1998), S. 433-444.
- Kälin, Walter/Gabriel, Larisa*, Human Rights in Times of Occupation: An Introduction, in: *Walter Kälin* (Hg.), *Human Rights in Times of Occupation: The Case of Kuwait*, 1994, S. 1-67.
- Kälin, Walter/Künzli, Jörn*, *Universeller Menschenrechtsschutz*, 2005.
- Kalshoven, Frits*, The Undertaking to Respect and Ensure Respect in all Circumstances: From Tiny Seed to Ripening Fruit, in: *Yearbook of International Humanitarian Law* 2 (1999), S. 3-61.
- Kalshoven, Frits/Zegveld, Liesbeth*, *Constraints on the Waging of War: An Introduction to International Humanitarian Law*, 3. Aufl. 2001.
- Kandić, Nataša* (Hg.), *Spotlight on: Human Rights Violations in Times of Armed Conflict*, 1995.
- Karl, Wolfram*, Menschenrechte im Staatsnotstand, in: *Johann J. Hagen/Peter Mader* (Hg.), *Gewalt und Recht: Ringvorlesung zum 30jährigen Bestehen*

- der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg, 1997, S. 95-122.
- Karl, Wolfram*, Das Humanitäre Völkerrecht auf dem Weg vom Zwischenstaats- zum Weltrecht, in: Wolfgang Benedek/Hubert Isak/Renate Kicker (Hg.), Development and Developing International and European Law: Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of his 65th Birthday, 1999, S. 577-593.
- Karl, Wolfram*, Menschenrechtliches ius cogens – Eine Analyse von „Barcelona Traction“ und nachfolgender Entscheidungen, in: Eckart Klein (Hg.), Menschenrechtsschutz durch Gewohnheitsrecht: Kolloquium, 26.-28. September 2002, Potsdam, 2003, S. 102-140.
- Kelly, Michael J.*, Restoring and Maintaining Order in Complex Peace Operations: The Search for a Legal Framework, 1999.
- Kimminich, Otto*, Humanitäres Völkerrecht – humanitäre Aktion, 1972.
- Kimminich, Otto*, Schutz der Menschen in bewaffneten Konflikten: Zur Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts, 1979.
- Kiss, Alexandre Charles*, Permissible Limitations on Rights, in: Louis Henkin (Hg.), The International Bill of Rights: The Covenant on Civil and Political Rights, 1981, S. 290-310.
- Kiss, Alexandre Charles*, Permissible Limitations and Derogations to Human Rights Conventions, in: Institut International des Droits de l'Homme/International Institute of Human Rights (Hg.), Recueil des cours : Textes et sommaires/Collection of Lectures: Texts and Summaries, Quatorzième session d'enseignement/Fourteenth Study Session, Strasbourg, 4-29 juillet/July 1983, S. AK 1-AK 26.
- Kitz, Heinz-Eberhard*, Die Notstandsklausel des Art. 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention, 1982.
- Kleffner, Jann K./Zegveld, Liesbeth*, Establishing an Individual Complaints Procedure for Violations of International Humanitarian Law, in: Yearbook of International Humanitarian Law 3 (2000), S. 384-401.
- Klein, Claude*, Protection des droits de l'homme et circonstances exceptionnelles, in: Collected Courses of the Academy of European Law III-2 (1992), S. 91-142.
- Klein, Eckart* (Hg.), Menschenrechtsschutz durch Gewohnheitsrecht: Kolloquium, 26.-28. September 2002, Potsdam, 2003.
- Klein, Eckart*, Einige Betrachtungen zu General Comment No. 29 (2001) des Menschenrechtsausschusses, in: MenschenRechtsMagazin 2003, S. 126-131.
- Klein, Eckart*, Der Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten, in: MenschenRechtsMagazin 2004, S. 5-17.
- Klein, Eckart*, Menschenrechte und ius cogens, in: Jürgen Bröhmer/Roland Bieber/Christian Calliess/Christine Langenfeld/Stefan Weber/Joachim Wolf (Hg.), Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte: Festschrift für Georg Ress zum 70. Geburtstag am 21. Januar 2005, 2005, S. 151-163.

- Knitel, Hans G.*, Le rôle de la Croix-Rouge dans la protection internationale des droits de l'homme, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht 19 (1969), S. 1-36.
- Kohler, Josef*, Grundlagen des Völkerrechts: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, 1918.
- Kolb, Robert*, The Relationship Between International Humanitarian Law and Human Rights Law: A Brief History of the 1948 Universal Declaration of Human Rights and the 1949 Geneva Conventions, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 409-419.
- Kontos, Alexis P.*, "Private" Security Guards: Privatized Force and State Responsibility under International Human Rights Law, in: Non-State Actors and International Law 4 (2004), S. 199-238.
- Kooijmans, Peter H.*, In the Shadowland between Civil War and Civil Strife: Some Reflections on the Standard-Setting Process, in: Astrid J. M. Delissen/Gerard J. Tanja (Hg.), Humanitarian Law of Armed Conflict: Challenges Ahead: Essays in Honour of Frits Kalshoven, 1991, S. 225-247.
- Kretzmer, David*, The Occupation of Justice: The Supreme Court of Israel and the Occupied Territories, 2002.
- Kretzmer, David*, The Advisory Opinion: The Light Treatment of International Humanitarian Law, in: American Journal of International Law 99 (2005), S. 88-102.
- Kretzmer, David*, Targeted Killing of Suspected Terrorists: Extra-Judicial Executions or Legitimate Means of Defence?, in: European Journal of International Law 16 (2005), S. 171-212.
- Krieger, Heike*, Die Verantwortlichkeit Deutschlands nach der EMRK für seine Streitkräfte im Auslandseinsatz, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 62 (2002), S. 669-702.
- Künzli, Jörg*, Zwischen Rigidität und Flexibilität: Der Verpflichtungsgrad internationaler Menschenrechte: ein Beitrag zum Zusammenspiel von Menschenrechten, humanitärem Völkerrecht und dem Recht der Staatenverantwortlichkeit, 2001.
- Kwakwa, Edward*, The International Law of Armed Conflict: Personal and Material Fields of Application, 1992.
- Laursen, Andreas*, NATO, the War over Kosovo, and the ICTY Investigation, in: American University International Law Review 17 (2002), S. 765-814.
- Lawson, Rick*, Life After Bankovic: On the Extraterritorial Application of the European Convention on Human Rights, in: Fons Coomans/Menno T. Kamminga (Hg.), Extraterritorial Application of Human Rights Treaties, 2004, S. 83-123.
- Leary, Virginia A./Wickremasinghe, Suriya*, An Introductory Guide to Human Rights Law and Humanitarian Law, 2. Aufl. 1995.
- Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine*, Die Durchsetzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten: Ost-Timor und andere aktuelle Fälle, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2000, S. 86-89.

- Lorenz, Dirk*, Der territoriale Anwendungsbereich der Grund- und Menschenrechte: Zugleich ein Beitrag zum Individualschutz in bewaffneten Konflikten, 2005.
- Lossier, Jean-G.*, La Croix-Rouge et la Déclaration universelle des droits de l'homme, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge* N° 364 (1949), S. 259-264.
- Lubell, Noam*, The ICJ Advisory Opinion and the Separation Barrier: A Troublesome Route, in: *Israel Yearbook on Human Rights* 35 (2005), S. 283-313.
- MacBride, Sean*, Human Rights in Armed Conflict: The Inter-Relationship Between the Humanitarian Laws and the Law of Human Rights, in: *Revue de droit pénal militaire et de droit de la guerre/Military Law and Law of War Review* 9 (1970), S. 373-391.
- Macdonald, R. St. J.*, Protecting Human Rights in Emergency Situations: Making Article 15 Work, in: Paul Mahoney/Franz Matscher/Herbert Petzold/Luzius Wildhaber (Hg.), *Protection des droit de l'homme: la perspective européenne/Protecting Human Rights in Europe: The European Perspective: Mélanges à la mémoire de/Studies in Memory of Rolv Ryssdal*, 2000, S. 817-835.
- Madrid-Malo Garizábal, Mario*, Aplicacion actual de los instrumentos internacionales sobre derechos humanos y derecho humanitario, in: Carlos A. González Marín (Hg.), *Espacios internacionales para la justicia colombiana*, 1993, S. 29-34.
- Magazzeni, Gianni*, Interface Between Humanitarian Issues and Human Rights, in: *Human Rights/Droits de l'homme* 3/1998, S. 4-7.
- Malmström, Susanne*, Nordic Seminar on Implementation of Humanitarian Law – Lund 11-12 September 1995, Raoul Wallenberg Institute, 1995.
- Mangan, Brendan*, Protecting Human Rights in National Emergencies: Shortcomings of the European System and a Proposal for Reform, in: *Human Rights Quarterly* 10 (1988), S 372-394.
- Mani, V. S.*, The International Court and the Humanitarian Law of Armed Conflict, in: *Indian Journal of International Law* 39 (1999), S. 32-46.
- Mann, Frederick Alexander*, The Doctrine of Jurisdiction in International Law, in: *Recueil des Cours de l'Académie de Droit international de La Haye* 111 (1964-I), S. 1-162.
- Mantouvalou, Virginia*, Extending Judicial Control in International Law: Human Rights Treaties and Extraterritoriality, in: *International Journal of Human Rights* 9 (2005), S. 147-163.
- Marshall, Jill*, Torture Committed by Non-State Actors: The Developing Jurisprudence from the Ad Hoc Tribunals, in: *Non-State Actors and International Law* 5 (2005), S. 171-182.
- Martin, Fanny*, Application du droit international humanitaire par la Cour inter-américaine des droits de l'homme, in: *International Review of the Red Cross/Revue internationale de la Croix-Rouge* 83 No. 844 (2001), S. 1037-1066.

- Martin, Francisco Forrest*, Using International Human Rights Law for Establishing a Unified Use of Force Rule in the Law of Armed Conflict, in: Saskatchewan Law Review 64 (2001), S. 347-396.
- Martin, Francisco Forrest*, The Unified Use of Force Rule Revisited: The Penetration of the Law of Armed Conflict by International Human Rights Law, in: Saskatchewan Law Review 65 (2002), S. 405-410.
- Martin, Francisco Forrest*, The Unified Use of Force Rule: Amplifications in Light of the Comments of Professors Green and Paust, in: Saskatchewan Law Review 65 (2002), S. 451-468.
- Maslato, Matthias*, Notstandsklauseln im regionalen Menschenrechtsschutz: Eine vergleichende Untersuchung der Art. 15 EMRK und Art. 27 AMRK, 2002.
- Matheson, Michael J.*, The Opinions of the International Court of Justice on the Threat or Use of Nuclear Weapons, in: American Journal of International Law 91 (1997), S. 417-435.
- Mavi, Viktor*, Limitations of and Derogations from Human Rights in International Human Rights Instruments, in: Acta Juridica Hungarica/Hungarian Journal of Legal Studies 38 (1997), S. 107-114.
- McBride, Sean*, The Inter-Relationship Between the Humanitarian Laws and the Law of Human Rights, in: I Diritti dell'Uomo come base del Diritto Internazionale Umanitario/Les Droits de l'Homme, base du Droit International Humanitaire/Human Rights as the Basis of International Humanitarian Law. Atti del Convegno Internazionale di Diritto Umanitario/Actes du Congrès International de Droit Humanitaire/Proceedings of the International Conference on Humanitarian Law: Sanremo – 24/27.IX.1970, S. 83-93.
- McGoldrick, Dominic*, The Human Rights Committee: Its Role in the Development of the International Covenant on Civil and Political Rights, 1994.
- McGoldrick, Dominic*, Extraterritorial Application of the International Covenant on Civil and Political Rights, in: Fons Coomans/Menno T. Kamminga (Hg.), Extraterritorial Application of Human Rights Treaties, 2004, S. 41-72.
- Melander, Göran*, International Humanitarian Law and Human Rights, in: Scandinavian Studies in Law 29 (1985), S. 137-148.
- Meron, Theodor*, Applicability of Multilateral Conventions to Occupied Territories, in: American Journal of International Law 72 (1978), S. 542-557.
- Meron, Theodor*, On the Inadequate Reach of Humanitarian and Human Rights Law and the Need for a New Instrument, in: American Journal of International Law 77 (1983), S. 589-606.
- Meron, Theodor*, Human Rights in Time of Peace and in Time of Armed Strife: Selected Problems, in: Thomas Buergenthal (Hg.), Contemporary Issues in International Law: Essays in the Honor of Louis B. Sohn, 1984, S. 1-21.
- Meron, Theodor*, Towards a Humanitarian Declaration on Internal Strife, in: American Journal of International Law 78 (1984), S. 859-868.
- Meron, Theodor*, Human Rights in Internal Strife: Their International Protection, 1987.

- Merón, Theodor*, Human Rights and Humanitarian Norms as Customary Law, 1989.
- Merón, Theodor*, Internal Strife: Applicable Norms and a Proposed Instrument, in: Astrid J. M. Delissen/Gerard J. Tanja (Hg.), Humanitarian Law of Armed Conflict Challenges Ahead: Essays in Honour of Frits Kalshoven, 1991, S. 249-266.
- Merón, Theodor*, The Protection of the Human Person Under Human Rights Law and Humanitarian Law, in: Bulletin of Human Rights 91/1 (1992), S. 33-45.
- Merón, Theodor*, Extraterritoriality of Human Rights Treaties, in: American Journal of International Law 89 (1995), S. 78-82.
- Merón, Theodor*, The Continuing Role of Custom in the Formation of International Humanitarian Law, in: American Journal of International Law 90 (1996), S. 238-249.
- Merón, Theodor*, Convergence of International Humanitarian Law and Human Rights Law, in: Daniel Warner (Hg.), Human Rights and Humanitarian Law: The Quest for Universality, 1997, S. 97-105.
- Merón, Theodor*, Evolving Norms of Human Rights and Humanitarian Law, in: Wybo P. Heere (Hg.), Contemporary International Law Issues: New Forms, New Applications, 1998, S. 114-136.
- Merón, Theodor*, Contemporary Conflicts and Minimum Humanitarian Standards, in: Karel Wellens (Hg.), International Law: Theory and Practice, Essays in Honour of Eric Suy, 1998, S. 623-628.
- Merón, Theodor*, Humanization of Humanitarian Law, in: American Journal of International Law 94 (2000), S. 239-278.
- Merón, Theodor*, How do Human Rights Humanize the Law of War?, in: Morten Bergsmo (Hg.), Human Rights and Criminal Justice for the Downtrodden: Essays in Honour of Asbjørn Eide, 2003, S. 157-178.
- Meurant, Jacques*, Droit humanitaire et droits de l'homme: spécificités et convergences, in: Revue internationale de la Croix-Rouge N° 800 (1993), S. 93-98.
- Meyer-Ladewig, Jens*, Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten: Handkommentar, 2003.
- Meyrowitz, Henri*, Le droit de la guerre et les droits de l'homme, in: Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger 88 (1972), S. 1059-1105.
- Migliazza, Alessandro*, L'évolution de la réglementation de la guerre à la lumière de la sauvegarde des droits de l'homme, in: Recueil des Cours de l'Académie de Droit international de La Haye 137 (1972-III), S. 141-241.
- Mole, Nuala*, Issa v Turkey: Delineating the Extraterritorial Effect of the European Convention on Human Rights?, in: European Human Rights Law Review 2005, S. 86-91.
- Momtaz, Djamchid*, The Minimum Humanitarian Rules Applicable in Periods of Internal Tension and Strife, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 455-462.

- Moir, Lindsay*, The Historical Development of the Application of Humanitarian Law in Non-International Armed Conflicts to 1949, in: *International and Comparative Law Quarterly* 47 (1998), S. 337-361.
- Moir, Lindsay*, *The Law of Internal Armed Conflict*, 2002.
- Müllerson, Rein*, Humanitarian Law, Human Rights and Non-international Armed Conflicts, in: Kalliopi Koufa (Hg.), *International Law at the Turn of the Century*, 1998, S. 99-156.
- Müllerson, Rein*, Human Rights and Humanitarian Law: To Bomb or Not to Bomb?, in: Gudmundur Alfredsson/Jonas Grimheden/Bertram G. Ramcharan/Alfred de Zayas (Hg.), *International Human Rights Monitoring Mechanisms: Essays in Honour of Jakob Th. Möller*, 2001, S. 357-369.
- Mundis, Daryl A.*, New Mechanisms for the Enforcement of International Humanitarian Law, in: *American Journal of International Law* 95 (2001), S. 934-952.
- Murray, Rachel/Evans, Malcolm* (Hg.), *Documents of the African Commission on Human and Peoples' Rights*, 2001.
- Mushkat, Mario'n*, The Development of International Humanitarian Law and the Law of Human Rights, in: *German Yearbook of International Law/Jahrbuch für Internationales Recht* 21 (1978), S. 150-168.
- Nobel, Peter*, The Role of the International Red Cross and Red Crescent Movement in Promoting Respect for Human Rights, in: *International Review of the Red Cross* No. 293 (1993), S. 139-149.
- Nolte, Georg*, Practice of the UN Security Council with Respect to Humanitarian Law, in: Klaus Dicke/Stephan Hobe/Karl-Ulrich Meyn/Anne Peters/Eibe Riedel/Hans-Joachim Schütz/Christian Tietje (Hg.), *Weltinnenrecht: Liber amicorum Jost Delbrück*, 2005, S. 487-501.
- Nowak, Manfred*, *U.N. Covenant on Civil and Political Rights: CCPR Commentary*, 2. Aufl. 2005.
- O'Boyle, Michael*, Torture and Emergency Powers under the European Convention on Human Rights: Ireland v. the United Kingdom, in: *American Journal of International Law* 71 (1977), S. 674-706.
- Obradović, Konstantin*, Les droits de l'homme sont-ils actuellement le fondement du droit des conflits armés?, in: *Jugoslovenska revija za međunarodno pravo* 35 (1988), S. 41-51.
- Oddone, Carlos Nahuel/Granato, Leonardo*, Las vinculaciones del derecho internacional humanitario con los derechos humanos y el derecho de los refugiados, in: *Revista IMES Direito* V N° 10 (2005), S. 53-64.
- O'Donnell, Daniel*, Trends in the Application of International Humanitarian Law by United Nations Human Rights Mechanisms, in: *International Review of the Red Cross* No. 324 (1998), S. 481-503.
- Ogata, Sadako*, Human Rights, Humanitarian Law and Refugee Protection, in: Daniel Warner (Hg.), *Human Rights and Humanitarian Law: The Quest for Universality*, 1997, S. 135-141.
- O'Neill, William G.*, *A Humanitarian Practitioner's Guide to International Human Rights Law*, 1999.

- Oraá, Jaime*, Human Rights in States of Emergency in International Law, 1992.
- Oraá, Jaime*, The Protection of Human Rights in Emergency Situations under Customary International Law, in: Guy S. Goodwin-Gill/Stefan Talmon (Hg.), The Reality of International Law: Essays in Honour of Ian Brownlie, 1999, S. 413-437.
- Orakhelashvili, Alexander*, Restrictive Interpretation of Human Rights Treaties in the Recent Jurisprudence of the European Court of Human Rights, in: European Journal of International Law 14 (2003), S. 529-568.
- Oxman, Bernard H.*, Jurisdiction of States, in: Rudolf Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law III (1997), S. 55-60.
- Partsch, Karl Josef*, Experiences Regarding the War and Emergency Clause (Article 15) of the European Convention on Human Rights, in: Israel Yearbook on Human Rights 1 (1971), S. 327-334.
- Partsch, Karl Josef*, Menschenrechte und überliefertes Kriegsrecht, in: Neue Zeitschrift für Wehrrecht 16 (1974), S. 1-20.
- Partsch, Karl Josef*, La protection internationale des droits de l'homme et les Conventions de Genève de la Croix-Rouge, in: Revue internationale de droit comparé 26 (1974), S. 73-85.
- Partsch, Karl Josef*, Human Rights and Humanitarian Law, in: Rudolf Bernhardt (Hg.), Encyclopedia of Public International Law II (1995), S. 910-912.
- Partsch, Karl Josef*, Menschenrechte und Rotkreuz-Grundsätze – Justitiartagung 1973, in: Wolfgang Voit (Hg.), Völkerrechtliche Beiträge der Tagungen der Justitiare und Konventionsbeauftragten des Deutschen Roten Kreuzes 1957–1989, 1995, S. 199-217.
- Patrnogic, Jovan*, Evolution of International Humanitarian Law After the End of the Cold War: Some Reflections, in: Héctor Gros Espiell amicorum liber: Persona humana y derecho internacional/Personne humaine et droit international/Human Person and International Law 2 (1997), S. 1027-1040.
- Patrnogic, Jovan*, Human Rights, Humanitarian Law and Refugee Law (Interdependence and Harmonization), in: Fernando Ainsa (Hg.), Les droits de l'homme à l'aube du XXIe siècle/Los derechos humanos ante el siglo XXI/Human Rights at the Dawn of the Twenty-First Century: Karel Vasak amicorum liber, 1999, S. 1105-1113.
- Patrnogic, Jovica*, Les droits de l'homme et les conflits armés, in: I Diritti dell'Uomo come base del Diritto Internazionale Umanitario/Les Droits de l'Homme, base du Droit International Humanitaire/Human Rights as the Basis of International Humanitarian Law. Atti del Convegno Internazionale di Diritto Umanitario/Actes du Congrès International de Droit Humanitaire/Proceedings of the International Conference on Humanitarian Law: Sanremo – 24/27.IX.1970, S. 156-171.
- Patrnogic, Jovica*, Human Rights and International Humanitarian Law, in: Bulletin of Human Rights 91/1 (1992), S. 1-12.
- Petrasek, David*, Moving Forward on the Development of Minimum Humanitarian Standards, in: American Journal of International Law 92 (1998), S. 557-563.

- Pictet, Jean S.* (Hg.), The Geneva Conventions of 12 August 1949: Commentary I Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field, 1952; II Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of Wounded, Sick and Shipwrecked Members of Armed Forces at Sea, 1960; III Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War, 1960; IV Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, 1958.
- Pictet, Jean*, Les principes du droit international humanitaire, 1966.
- Pictet, Jean*, Die Grundsätze des humanitären Völkerrechts, 1967.
- Pictet, Jean*, Le droit humanitaire et la protection des victimes de la guerre, 1973.
- Pictet, Jean*, Humanitarian Law and the Protection of War Victims, 1975.
- Pictet, Jean*, Development and Principles of International Humanitarian Law: Course given in July 1982 at the University of Strasbourg as part of the Courses Organized by the International Institute of Human Rights, 1985.
- Pilloud, Claude*, La Déclaration universelle des droits de l'homme et les Conventions internationales protégeant les victimes de la guerre, in: Revue internationale de la Croix-Rouge N° 364 (1949), S. 252-258.
- Pinheiro Farinha, João de Deus*, L'article 15 de la Convention, in: Franz Matscher/Herbert Petzold (Hg.), Protecting Human Rights: The European Dimension/Protection des droits de l'homme : la dimension européenne. Studies in Honour of/Mélanges en l'honneur de Gérard J. Wiarda, 2. Aufl. 1990, S. 521-529.
- Plattner, Denise*, International Humanitarian Law and Inalienable or Non-Derogable Human Rights, in: Daniel Prémont (Hg.), Droits intangibles et Etats d'exception/Non-Derogable Rights and States of Emergency, 1996, S. 349-363.
- Pocar, Fausto*, Human Rights under the International Covenant on Civil and Political Rights and Armed Conflicts, in: Lal Chand Vohrah/Fausto Pocar/Yvonne Featherstone/Olivier Fourmy/Christine Graham/John Hocking/Nicholas Robson (Hg.), Man's Inhumanity to Man: Essays on International Law in Honour of Antonio Cassese, 2003, S. 729-740.
- Popović, Neil A. F.*, Humanitarian Law, Protection of the Environment, and Human Rights, in: Georgetown International Environmental Law Review 8 (1995), S. 67-89.
- Prémont, Daniel* (Hg.), Droits intangibles et Etats d'exception/Non-Derogable Rights and States of Emergency, 1996.
- Provost, René*, Reciprocity in Human Rights and Humanitarian Law, in: British Yearbook of International Law 65 (1994), S. 383-454.
- Provost, René*, International Human Rights and Humanitarian Law, 2002.
- Przetacznik, Franciszek*, Protection of Human Rights in Time of Armed Conflict, in: Revue de droit pénal militaire et de droit de la guerre/Military Law and Law of War Review 13 (1974), S. 315-365.
- Quaritsch, Helmut*, Der grundrechtliche Status der Ausländer, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik

Deutschland, Bd. V: Allgemeine Grundrechtslehren, 2. Aufl. 2000, § 130 (S. 663-737).

- Quénivet, Noëlle*, The ICJ Advisory Opinion on the Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory: The Relationship Between Human Rights and International Humanitarian Law, BOFAXE No. 283E, 18. August 2004, abrufbar unter: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/ifhv/publications/index.html>.
- Quénivet, Noëlle*, The ICJ Advisory Opinion on the Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory: The Scope of Application of the International Covenant on Civil and Political Rights, BOFAXE No. 284E, 20. August 2004, abrufbar unter: ebd.
- Quentin-Baxter, R.*, Human Rights and Humanitarian Law – Confluence or Conflict?, in: Australian Year Book of International Law 9 (1985), S. 94-105.
- Quigley, John*, The Relation Between Human Rights Law and the Law of Belligerent Occupation: Does an Occupied Population Have a Right to Freedom of Assembly and Expression?, in: Boston College International and Comparative Law Review 12 (1989), S. 1-28.
- Rajower, Felix*, Das Recht des bewaffneten nicht-internationalen Konflikts seit 1949, 1990.
- Ramcharan, Bertrand G.*, The Role of International Bodies in the Implementation and Enforcement of Humanitarian Law and Human Rights Law in Non-International Armed Conflicts, in: American University Law Review 33 (1983), S. 99-115.
- Ramcharan, Bertrand G.* (Hg.), Human Rights Protection in the Field, 2006.
- Randelzhofer, Albrecht*, Entwicklungstendenzen im humanitären Völkerrecht für bewaffnete Konflikte, in: Die Friedenswarte 58 (1975), S. 23-54.
- Randelzhofer, Albrecht/Tomuschat, Christian* (Hg.), State Responsibility and the Individual: Reparation in Instances of Grave Violations of Human Rights, 1999.
- Reidy, Aisling*, The Approach of the European Commission and Court of Human Rights to International Humanitarian Law, in: International Review of the Red Cross No. 324 (1998), S. 513-529.
- Reidy, Aisling/Hampson, Françoise/Boyle, Kevin*, Gross Violations of Human Rights: Invoking the European Convention on Human Rights in the Case of Turkey, in: Netherlands Quarterly of Human Rights 15 (1997), S. 161-173.
- Reimann, Heinrich B.*, Menschenrechtsstandard in bewaffneten Konflikten, in: Christophe Swinarski (Hg.), Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge/Studies and Essays on International Humanitarian Law and Red Cross Principles: en l'honneur de/Honour of Jean Pictet, 1984, S. 771-782.
- Reinisch, August*, Developing Human Rights and Humanitarian Law Accountability of the Security Council for the Imposition of Economic Sanctions, in: American Journal of International Law 95 (2001), S. 851-872.

- Ress, Georg*, State Responsibility for Extraterritorial Human Rights Violations: The Case of Bankovic, in: Zeitschrift für europarechtliche Studien 6 (2003), S. 73-89.
- Roberts, Adam*, Prolonged Military Occupation: The Israeli-Occupied Territories since 1967, in: American Journal of International Law 84 (1990), S. 44-103.
- Roberts, Adam*, Humanitarian War: Military Intervention and Human Rights, in: International Affairs (London) 69 (1993), S. 429-449.
- Roberts, Adam*, Humanitarian War: Military Intervention and Human Rights, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 1993, S. 147-155.
- Robertson, Arthur Henry*, Human Rights as the Basis of International Humanitarian Law, in: I Diritti dell'Uomo come base del Diritto Internazionale Umanitario/Les Droits de l'Homme, base du Droit International Humanitaire/Human Rights as the Basis of International Humanitarian Law. Atti del Convegno Internazionale di Diritto Umanitario/Actes du Congrès International de Droit Humanitaire/Proceedings of the International Conference on Humanitarian Law: Sanremo – 24/27.IX.1970, S. 55-76.
- Robertson, Arthur Henry*, Human Rights in the World: Being an Account of the United Nations Covenants on Human Rights, the European Convention, the American Convention, the Permanent Arab Commission, the Proposed African Commission and Recent Developments Affecting Humanitarian Law, 1972.
- Robertson, Arthur Henry*, Humanitarian Law and Human Rights, in: Christophe Swinarski (Hg.), Etudes et essais sur le droit international humanitaire et sur les principes de la Croix-Rouge/Studies and Essays on International Humanitarian Law and Red Cross Principles: en l'honneur de/in Honour of Jean Pictet, 1984, S. 793-802.
- Robertson, Arthur Henry/Merrills, John Graham*, Human Rights in the World: An Introduction to the Study of the International Protection of Human Rights, 4. Aufl. 1996.
- Rodley, Nigel S.*, Can Armed Opposition Groups Violate Human Rights?, in: Kathleen E. Mahoney/Paul Mahoney (Hg.), Human Rights in the Twenty-First Century: A Global Challenge, 1993, S. 297-318.
- Rosemann, Nils*, The Privatization of Human Rights Violations – Business' Impunity or Corporate Responsibility? The Case of Human Rights Abuses and Torture in Iraq, in: Non-State Actors and International Law 5 (2005), S. 77-100.
- Rowe, Peter*, Control over Armed Forces Exercised by the European Court of Human Rights, 2002 (Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, Working Paper Series No. 56), abrufbar unter: http://www.dcaf.ch/publications/Working_Papers/56.pdf.
- Rowe, Peter*, The Impact of Human Rights Law on Armed Forces, 2006.
- Rüfner, Wolfgang*, Grundrechtsträger, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof (Hg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V: Allgemeine Grundrechtslehren, 2. Aufl. 2000, § 116 (S. 485-524).

- Ruiz Ruiz, Florentino*, Sucesión de estados y salvaguardia de la dignidad humana: la sucesión de estados en los tratados generales sobre protección de los derechos humanos y derecho humanitario, 2001.
- Ruiz Ruiz, Florentino*, The Succession of States in Universal Treaties on the Protection of Human Rights and Humanitarian Law, in: *International Journal of Human Rights* 7 No. 2 (2003), S. 42-96.
- Rwelamira, Medard R.*, Human Rights and International Humanitarian Law: The Links or Common Ground Revisited, in: *Stellenbosch Law Review/Stellenbosse Regstydskrif* 3 (1992), S. 329-348.
- Sachar, Rajinder*, International Humanitarian Law with Particular Reference To International Criminal Court, in: *ISIL (Indian Society of International Law) Year Book of International Humanitarian and Refugee Law* 1 (2001), S. 1-11.
- Sahovic, Milan (Rapporteur)/et al.*, The Application of International Humanitarian Law and Fundamental Human Rights in Armed Conflicts in Which Non-State Entities are Parties/L'application du droit international humanitaire et des droits fondamentaux de l'homme dans les conflits armés auxquels prennent part des entités non étatiques, in: *Annuaire de Institut de Droit international* 68-II (1999), S. 271-368.
- Salinas Burgos, Hernan*, The Application of International Humanitarian Law as Compared to Human Rights Law in Situations Qualified as Internal Armed Conflict, Internal Disturbances and Tensions, or Public Emergency, with Special Reference to War Crimes and Political Crimes, in: *Frits Kalshoven/Yves Sandoz (Hg.), Implementation of International Humanitarian Law/Mise en œuvre du droit international humanitaire*, 1989, S. 1-30.
- Sandoz, Yves/Swinarski, Christophe/Zimmernann, Bruno (Hg.)*, Commentary on the Additional Protocols of 8 June 1977 to the Geneva Conventions of 12 August 1949, 1987.
- Sassòli, Marco*, Mise en œuvre du droit international humanitaire et du droit international des droits de l'homme, in: *Annuaire suisse de droit international/Schweizerisches Jahrbuch für internationale Recht* 43 (1987), S. 24-61.
- Sassòli, Marco*, State Responsibility for Violations of International Humanitarian Law, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge/International Review of the Red Cross* 84 No. 846 (2003), S. 401-434.
- Sassòli, Marco/Bouvier, Antoine A.*, How does Law Protect in War? Cases, Documents and Teaching Materials on Contemporary Practice in International Humanitarian Law, 1999.
- Schäfer, Bernhard*, Der Fall Banković oder Wie eine Lücke geschaffen wird, in: *MenschenRechtsMagazin* 2002, S. 149-163.
- Schäfer, Bernhard*, „Guantánamo Bay“: Status der Gefangenen und habeas corpus, 2003.
- Schäfer, Bernhard*, Sicherheit und Menschenrechte: Menschenrechtsfreies Guantánamo Bay?, in: *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2004/2005, S. 79-106.

- Scheinin, Martin*, Extraterritorial Effect of the International Covenant on Civil and Political Rights, in: Fons Coomans/Menno T. Kamminga (Hg.), Extraterritorial Application of Human Rights Treaties, 2004, S. 73-81.
- Schindler, Dietrich*, Le Comité international de la Croix-Rouge et les droits de l'homme, in: Revue internationale de la Croix-Rouge N° 715 (1979), S. 3-15.
- Schindler, Dietrich*, Kriege und Menschenrechte, in: Ulrich Häfelin/Walter Haller/Dietrich Schindler (Hg.), Menschenrechte – Föderalismus – Demokratie: Festschrift zum 70. Geburtstag von Werner Kägi, 1979, S. 327-349.
- Schindler, Dietrich/Toman, Jiri* (Hg.), The Laws of Armed Conflicts: A Collection of Conventions, Resolutions and Other Documents, 4. Aufl. 2004.
- Schircks, Rhea*, Zum hundertjährigen Geburtstag der Martens'schen Klausel – eine Bestandsaufnahme, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 1999, S. 167-169.
- Schmahl, Stefanie*, Der Menschenrechtsschutz in Friedenszeiten im Vergleich zum Menschenrechtsschutz im Krieg, in: Jana Hasse/Erwin Müller/Patricia Schneider (Hg.), Humanitäres Völkerrecht: Politische, rechtliche und strafgerichtliche Dimensionen, 2001, S. 41-77.
- Schmahl, Stefanie*, Derogation von Menschenrechtsverpflichtungen in Notstandslagen, in: Dieter Fleck (Hg.), Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte, 2004, S. 125-146.
- Schmalenbach, Kirsten*, Die Haftung internationaler Organisationen im Rahmen von Militäreinsätzen und Territorialverwaltungen, 2004.
- Schmidt-Radefeldt, Roman*, Die Menschenrechtsverpflichtungen von Streitkräften bei antiterroristischen Maßnahmen im Ausland, in: Dieter Fleck (Hg.), Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte, 2004, S. 101-123.
- Schmidt-Radefeldt, Roman*, Enduring Freedom – Antiterrorkrieg für immer? – Ein Beitrag zum ius post bellum in Afghanistan, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften 2005, S. 245-253.
- Schwarzenberger, Georg*, Human Rights and Guerrilla Warfare, in: Israel Yearbook on Human Rights 1 (1971), S. 246-257.
- Scobbie, Iain*, Smoke, Mirrors and Killer Whales: the International Court's Opinion on the Israeli Barrier Wall, in: German Law Journal 5 (2004), S. 1107-1131.
- Sepúlveda, César*, Las correlaciones entre el derecho internacional humanitario y el de los derechos humanos en el Continente Americano. El papel de los organismos regionales, in: Boletín mexicano de derecho comparado XVII N° 51 (1984), S. 905-913.
- Sepúlveda, César*, Vinculaciones entre el derecho internacional humanitario, los derechos humanos y la protección internacional a los refugiados, in: Boletín mexicano de derecho comparado XIX N° 59 (1987), S. 585-597.
- Shany, Yuval*, Capacities and Inadequacies: A Look at the Two Separation Barrier Cases, in: Israel Law Review 38 (2005), S. 230-246.
- Shelton, Dinah*, The Boundaries of Human Rights Jurisdiction in Europe, in: Duke Journal of International and Comparative Law 13 (2003), S. 95-153.

- Shelton, Dinah*, Remedies in International Human Rights Law, 2. Aufl. 2005.
- Shraga, Daphna*, The United Nations as an Actor Bound by International Humanitarian Law, in: International Peacekeeping 5 No. 2 (1998), S. 64-81.
- Sieghart, Paul*, The International Law of Human Rights, 1983.
- Siehr, Angelika*, Derogation Measures under Article 4 ICCPR, with Special Consideration of the 'War Against International Terrorism', in: German Yearbook of International Law/Jahrbuch für Internationales Recht 47 (2004), S. 545-593.
- Skogly, Sigrun I./Gibney, Mark*, Transnational Human Rights Obligations, in: Human Rights Quarterly 24 (2002), S. 781-798.
- Solf, Waldemar A.*, Human Rights in Armed Conflict: Some Observations on the Relationship of Human Rights Law to the Law of Armed Conflict, in: Henry Hyunwook Han (Hg.), World in Transition: Challenges to Human Rights, Development and World Order, 1979, S. 41-53.
- Sommaruga, Cornelio*, Human Rights and International Humanitarian Law, in: Bulletin of Human Rights 91/1 (1992), S. 55-61.
- Sommaruga, Cornelio*, Menschenrechte in bewaffneten Konflikten: Vortrag mit Podiumsgespräch, gehalten in Salzburg am 14. November 1994, Österreichisches Institut für Menschenrechte, 1995.
- Sommaruga, Cornelio*, Humanitarian Law and Human Rights in the Legal Arsenal of the ICRC, in: Daniel Warner (Hg.), Human Rights and Humanitarian Law: The Quest for Universality, 1997, S. 125-133.
- Stahn, Carsten/Eiffler, Sven-R.*, Über das Verhältnis von Internationalem Menschenrechtsschutz und Völkerstrafrecht anhand des Statuts von Rom, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 1999, S. 253-277.
- Stavros, Stephanos*, The Right to a Fair Trial in Emergency Situations, in: International and Comparative Law Quarterly 41 (1992), S. 343-365.
- Stein, Torsten*, Die Außerkraftsetzung von Garantien menschenrechtlicher Verträge, in: Irene Maier (Hg.), Europäischer Menschenrechtsschutz: Schranken und Wirkungen, 1982, S. 135-145.
- Strapatsas, Nicolaos*, Case Note on the ICJ Advisory Opinion on the Legal Consequences of the Construction of the Wall in Occupied Palestinian Territory, in: Israel Yearbook on Human Rights 35 (2005), S. 251-282.
- Suter, Keith D.*, An Inquiry into the Meaning of the Phrase "Human Rights in Armed Conflicts", in: Revue de droit pénal militaire et de droit de la guerre/Military Law and Law of War Review 15 (1976), S. 393-428.
- Svensson-McCarthy, Anna-Lena*, The International Law of Human Rights and States of Exception: With Special Reference to the Travaux Préparatoires and the Case-Law of the International Monitoring Organs, 1998.
- Swaak-Goldman, Olivia*, Prosecutor v. Rajić, Review of the Indictment Pursuant to Rule 61 of the Rules of Procedure and Evidence. No. IT-95-12-R61, in: American Journal of International Law 91 (1997), S. 523-532.
- Swinarski, Christophe*, Aux contours des fondements du droit international humanitaire, in: Jerzy Makarczyk (Hg.), Theory of International Law at the

- Threshold of the 21st Century: Essays in Honour of Krzysztof Skubiszewski, 1996, S. 965-978.
- Swinarski, Christophe*, On the Applicability of International Humanitarian Law to the United Nations Peace-Keeping Forces, in: Héctor Gros Espiell *amicorum liber: Persona humana y derecho internacional/Personne humaine et droit international/Human Person and International Law 2* (1997), S. 1519-1532.
- Swinarski, Christophe*, On Monitoring Human Rights and the International Committee of the Red Cross (ICRC), in: Gudmundur Alfredsson/Jonas Grimheden/Bertram G. Ramcharan/Alfred de Zayas (Hg.), *International Human Rights Monitoring Mechanisms: Essays in Honour of Jakob Th. Möller*, 2001, S. 837-844.
- Tams, Christian J.*, Gerichtliche Kontrolle extraterritorialer Hoheitsakte: Zum Guantanamo-Urteil des US Supreme Court, in: *Archiv des Völkerrechts* 42 (2004), S. 445-466.
- Taylor, Telford/Aldrich, George H./Blix, Hans/Kalshoven, Frits/Paust, Jordan/Rubin, Alfred*, Human Rights and Armed Conflict: Conflicting Views, in: *American Journal of International Law (ASIL Proceedings)* 67 No. 5 (1973), S. 141-168.
- Thürer, Daniel/MacLaren, Malcolm*, "Ius Post Bellum" in Iraq: A Challenge to the Applicability and Relevance of International Humanitarian Law?, in: Klaus Dicke/Stephan Hobe/Karl-Ulrich Meyn/Anne Peters/Eibe Riedel/Hans-Joachim Schütz/Christian Tietje (Hg.), *Weltinnenrecht: Liber amicorum Jost Delbrück*, 2005, S. 753-782.
- Tomuschat, Christian*, *Human Rights: Between Idealism and Realism*, 2003.
- Tomuschat, Christian*, Gezielte Tötungen (Targeted Killings): Zugleich ein Kommentar zum Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004, in: *Vereinte Nationen* 2004, S. 136-140.
- Tomuschat, Christian*, The Applicability of Human Rights Law to Insurgent Movements, in: Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Rapp (Hg.), *Krisensicherung und Humanitärer Schutz – Crisis Management and Humanitarian Protection: Festschrift für Dieter Fleck*, 2004, S. 573-591.
- Tomuschat, Christian/Thouvenin, Jean-Marc* (Hg.), *The Fundamental Rules of the International Legal Order: Jus Cogens and Obligations Erga Omnes*, 2006.
- Urner, Paul*, Die Menschenrechte der Zivilperson im Krieg gemäss der Genfer Zivilkonvention von 1949, 1956.
- Vad, Erich*, Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte – Erfahrungen bei der Implementierung von Friedensvereinbarungen am Beispiel IFOR/SFOR, in: *Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften* 1997, S. 74-81.
- Valencia Tovar, Alvaro*, Fuerzas Armadas y Derechos Humanos, in: *Estudios Básicos de Derechos Humanos I* (1994), S. 313-337.
- van Boven, Theo C.*, Reliance on Norms of Humanitarian Law by United Nations' Organs, in: Astrid J. M. Delissen/Gerard J. Tanja (Hg.), *Humanitarian*

- Law of Armed Conflict: Challenges Ahead: Essays in Honour of Frits Kalshoven, 1991, S. 495-513.
- Vasak, Karel*, Le droit international des droits de l'homme, in: Recueil des Cours de l'Académie de Droit international de La Haye 140 (1974-IV), S. 333-415.
- Verdross, Alfred/Simma, Bruno*, Universelles Völkerrecht: Theorie und Praxis, 3. Aufl. 1984.
- Veuthey, Michel*, Implementation and Enforcement of Humanitarian Law and Human Rights Law in Non-International Armed Conflicts: The Role of the International Committee of the Red Cross, in: American University Law Review 33 (1983), S. 84-95.
- Vigny, Jean-Daniel/Thompson, Cecilia*, What Future for Fundamental Standards of Humanity?, in: International Review of the Red Cross No. 840 (2000), S. 917-939.
- Vigny, Jean-Daniel/Thompson, Cecilia*, Fundamental Standards of Humanity: What Future?, in: Netherlands Quarterly of Human Rights 20 (2002), S. 185-199.
- Viljoen, Frans*, Africa's Contribution to the Development of International Human Rights and Humanitarian Law, in: African Human Rights Law Journal 1 (2001), S. 18-39.
- Vinuesa, Raúl Emilio*, Interface, Correspondence and Convergence of Human Rights and International Humanitarian Law, in: Yearbook of International Humanitarian Law 1 (1998), S. 69-110.
- von Flüe, Carlo/de Maio, Jacques* (Hg.), Third Workshop on Protection for Human Rights and Humanitarian Organizations: Doing Something About it and Doing it Well, 1999.
- von Glahn, Gerhard*, The Protection of Human Rights in Time of Armed Conflicts, in: Israel Yearbook on Human Rights 1 (1971), S. 208-227.
- Warner, Daniel* (Hg.), Human Rights and Humanitarian Law: The Quest for Universality, 1997.
- Watkin, Kenneth*, Controlling the Use of Force: A Role for Human Rights Norms in Contemporary Armed Conflict, in: American Journal of International Law 98 (2004), S. 1-34.
- Watson, Geoffrey R.*, The "Wall" Decisions in Legal and Political Context, in: American Journal of International Law 99 (2005), S. 6-26.
- Wedgwood, Ruth*, The ICJ Advisory Opinion on the Israeli Security Fence and the Limits of Self-Defense, in: American Journal of International Law 99 (2005), S. 52-61.
- Weissbrodt, David*, The Role of International Organizations in the Implementation of Human Rights and Humanitarian Law in Situations of Armed Conflict, in: Vanderbilt Journal of Transnational Law 21 (1988), S. 313-365.
- Weissbrodt, David/Andruss, Beth*, The Right to Life During Armed Conflict: Disabled Peoples' International v. United States, in: Harvard International Law Journal 29 (1988), S. 59-83.

- Weissbrodt, David/Hicks, Peggy L.*, Mise en œuvre des droits de l'homme et du droit humanitaire dans les situations de conflit armé, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge* N° 800 (1993), S. 129-150.
- Wieczorek, Judith*, Unrechtmäßige Kombattanten und humanitäres Völkerrecht, 2005.
- Wieland, Joachim*, Verfassungsrechtliche Grundlagen und Grenzen für einen Einsatz der Bundeswehr, in: *Deutsches Verwaltungsblatt* 1991, S. 1174-1182.
- Wieland, Joachim*, Die Beteiligung der Bundeswehr an gemischtnationalen Einheiten: Rechtsfragen offener Staatlichkeit auf militärischem Gebiet, in: Rolf Grawert/Bernhard Schlink/Rainer Wahl/Joachim Wieland (Hg.), *Offene Staatlichkeit: Festschrift für Ernst-Wolfgang Böckenförde zum 65. Geburtstag*, 1995, S. 219-236.
- Wieruszewski, Roman*, Application of International Humanitarian Law and Human Rights Law: Individual Complaints, in: Frits Kalshoven/Yves Sandoz (Hg.), *Implementation of International Humanitarian Law/Mise en œuvre du droit international humanitaire*, 1989, S. 441-458.
- Wilde, Ralph*, The "Legal Space" or "Espace Juridique" of the European Convention on Human Rights: Is it Relevant to Extraterritorial State Action?, in: *European Human Rights Law Review* 2005, S. 115-124.
- Wilting, Wilhelm Heinrich*, *Vertragskonkurrenz im Völkerrecht*, 1996.
- Wurst, Otto*, Die völkerrechtliche Sicherung der Menschenrechte in Zeiten des staatlichen Notstandes – Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention –, 1967.
- Zegveld, Liesbeth*, The Inter-American Commission on Human Rights and International Humanitarian Law: A Comment on the Tablada Case, in: *International Review of the Red Cross* No. 324 (1998), S. 505-511.
- Zegveld, Liesbeth*, *Accountability of Armed Opposition Groups in International Law*, 2002.
- Zegveld, Liesbeth*, Remedies for Victims of Violations of International Humanitarian Law, in: *Revue internationale de la Croix-Rouge/International Review of the Red Cross* 85 No. 851 (2003), S. 497-527.
- Zwanenburg, Marten*, Compromise or Commitment: Human Rights and International Humanitarian Law Obligations for UN Peace Forces, in: *Leiden Journal of International Law* 11 (1998), S. 229-245.

Rechtsprechung und Rechtsansichten internationaler Organe*

Internationaler Gerichtshof¹

Corfu Channel Case (United Kingdom v. Albania), Merits, Judgment of 9 April 1949, ICJ Reports 1949, S. 4.

Barcelona Traction, Light and Power Company, Limited (Belgium v. Spain), Second Phase, Judgment of 5 February 1970, ICJ Reports 1970, S. 3.

Trial of Pakistani Prisoners of War (Pakistan v. India), Interim Protection, Order of 13 July 1973, ICJ Reports 1973, S. 328. (Case discontinued and removed from the list by Order of 15 December 1973, ICJ Reports 1973, S. 347.)

United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran (United States of America v. Iran), Judgment of 24 May 1980, ICJ Reports 1980, S. 3.

Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America), Merits, Judgment of 27 June 1986, ICJ Reports 1986, S. 14.

Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, Advisory Opinion of 8 July 1996, ICJ Reports 1996, S. 226.

Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion of 9 July 2004, International Legal Materials 43 (2004), S. 1009.

Armed Activities on the Territory of the Congo (Democratic Republic of the Congo v. Uganda), Judgment of 19 December 2005, http://www.icj-cij.org/icjww/w/idoCKET/ico/ico_judgments/ico_judgment_20051219.pdf.

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien²

Prosecutor v. Tadić a/k/a "Dule" (Case No. IT-94-1-AR72), Decision of 2 October 1995 (Appeal on Jurisdiction), International Legal Materials 35 (1996), S. 35.

Prosecutor v. Rajić (Case No. IT-95-12-R61), Decision of 13 September 1996 (Review of Indictment Pursuant to Rule 61 of the Rules of Procedure and Evidence).

* Die Entscheidungen, Gutachten und sonstigen Dokumente ohne Fundstellenangabe sowie die meisten anderen Dokumente sind unter der jeweils angegebenen Internetadresse abrufbar (Stand: Mai 2006).

¹ <http://www.icj-cij.org>

² <http://www.un.org/icty/index.html>

Prosecutor v. Tadić a/k/a "Dule" (Case No. IT-94-1-T), Judgment of 7 May 1997 (Merits), International Legal Materials 36 (1997), S. 908.

Prosecutor v. Delalić et al. (Case No. IT-96-21-T), Judgment of 16 November 1998.

Prosecutor v. Furundžija (Case No. IT-95-17/1-T), Judgment of 10 December 1998, International Legal Materials 38 (1999), S. 317.

Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda³

Prosecutor v. Akayesu (Case No. ICTR-96-4-T), Judgment of 2 September 1998.

Ausschuss für Menschenrechte⁴

Individualbeschwerdeverfahren

Saldías de López v. Uruguay (Communication No. 52/1979), Views of 29 July 1981, UN Doc. A/36/40 (1981), Annex XIX.

Celiberti de Casariego v. Uruguay (Communication No. 56/1979), Views of 29 July 1981, UN Doc. A/36/40 (1981), Annex XX.

Vidal Martins v. Uruguay (Communication No. 57/1979), Views of 23 March 1982, UN Doc. A/37/40 (1982), Annex XIII.

Monguya Mbenge et al. v. Zaire (Communication No. 16/1977), Views of 25 March 1983, UN Doc. A/38/40 (1983), Annex X.

Estrella v. Uruguay (Communication No. 74/1980), Views of 29 March 1983, UN Doc. A/38/40 (1983), Annex XII.

Lichtensztejn v. Uruguay (Communication No. 77/1980), Views of 31 March 1983, UN Doc. A/38/40 (1983), Annex XIV.

Montero v. Uruguay (Communication No. 106/1981), Views of 31 March 1983, UN Doc. A/38/40 (1983), Annex XVII.

Varela Nuñez v. Uruguay (Communication No. 108/1981), Views of 22 July 1983, UN Doc. A/38/40 (1983), Annex XXIII.

Viana Acosta v. Uruguay (Communication No. 110/1981), Views of 29 March 1984, UN Doc. A/39/40 (1984), Annex XI.

M. M. Q. v. Uruguay (Communication No. 125/1982), Decision of 6 April 1984, UN Doc. CCPR/C/OP/2 (1990), S. 8.

H. v. d. P. v. Netherlands (Communication No. 217/1986), Decision of 8 April 1987, UN Doc. A/42/40 (1987), Annex IX.C.

Gueye et al. v. France (Communication No. 196/1985), Views of 3 April 1989, UN Doc. A/44/40 (1989), Annex X.B.

³ <http://www.ictt.org>

⁴ <http://www.ohchr.org/english/bodies/hrc/index.htm>

Kindler v. Canada (Communication No. 470/1991), Views of 30 July 1993, UN Doc. A/48/40 II (1993), Annex XII.U.

Chitat Ng v. Canada (Communication No. 469/1991), Views of 5 November 1993, UN Doc. A/49/40 II (1994), Annex IX.CC.

Cox v. Canada (Communication No. 539/1993), Views of 31 October 1994, UN Doc. A/50/40 II (1995), Annex X.M.

Domukovsky et al. v. Georgia (Communication No. 623/1995, 624/1995, 626/1995 & 627/1995), Views of 6 April 1998, UN Doc. A/53/40 II (1998), Annex XI.M.

Koi v. Portugal (Communication No. 925/2000), Decision of 22 October 2001, UN Doc. A/57/40 II (2002), Annex X.D.

Gedumbe v. Democratic Republic of the Congo (Communication No. 641/1995), Views of 9 July 2002, UN Doc. A/57/40 II (2002), Annex IX.B.

Ó Colchúin v. Ireland (Communication No. 1038/2001), Decision of 28 March 2002, UN Doc. CCPR/C/77/D/1038/2001 (2003).

Judge v. Canada (Communication No. 829/1998), Views of 5 August 2003, UN Doc. CCPR/C/78/D/829/1998 (2003).

El Ghar v. Libyan Arab Jamahiriya (Communication No. 1107/2002), Views of 2 November 2004, UN Doc. UN Doc. A/60/40 II (2004), Annex V.S.

Staatenberichtsverfahren

Consideration of Reports: Syrian Arab Republic, UN Doc. A/34/40 (1979), §§ 286 ff.

Consideration of Reports: Cyprus, UN Doc. A/34/40 (1979), §§ 372 ff.

Consideration of Reports: Iraq, UN Doc. A/46/40 (1991), §§ 518 ff.

Comments of the Committee: Republic of Bosnia-Herzegovina, UN Doc. CCPR/C/79/Add.14 (1992).

Comments of the Committee: Croatia, UN Doc. CCPR/C/79/Add.15 (1992).

Comments of the Committee: Federal Republic of Yugoslavia (Serbia and Montenegro), UN Doc. CCPR/C/79/Add.16 (1992).

Comments of the Committee: Cyprus, UN Doc. A/49/40 I (1994), §§ 312 ff.

Comments of the Committee: United States of America, UN Doc. A/50/40 I (1995), §§ 266 ff.

Comments of the Committee: Russian Federation, UN Doc. A/50/40 I (1995), §§ 362 ff.

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Lebanon, UN Doc. CCPR/C/79/Add.78 (1997).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Cyprus, UN Doc. CCPR/C/79/Add.88 (1998).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Israel, UN Doc. CCPR/C/79/Add.93 (1998).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Belgium, UN Doc. CCPR/C/79/Add.99 (1998).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Ukraine, UN Doc. CCPR/CO/73/UKR (2001).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Republic of Moldova, UN Doc. CCPR/CO/75/MDA (2002).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Israel, UN Doc. CCPR/CO/78/ISR (2003).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Russian Federation, UN Doc. CCPR/CO/79/RUS (2003).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Germany, UN Doc. CCPR/CO/80/DEU (2004).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Belgium, UN Doc. CCPR/CO/81/BEL (2004).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Serbia and Montenegro, UN Doc. CCPR/CO/81/SEMO (2004).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Poland, UN Doc. CCPR/CO/82/POL (2004).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Albania, UN Doc. CCPR/CO/82/ALB (2004).

Concluding Observations of the Human Rights Committee: Italy, UN Doc. CCPR/C/ITA/CO/5 (2005).

Allgemeine Bemerkungen⁵

General Comment No. 24: Issues Relating to Reservations made upon Ratification or Accession to the Covenant or the Optional Protocols thereto, or in Relation to Declarations under Article 41 of the Covenant, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 161 ff.

General Comment No. 27: Article 12 (Freedom of Movement), UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 173 ff.

General Comment No. 29: Article 4: Derogations During a State of Emergency, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 184 ff.

General Comment No. 31: The Nature of the General Legal Obligation Imposed on States Parties to the Covenant, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 192 ff.

⁵ Diese und die folgend genannten General Comments/Recommendations der Ausschüsse sind in deutscher Übersetzung zusammengestellt in: *DIMR* (Hg.), Die »General Comments« zu den VN-Menschenrechtsverträgen, 2005.

Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte⁶

Staatenberichtsverfahren

Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Israel, UN Doc. E/C.12/1/Add.27 (1998).

Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Israel, UN Doc. E/C.12/1/Add.69 (2001).

Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Israel, UN Doc. E/C.12/1/Add.90 (2003).

Allgemeine Bemerkungen

General Comment No. 1: Reporting by States Parties, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 9 ff.

General Comment No. 8: The Relationship Between Economic Sanctions and Respect for Economic, Social and Cultural Rights, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 51 ff.

General Comment No. 12: The Right to Adequate Food (Art. 11), UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 63 ff.

Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung⁷

General Recommendation XIX on Article 3 of the Convention, UN Doc. HRI/GEN/1/Rev.7 (2004), S. 211.

Prevention of Racial Discrimination, Including Early Warning and Urgent Procedures: Israel, UN Doc. A/49/18 (1994), §§ 73 ff.

Concluding Observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination: Israel, UN Doc. CERD/C/304/Add.45 (1998).

Ausschuss gegen Folter⁸

Concluding Observations of the Committee against Torture: Israel, UN Doc. A/53/44 (1998), §§ 232 ff.

Concluding Observations of the Committee against Torture: Israel, UN Doc. CAT/C/XXVII/Concl.5 (2001).

Conclusions and Recommendations of the Committee against Torture: United States of America, UN-Doc. CAT/C/USA/CO/2 (2006).

⁶ <http://www.ohchr.org/english/bodies/cescr/index.htm>

⁷ <http://www.ohchr.org/english/bodies/cerd/index.htm>

⁸ <http://www.ohchr.org/english/bodies/cat/index.htm>

Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau⁹

Concluding Observations of the Committee on the Elimination of Discrimination Against Women: Israel, UN Doc. A/52/38/Rev.1 II (1997), §§ 132 ff.

Ausschuss für die Rechte des Kindes¹⁰

Concluding Observations: Israel, UN Doc. CRC/C/15/Add.195 (2002).

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte¹¹

Lawless v. Ireland (Application No. 332/57), Judgment of 1 July 1961 (Merits), Series A 3 (1961).

De Becker v. Belgium (Application No. 214/56), Judgment of 27 March 1962 (Merits), Series A 4 (1962).

Engel et al. v. Netherlands (Application No. 5100/71, 5101/71, 5102/71, 5354/72 & 5370/72), Judgment of 23 November 1976 (Just Satisfaction), Series A 22 (1977).

Ireland v. United Kingdom (Application No. 5310/71), Judgment of 18 January 1978, Series A 25 (1978).

Klass et al. v. Germany (Application No. 5029/71), Judgment of 6 September 1978, Series A 28 (1978).

Brogan et al. v. United Kingdom (Application No. 11209/84, 11234/84, 11266/84 & 11386/85), Judgment of 29 November 1988 (Merits), Series A 145-B (1989).

Fox et al. v. United Kingdom (Application No. 12244/86, 12245/86 & 12383/86), Judgment of 30 August 1990 (Merits), Series A 182 (1990).

Drozd and Janousek v. France and Spain (Application No. 12747/87), Judgment of 26 June 1992, Series A 240 (1992).

Tomasi v. France (Application No. 12850/87), Judgment of 27 August 1992, Series A 241-A (1993).

Brannigan and McBride v. United Kingdom (Application No. 14553/89 & 14554/89), Judgment of 26 May 1993, Series A 258-B (1993).

Murray v. United Kingdom (Application No. 14310/88), Judgment of 28 October 1994 (Merits), Series A 300-A (1995).

Loizidou v. Turkey (Application No. 15318/89), [GC] Judgment of 23 March 1995 (Preliminary Objections), Series A 310 (1995).

McCann et al. v. United Kingdom (Application No. 18984/91), [GC] Judgment of 27 September 1995, Series A 324 (1996).

⁹ <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw>

¹⁰ <http://www.ohchr.org/english/bodies/crc/index.htm>

¹¹ <http://www.echr.coe.int>

- Akdivar et al. v. Turkey* (Application No. 21893/93), [GC] Judgment of 16 September 1996, ECHR Reports 1996-IV, S. 1192.
- Loizidou v. Turkey* (Application No. 15318/89), [GC] Judgment of 18 December 1996 (Merits), ECHR Reports 1996-VI, S. 2216.
- Aksoy v. Turkey* (Application No. 21987/93), Judgment of 18 December 1996, ECHR Reports 1996-VI, S. 2260.
- Sakık et al. v. Turkey* (Application No. 23878/94–23883/94), Judgment of 26 November 1997, ECHR Reports 1997-VII, S. 2609.
- Kaya v. Turkey* (Application No. 22729/93), Judgment of 19 February 1998, ECHR Reports 1998-I, S. 297.
- Güleç v. Turkey* (Application No. 21593/93), Judgment of 27 July 1998, ECHR Reports 1998-IV, S. 1698.
- Ergi v. Turkey* (Application No. 23818/94), Judgment of 28 July 1998, ECHR Reports 1998-IV, S. 1751.
- Yaşa v. Turkey* (Application No. 22495/93), Judgment of 2 September 1998, ECHR Reports 1998-VI, S. 2411.
- Matthews v. United Kingdom* (Application No. 24833/94), Judgment of 18 February 1999, ECHR Reports 1999-I, S. 251.
- Waite and Kennedy v. Germany* (Application No. 26083/94), Judgment of 18 February 1999, ECHR Reports 1999-I, S. 393.
- Yonghong v. Portugal* (Application No. 50887/99), Decision of 25 November 1999, ECHR Reports 1999-IX, S. 385.
- T. I. v. United Kingdom* (Application No. 43844/98), Decision of 7 March 2000, ECHR Reports 2000-III, S. 435.
- Issa et al. v. Turkey* (Application No. 31821/96), Decision of 30 May 2000.
- Xhavara et al. v. Italy and Albania* (Application No. 39473/98), Decision of 11 January 2001.
- Cyprus v. Turkey* (Application No. 25781/94), [GC] Judgment of 10 May 2001, ECHR Reports 2001-IV, S. 1.
- Al-Adsani v. United Kingdom* (Application No. 35763/97), [GC] Judgment of 21 November 2001, ECHR Reports 2001-XI, S. 79.
- Banković et al. v. Belgium et al.* (Application No. 52207/99), [GC] Decision of 12 December 2001, ECHR Reports 2001-XII, S. 333.
- Öcalan v. Turkey* (Application No. 46221/99), Judgment of 12 March 2003, Human Rights Law Journal 24 (2003), S. 174.
- Ilaşcu et al. v. Moldova and Russia* (Application No. 48787/99), [GC] Judgment of 8 July 2004, Human Rights Law Journal 25 (2004), S. 332.
- Issa et al. v. Turkey* (Application No. 31821/96), Judgment of 16 November 2004.
- Isayeva v. Russia* (Application No. 57950/00), Judgment of 24 February 2005, auszugsweise dt. Übersetzung in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2006, S. 41.

Isayeva et al. v. Russia (Application No. 57947/00, 57948/00 & 57949/00), Judgment of 24 February 2005, auszugsweise dt. Übersetzung in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2006, S. 32.

Khashiyev and Akayeva v. Russia (Application No. 57942/00 & 57945/00), Judgment of 24 February 2005, auszugsweise dt. Übersetzung in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift 2006, S. 47.

Akkum et al. v. Turkey (Application No. 21894/93), Judgment of 24 March 2005, Human Rights Law Journal 26 (2005), S. 352.

Öcalan v. Turkey (Application No. 46221/99), [GC] Judgment of 12 May 2005, International Legal Materials 44 (2005), S. 1058.

Europäische Kommission für Menschenrechte¹²

Greece v. United Kingdom (Application No. 176/56), Yearbook of the European Convention on Human Rights 2 (1958-1959), S. 174.

De Becker v. Belgium (Application No. 214/56), Report of 8 January 1960, Series B (1962) – “De Becker” Case, S. 11.

Denmark, Norway, Sweden and Netherlands v. Greece (Application No. 3321-3323/67 & 3344/67), Yearbook of the European Convention on Human Rights 12 (1969) – The Greek Case, S. 1.

Cyprus v. Turkey (Application No. 6780/74 & 6950/75), Decision of 26 May 1975, DR 2 (1975), S. 125.

Hess v. United Kingdom (Application No. 6231/73), Decision of 28 May 1975, DR 2 (1975), S. 72.

X and Y v. Switzerland (Application No. 7289/75 & 7349/76), Decision of 14 July 1977, DR 9 (1978), S. 57.

Cyprus v. Turkey (Application No. 8007/77), Decision of 10 July 1978, DR 13 (1979), S. 85.

X, Y and Z v. United Kingdom (Application No. 5727/72, 5744/72 & 5857/72), Decision of 12 July 1978, DR 14 (1979), S. 5.

Freda v. Italy (Application No. 8916/80), Decision of 7 October 1980, DR 21 (1981), S. 250.

McVeigh et al. v. United Kingdom (Application No. 8022/77, 8025/77 & 8027/77), Report of 18 March 1981, DR 25 (1982), S. 15.

Farrell v. United Kingdom (Application No. 9013/80), Decision of 11 December 1982, DR 30 (1983), S. 96; Report of 2 October 1984 (friendly settlement), DR 38 (1984), S. 44.

France, Norway, Denmark, Sweden, Netherlands v. Turkey (No. 9940-9944/82), Decision of 6 December 1983, DR 35 (1984), S. 143; Report of 7 December 1985 (friendly settlement), DR 44 (1985), S. 31.

¹² <http://www.echr.coe.int>

Stocké v. Germany (Application No. 11755/85), Opinion, Report of 12 October 1989, Series A 199 (1991), S. 21.

Chrysostomos et al. v. Turkey (Application No. 15299/89, 15300/89 & 15318/89), Decision of 4 March 1991, DR 68 (1991), S. 216.

An et al. v. Cyprus (Application No. 18270/91), Decision of 8 October 1991, Human Rights Law Journal 13 (1991), S. 153.

W. M. v. Denmark (Application No. 17392/90), Decision of 14 October 1992, DR 73 (1992), S. 193.

Chrysostomos et al. v. Turkey (Application No. 15299/89 & 15300/89), Report of 8 July 1993.

Brind v. United Kingdom (Application No. 18714/91), Decision of 9 May 1994, DR 77-A (1994), S. 42.

Sánchez Ramirez v. France (Application No. 28780/95), Decision of 24 June 1996, DR 86-B (1996), S. 155.

Waite and Kennedy v. Germany (Application No. 26083/94), Opinion, Report of 2 December 1997, ECHR Reports 1999-I, S. 413.

Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte¹³

“Other Treaties” Subject to the Consultative Jurisdiction of the Court (Art. 64 American Convention on Human Rights), Advisory Opinion OC-1/82 of 24 September 1982, Requested by Peru, Series A No. 1 (1982).

Habeas Corpus in Emergency Situations (Arts. 27 (2), 25 (1) and 7 (6) American Convention on Human Rights), Advisory Opinion OC-8/87 of 30 January 1987, Requested by the Inter-American Commission on Human Rights, Series A No. 8 (1987).

Judicial Guarantees in States of Emergency (Art. 27 (2), 25 and 8 American Convention on Human Rights), Advisory Opinion OC-9/87 of 6 October 1987, Requested by the Government of Uruguay, Series A No. 9 (1987).

Interpretation of the American Declaration of the Rights and Duties of Man Within the Framework of Article 64 of the American Convention on Human Rights, Advisory Opinion OC-10/89 of 14 July 1989, Requested by the Republic of Colombia, Series A No. 10 (1989).

The Right to Information on Consular Assistance in the Framework of the Guarantees of the Due Process of Law, Advisory Opinion OC-16/99 of 1 October 1999, Series A No. 16 (1999).

Las Palmeras Case [Petition No. 11.237], Preliminary Objections, Judgment of 4 February 2000, Series C No. 67 (2000).

Bámaca Velásquez Case [Petition No. 11.129], Judgment of 25 November 2000, Series C No. 70 (2000).

¹³ <http://www.corteidh.or.cr>

Interamerikanische Kommission für Menschenrechte¹⁴

Salas et al. v. United States (Case No. 10.573), Report No. 31/93, 14 October 1993, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1993, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.85 Doc. 9 rev. (1994), S. 312.

Disabled Peoples' International et al. v. United States (Case No. 9213), Report No. 3/96, 1 March 1996, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1995, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.91 Doc. 7 rev. (1996), S. 201.

The Haitian Centre for Human Rights et al. v. United States (Case No. 10.675), Report No. 51/96, 13 March 1997, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1996, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.95 Doc. 7 rev. (1997), S. 550.

Ribón Avilán et al. v. Columbia (Case No. 11.142), Report No. 26/97, 30 September 1997, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1997, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.98 Doc. 7 rev. (1998), S. 444.

Abella et al. v. Argentina ['La Tablada' Case] (Case No. 11.137), Report No. 55/97, 18 November 1997, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1997, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.98 Doc. 7 rev. (1998), S. 271.

Saldaño v. Argentina, Petition, Report No. 38/99, 11 March 1999, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1998, Volume I, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.102 Doc. 6 rev. (1999), S. 289.

Alejandro Jr. et al. v. Cuba (Case No. 11.589), Report No. 86/99, 29 September 1999, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1999, Volume I, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.106 Doc. 3 rev. (2000), S. 586.

Coard et al. v. United States (Case No. 10.951), Report No. 109/99, 29 September 1999, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 1999, Volume II, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.106 Doc. 3 rev. (2000), S. 1283.

Ferrer-Mazorra et al. v. United States (Case No. 9903), Report No. 51/01, 4 April 2001, Annual Report of the Inter-American Commission on Human Rights 2000, Volume II, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.111 Doc. 20 rev. (2001), S. 1188.

Detainees at Guantanamo Bay, Cuba, Decision on Request for Precautionary Measures of 12 March 2002, International Legal Materials 41 (2002), S. 532; Human Rights Law Journal 23 (2002), S. 15.

Sonstiges

Report on Terrorism and Human Rights, Washington D.C.: General Secretariat, Organization of American States, OAS Doc. OEA/Ser.L/V/II.116 Doc. 5 rev. 1 corr. (2002).

¹⁴ <http://www.cidh.oas.org>

Afrikanische Kommission für die Rechte des Menschen und der Völker¹⁵

Commission Nationale des Droits de l'Homme et des Libertés v. Chad (Communication No. 74/92), 18th Ordinary Session, 2-11 October 1995, International Human Rights Reports 4 (1997), S. 94.

Constitutional Rights Project et al. v. Nigeria (Communications No. 140/94, 141/94, 145/95), 26th Ordinary Session, 1-15 November 1999, Doc. AHG/222 (XXXVI) (2000), Annex V, S. 54.

Amnesty International et al. v. Sudan (Communications No. 48/90, 50/91, 52/91 and 89/93), 26th Ordinary Session, 1-15 November 1999, Doc. AHG/222 (XXXVI) Add. (2000), Annex V, S. 124.

Resolution on the Promotion and the Respect of International Humanitarian Law and Human and Peoples' Rights, 10 December 1993, ACHPR/Res.7(XIV)93.

Resolution on the Situation in Rwanda, 27 April 1994, ACHPR/Res.8(XV)94.

Resolution on the Military, 3 November 1994, ACHPR /Res.10(XVI)94.

Resolution on Rwanda, 3 November 1994, ACHPR/Res.12(XVI)94.

Resolution on Anti-Personnel Mines, 22 March 1995, ACHPR/Res.18(XVII)95.

Resolution on the Ratification of the Convention on Anti-Personnel Mines, 31 October 1998, ACHPR/Res.26(XXIV)98.

Resolution on the International Criminal Court, 29 April 1998, abgedruckt in: *Rachel Murray/Malcolm Evans* (Hg.), Documents of the African Commission on Human and Peoples' Rights, 2001, S. 621.

Resolution on the Ratification of the Treaty on the International Criminal Court, 31 October 1998, ACHPR/Res.26(XXIV)98.

Resolution on Darfur, 4 June 2004, ACHPR/Res.68(XXXV)04.

Resolution on the Human Rights Situation in Darfur, Sudan, 11 May 2005, ACHPR/Res.74(XXXVII)05.

¹⁵ <http://www.achpr.org>

Studien zu Grund- und Menschenrechten

Bisher erschienen:

Die neuen Mitgliedstaaten des Europarates im Spiegel der Rechtsprechung der Straßburger Organe – eine erste Bilanz, *N. Weiß*, Heft 1 (Mai 1998), 30 S.

„Menschenrechte für alle“ – 50 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, mit Beiträgen von *E. Schmidt-Jortzig*, *Th. Buergenthal*, *H. C. Krüger*, *N. Weiß* und *E. Klein*, Heft 2 (März 1999), 52 S.

Grundlagen und Auswirkungen des völkerrechtlichen Refoulement-Verbots, *B. Hofmann*, Heft 3 (Oktober 1999), 49 S. (Vergriffen)

Die Bedeutung von Menschenrechtsklauseln für die Außenbeziehungen und Entwicklungshilfeabkommen der EG/EU, *N. Weiß*, Heft 4 (März 2000), 50 S.

20 Jahre Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), Dokumentation der Tagung in Potsdam am 25./26. November 1999, Heft 5 (April 2000), 112 S.

Grundrechtsschutz durch das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg, *B. Schäfer*, Heft 6 (November 2000), 28 S.

Die Geschichte der Menschenrechte, *A. Haratsch*, Heft 7 (2. Aufl. November 2002), 73 S. (Vergriffen)

Menschenrechtsverletzer vor nationalen Strafgerichten? Der Fall Pinochet im Lichte aktueller Entwicklungen des Völkerstrafrechts, *F. Brinkmeier*, Heft 8 (März 2003), 47 S.

„Guantánamo Bay“ – Status der Gefangenen und habeas corpus, *B. Schäfer*, Heft 9 (Mai 2003), 62 S. (Vergriffen)

The Enforcement of State Obligations to Respect and Ensure Human Rights in International Law, *O. Okafor-Obasi*, Heft 10 (Juni 2003), 149 S.

Die Menschenrechte: unteilbar und gleichgewichtig?, mit Beiträgen von *G. Lohmann*, *S. Gosepath*, *A. Pollmann*, *C. Mahler* und *N. Weiß*, Heft 11 (März 2005), 50 S.

Das Recht auf Widerstand? Ideengeschichtliche und philosophische Perspektiven, mit Beiträgen von *K. Roth* und *B. Ladwig*, Heft 12 (Mai 2006), 85 S.

In Vorbereitung:

Die Geschichte der Menschenrechte, *A. Haratsch*, Heft 7 (3. Auflage 2006).



ISBN 3-939469-16-5
ISBN 978-3-939469-16-2
ISSN 1435-9154